

MIT ASTA-
RECHENSCHAFTSBERICHT
MIT FINANZSKANDAL
DER RECHTEN

AKUT

Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft Nr. 198



VIDAD POPU
hau
nieder mit der
Militärjunta

Volk
an der...
1000 bet...
sage

Wir fordern
kostendeckende
BAFög

VEREINIGTE
STUDENTENSCHAFT

Ich bin von
MOSKAU
FERNGESTEUERT
und beziehe
5 Rubel
Kilometergeld

ES DANKT DEM PARLAMENTE DER VOM HRG GEHENKTE

Universitätsbibliothek
Bonn

mack!"
M 350

BLEIBT
IN
BONN

Universitätsbibliothek
Bonn

I, 74 6°

28. Jan. 1984

Impressum

AKUT

Nachrichtenmagazin der Bonner Studentenschaft

Herausgeber :

Das Studentenparlament der Rheinischen Friedrich - Wilhelms - Universität Bonn

Redaktion :

Jan Baumeister (verantwortlich im Sinne des Presserechts), Thomas Hallet, Bernd Hölzenbein, Burkhard Hoffmeister, Wilfried Löhr, Hans-Joachim Simon (Titus)

Anzeigenverwaltung :

Peter Fordemann

Redaktionsanschrift :

Nassestr. 11, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/737040 Anwesenheitsdienst : Montag - Freitag von 12⁰⁰ - 14⁰⁰ Uhr

Auflage : 12000

Herstellung :

Satz : Triumph-Adler SE 1030, Eigensatz

Druck :

Farbo Druck GmbH
Bonner Wall 47
5000 Köln 1

neulich bei Hofe: Originalton Helmut K.



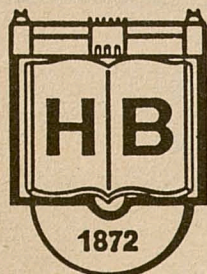
Inhalt :

Karate-Kämpfer aller Länder
vereinigt Euch !



Warme Worte	3
Verfaßte Studentenschaft	3
Politisches Mandat - nicht nur ein juristisches Problem	3
Schwarze Riesen; Prof. Bastians	6
Schwarze Riesen; Prof. Knütter (Fachschafter vor d. Kadl)	7
Forschung für den Krieg	8
Kein Platz für Radfahrer	9
Die Ordinarien lassen grüßen - Mitbestimmung an der Uni	10
PorzellanGeschirr oder Berge von Abfall	11
AKUT - Entstehung	12
AKUT - Rechenschaftsbericht	13
Lehrerprüfungsordnung	14
aus den Fachbereichen	15
Jahreswende	17
Behindertebegehungen	18
Eine Antwort von Prof.Beck	19
Briefe an AKUT	20
Sie sind der ersten, der über die Klinge springt (zum Krippenspiel)	21
Springmaus (AKUT-Interview)	22
Kirberg - Theater	24

ASTA - Rechenschaftsbericht A4



Hermann

Tel. 65 80 21

Behrendt

Buchhandlung neben der Universität Bonn

Großes Lager, schneller Bestelldienst, zuverlässige Abonnement-Betreuung aller Gebiete

Seit 1872 Fachbuchhandlung für Recht, Wirtschaft, Medizin, Naturwissenschaften, Pädagogik

Romane, Sachbücher, Kinder- und Jugendliteratur, Reiseführer, Karten, Taschenbücher u.a.

Filialen: MENSA, Nassestraße 11 und MEDBOOK, Mensa - Venusberg

WARMER WORTE:

AKUT im Wahlkampf. Wir haben versucht, uns dennoch so weit wie möglich da raus zu halten. Wir meinen, daß in den nächsten Tagen genug auf Euch einprasseln wird und schon eingepresselt ist. Unabhängig davon haben wir uns mit "Verfaßte Studentenschaft" ein Schwerpunktthema ausgesucht, daß nicht zufällig zu den Wahlen zum Bonner Studentenparlament einen direkten Bezug hat. Dieses Thema, so alt und abgedroschen es erscheinen mag, bekommt regelmäßig neue Aktualität, wenn SP und damit AStA gewählt werden - als zentrale Organe eben dieser Verfaßten Studentenschaft. Es bekommt diese Aktualität auch aus der Tatsache, daß sich die Lethargie der Studenten und auch die Abgehobenheit von Studentenpolitik - und da gibt es für die meisten Studenten kaum feststellbare Unterschiede zwischen rechts und links - alljährlich in der mageren Wahlbeteiligung (um die 30%) niederschlägt.

Von ganz neuer Brisanz wird dies alte Thema vor allem durch die juristischen Attacken, die sich der linke AStA und nun auch AKUT im letzten 3/4 Jahr ausgesetzt sahen. Sowohl die Studenten, die gegen den AStA klagten und auch AKUT anzeigten, als auch der Rektor, der mit Klagen und administrativem Kleinkrieg den AStA traktierte, wollen ja nicht gegen einzelne mißliebige Studenten vorgehen. Die Angriffe richten sich eindeutig gegen die Organe der verfaßten Studentenschaft. Grund genug für uns, u.a. der Arbeit dieses AStA's Raum in AKUT zu geben, juristische Aspekte der Verfaßten Studentenschaft auszuleuchten und auch Rechenschaft abzulegen über 7 AKUT-Ausgaben als Zeitung der Bonner Studentenschaft.

Ein Artikel in der letzten Ausgabe von AKUT hat wie erwartet eine große Diskussion bei unseren Lesern und jetzt auch bei der Staatsanwaltschaft Bonn hervorgerufen. Das Krippenspiel "Maria und Josef" von den 3 Tornados. Dazu findet ihr einige Leserbriefe, die Geschichte dieses Krippenspiels und auch als Diskussionsbeitrag und als Antwort auf die kritischen Leserbriefe Teile eines Gutachtens von Frau Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann.

Überhaupt haben wir uns über die Tatsache, daß viele Reaktionen auf einige Ar-



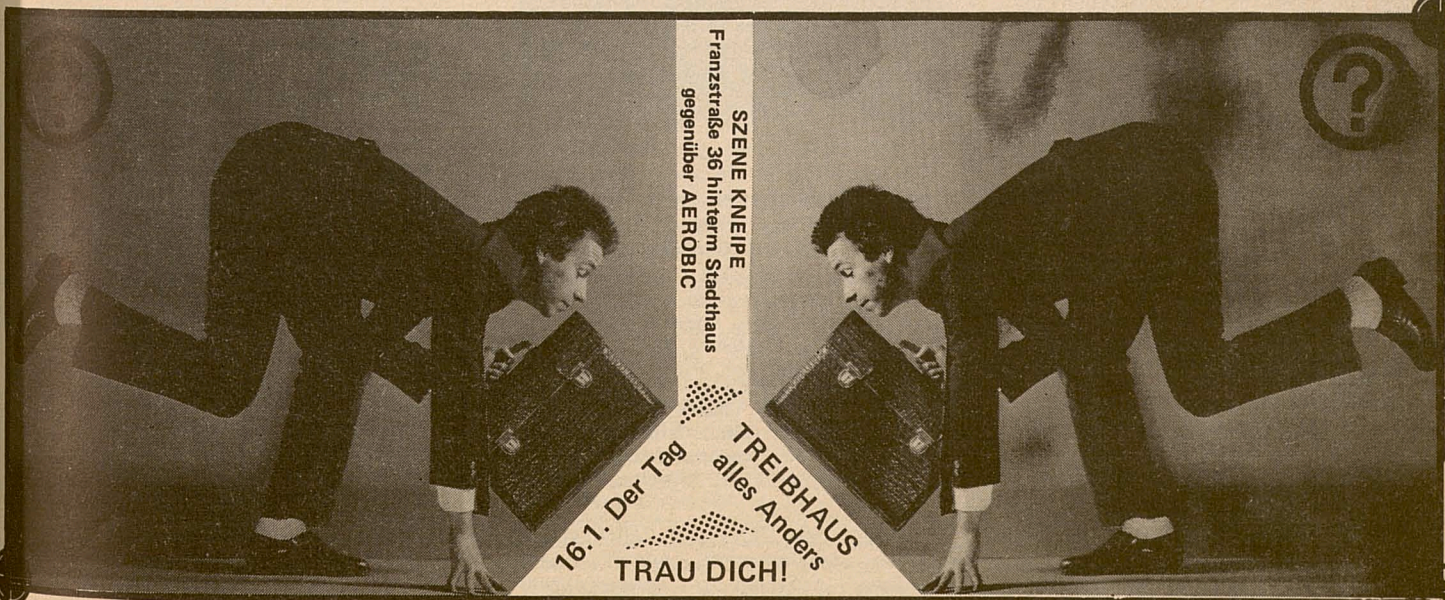
Nicht bei jeder Kleinigkeit gleich Schuldgefühle entwickeln ...

tikel kamen, gefreut. Aber anscheinend muß man/frau immer etwas aus dem alltäglichen Rahmen fallendes bringen (wie das Krippenspiel), um solch ein starkes Feed-Back zu erhalten. Über ähnliche Resonanz zu stinknormalen Themen würden wir uns noch mehr freuen.

Gleichzeitig wird die Redaktion in dieser Besetzung ihre Arbeit mit dieser Ausgabe beendet haben. Daher auch unser Artikel über die Arbeit der Redaktion, in dem wir ein wenig Arbeitsweise und Konzept er-

läutern, wir wir bisher AKUT gemacht haben. So ein bißchen ist diese AKUT damit auch eine Abschieds-AKUT, da zukünftige Ausgaben auch von den politischen Mehrheitsverhältnissen nach den Wahlen zum Studentenparlament abhängen. Wir glauben, ansprechendere AKUT - Ausgaben gemacht zu haben, als dies in der Vergangenheit der Fall war, und hoffen, daß diese AKUTs auch bei Euch gut angekommen sind.

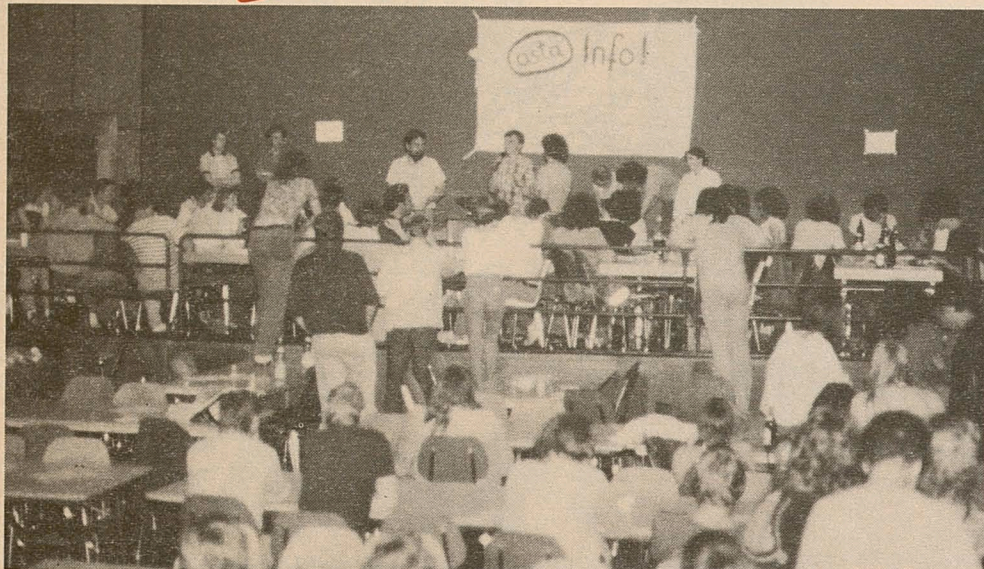
Wilfried



SCENE KNEIPE
Franzstraße 36 hinterm Stadthaus
gegenüber AEROBIC

16.1. Der Tag
TREIBHAUS
alles Anders
TRAU DICH!

VERFASSTE STUDENTEN- SCHAFT



SP: das "Hohe Haus"

Wechselnde Mehrheiten im Studentenparlament, wechselnde linke und rechte Asten machten es den Bonner Studenten in den letzten Jahren möglich, verschiedene Modelle studentischer Interessensvertretung aus eigener Erfahrung kennenzulernen und zu beurteilen. Normalerweise werden Unterscheidungen um so weniger deutlich, je akzentuierter (und auch polemischer) die Auseinandersetzung zwischen den Kontrahenten sich vollzieht. Daß an unserer Universität die höchste Wahlbeteiligung der BRD zu verzeichnen ist, das beweist: Noch immer ist es den meisten "wichtig", ob der AstA links oder rechts ist, noch immer wird die Konfrontation von den meisten tatsächlich Studierenden inhaltlich nachvollzogen.

Die Konzeptionen von Studentenpolitik unterscheiden sich in ihrer Grundanlage.

Rechte Asten setzen auf den "Demokratischen Dialog". Damit gehen sie von der Annahme oder Überzeugung aus, daß sich der Großteil von Problemen an der Uni durch Gespräche mit deren Verursachern klären läßt. Im Normalfall sei ein Dissens auflösbar. Eine solche Lösung gelang an wenigen Punkten. Dabei handelte es sich um unmittelbare Interessenskonflikte; die Position des Gegners erwies sich sehr deutlich als unsozial oder unlogisch, und außerdem wurde der eigene Standpunkt von der Öffentlichkeit geteilt und von der Lokalpresse aufgegriffen.

Service und Beratung wurden meist - Ausnahme ist natürlich der letzte, funktionsuntüchtige AstA - aufrechterhalten und teilweise ergänzt. Hier findet gegenseitige Befruchtung durchaus statt: Es war ein RCDS-AstA, der den AstA-Laden einführte; es war ein Links-AstA, der die Beschäftigung mit Kommunalpolitik und Ökologie verankerte.

Linke Asten gehen von einer anderen Prämisse aus: Konflikte sind nicht grundsätzlich lösbar am grünen Tisch; Konflikte muß man in Auseinandersetzungen lösen. Sie haben größeres Mißtrauen in die Flexibilität beispielsweise der Kohlregierung und teilen eher die Auffassung über gesellschaftliche Prozesse, wie sie Gewerkschaften und Friedensbewegung sehen.

So trat links letztes Jahr gegen die Einführung von Studiengebühren ein, statt sich Gedanken über deren Staffelfung nach Fächern zu machen (rechte AstA-Vertreter '82/83). Die Studiengebühren wurden zurückgenommen, was tatsächlich einen Einbruch in das Gesamtkonzept der Bildungspolitik von CDU/FDP ausmachte, der erst einmal einiges ins Stocken geraten ließ.

Service und Beratung haben unter dem amtierenden linken AstA einen Aufschwung erfahren. (800 vermittelte Buden sprechen für sich).

Rechte Asten verzichten auf eine Vielfalt von Aktionen. Sie setzen

auf Stellvertreter-Arbeit und beziehen sich lieber auf die Prinzipien von Parlamentarismus und Repräsentation. Die Studenten wählen den AstA, damit der ein Jahr lang das Richtige für sie macht.

Linke Asten setzen auf das eigene Handeln der Studenten. Ihre Positionen formulieren sie als Forderungen und favorisieren die Entfaltung von Druck durch Aktionen. Die Strukturen, die zur Diskussion und Beschlußfassung von Aktionen so nötig werden, sind wesentlich. Komplexere als reinparlamentarische Schemata - Fachschaften, Fachschaftskonferenz, Plena, Teach-Ins werden gebraucht.

Daß Basisnähe nicht immer klappt, ist ein "alter Hut". Sie ist auch eher als Prozeß zu verstehen - als Ziel, dem es sich anzunähern gilt. Wie weitgehend diese Basisnähe verwirklicht wird, ist ein wesentlicher Gradmesser für die Qualität linker Politik.

Rechte Asten verzichten auf die Darstellung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für die Durchsetzung studentischer Interessen. Sie nennen das "Verzicht" aufs politische Mandat. Das bedeutet natürlich nicht, daß rechte Asten unpolitisch wären, doch setzen sie mehr auf die bewahrenden Komponenten. Sie erklären eine immanente Auseinandersetzung für machbar, sind nicht bereit, Teile der "Grundordnung" in Frage zu stellen.

Tatsächlich decken sie sich in solchem Herangehen mit den Konservativen in der großen Politik, die "Ideologiefreiheit" predigen, um die eigene Ideologie ohne Hinterfragen in der herrschenden Position zu halten.

Linke Asten bestehen auf dem politischen Mandat. Jede Mark für Raketen ist eine Mark weniger für Soziales und Bildung. Jedes Stückchen Elite-Uni ist Reproduktion und Stabilisierung herrschender Ideologie und Politik.

Dieser Ansatz ist von seiner Prämisse her kritisch und auf Fortschritt gerichtet. Er steht jedoch in unüberbrückbarem Gegensatz zu rechter Hochschulpolitik.

Aus diesen prinzipiellen Unterschieden heraus entstehen eine Reihe von Attributen, die kennzeichnend für Rechts oder Links sind. Aus der Bestrebtheit um Basisorientierung z.B. folgt die Einrichtung autonomer Referate für Frauen von Frauen, für die Fachschaften durch die Fachschaften, für Ausländer von Ausländern. Aus der bewahrenden Haltung folgt die verstärkte Fixierung auf ein Studentenparlament als Bundestag en miniature nach dem Muster des repräsentativen Parlamentarismus. u.s.w....

Die Frage heißt: Sich-Einpassen in das Gefüge oder bewußtes In-Frage-Stellen (vielleicht auch mit weniger gewissem Ausgang).

Burkhard Hoffmeister

Kein juristisches Problem

Wieder einmal gibt es in Bonn einen linken AStA und so gibt es auch wieder Streit um das sogenannte politische Mandat, d.h. um die Frage, ob die Studentenschaft auch zu allgemeinpolitischen Themen Stellung nehmen darf. Rektor und rechte Studenten versuchen, dem AStA jede politische Äußerung gerichtlich verbieten zu lassen. Es geht ihnen dabei vor allem darum, zu verhindern, daß die Bonner Studentenschaft sich in der Friedensbewegung engagiert. Anstatt nun aber eine offene Diskussion mit der Studentenschaft darüber zu beginnen, verstecken sie sich und ihre politische Anschauung hinter einer angeblich "zweifelsfreien Rechtsprechung der Gerichte" (Rektor Böckle). Aber ist diese Rechtsprechung wirklich so zweifelsfrei, oder ist die scheinbar juristische Auseinandersetzung nicht doch eine politische?

1.) Der juristische Hintergrund

Die Gerichte kommen zum Verbot des politischen Mandats, indem sie die Studentenschaft zur Zwangskörperschaft erklären. Zwangskörperschaften sind Vereine, bei denen man nicht freiwillig, sondern zwangsweise durch staatliche Verfügung Mitglied wird. Diese zwangsweise Mitgliedschaft ist natürlich ein Eingriff in die Freiheit der Mitglieder. Um diesen Eingriff möglichst gering zu halten, darf die Zwangskörperschaft sich nur auf den Gebieten betätigen, die ihr zugewiesen sind. Gleichzeitig haben die Mitglieder einen vor Gericht durchsetzbaren Anspruch darauf, daß die Zwangskörperschaft ihre Kompetenzen nicht überschreitet.

"Wer die Politisierung der Universität betreibt, der beginnt mit ihrer Zerstörung."

Ex-Rektor Prof. Dr. Besch

Für die verfaßte Studentenschaft heißt das, daß sie sich auf die Vertretung studentischer Interessen zu beschränken hat. Sog. Allgemeinpolitik gehört aber nach Ansicht der Gerichte nicht zur Vertretung studentischer Interessen (wobei die einzige Begründung dafür der Hinweis auf eine angebliche "allgemeine Anschauung" ist). Wie die Vertretung studentischer Interessen allerdings ohne eine Beschäftigung auch mit der sog. Allgemeinpolitik, die ja ebenfalls die Situation an der Hochschule beeinflusst, aussehen soll, erklärt das Gericht nicht.

Aber auch die Annahme, daß die Studentenschaft eine Zwangskörperschaft ist, überzeugt nicht. Die Studentenschaft ist unstreitig eine Gliedkörperschaft der Hochschule, also ein Teil der Universität. In die Universität tritt man aber freiwillig, nämlich mit der Immatrikulation ein. Ist aber der Eintritt in die Gesamtkörperschaft Hochschule freiwillig, dann läßt sich daneben keine zwangsweise Mitgliedschaft in einem Teil dieser Universität, nämlich der Studentenschaft, konstruieren. Warum die Gliedkörperschaft Studentenschaft hier anders behandelt wird als die Gesamtkörperschaft Universität, die nicht als Zwangskörperschaft gilt, hat noch kein Gericht überzeugend begründet.

Die Studentenschaft ist also eine interne Ausdifferenzierung der Hochschule und keine Zwangskörperschaft.

Das heißt aber, daß die Studentenschaft, ebenso auch wie die Universität, sich außerhalb ihres eigentlichen Aufgabenfeldes betätigen darf, solange sie dabei nicht Grundrechte der einzelnen Studenten verletzt. Grundrechte derjenigen Studenten, die eine andere Meinung haben, werden aber durch politische Stellungnahmen der Studentenschaft nicht verletzt, sie sind nicht einmal betroffen: politische Stellungnahmen des AStA verpflichten nämlich den einzelnen Studenten zu nichts, sie hindern ihn auch nicht daran, eine andere Meinung zu haben und zu äußern. Auch werden politische Äußerungen des AStA nicht jedem einzelnen Studenten zugerechnet. Jeder weiß, daß nicht alle Studenten hinter derartigen Äußerungen stehen (ebensowenig, wie alle Studenten hinter hochschulpolitischen Äußerungen irgendeines AStA stehen). Im übrigen wird eine derartige Grundrechtsverletzung von den oberen Gerichten auch gar nicht zur Begründung für das Verbot des politischen Mandats herangezogen.

Äußerungen der Studentenschaft zu sog. allgemeinpolitischen Themen sind also nach dieser Ansicht rechtlich zulässig. Ebenso wie die Universität, die z.B. durch die Vergabe des Robert-Schumann-Preises für besondere Verdienste um die europäische Einigung oder die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Staatsmänner auf der Durchreise sich allgemeinpolitisch betätigt, darf dies auch die Studentenschaft.

"wer sich nicht mit Politik befaßt, hat die politische Parteilnahme, die er sich sparen möchte, bereits vollzogen: er dient der herrschenden Partei."

Max Frisch

2.) Worum geht es wirklich?

Das Verbot des politischen Mandats ist also juristisch nicht überzeugend. Aber darum geht es den Rechten auch gar nicht. Ihnen geht es um die Unterdrückung und Behinderung der Arbeit des linken AStA. Und wenn man das vor Gericht machen kann, statt in einer offenen Diskussion - um so besser. Daß es hier nicht um politische neutrale Rechtsanwendung geht, zeigt sich auch ganz deutlich daran, daß die angebliche Rechtswidrigkeit des politischen Mandats erst entdeckt wurde, als die Stellungnahmen der Studentenschaften der herrschenden Meinung widersprachen. Die Studentenschaften haben sich schon immer politisch engagiert.



Solange die politische Äußerungen der Studentenschaft der herrschenden Meinung entsprachen, solange gab es keine Repressionen, sondern Beifall. Der Studentenausschuß der Uni Köln erhielt 1949 für sein allgemeinpolitisches Engagement sogar einen Dankesbrief von der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat: "Die CDU/CSU würde sich freuen", hieß es damals, "wenn die junge akademische Generation diesen Kampf wie bisher auch in der Öffentlichkeit unterstützen würde." Diese Freude scheint der CDU/CSU inzwischen vergangen zu sein. Jedenfalls erhielt der Bonner AStA für sein friedenspolitisches Engagement keinen Dankesbrief von den Rechten, sondern eine einstweilige Anordnung des Verwaltungsgerichts mit einer Zwangsgeldandrohung von bis zu 500.000 DM. Und der Moraltheologe Prof. Böckle, z.Zt. Rektor der Uni Bonn, wollte sogar eine Veranstaltung des AStA zur Frage, ob die Studentenschaft ein politisches Mandat hat, verhindern.

Wo so mit zweierlei Maß gemessen wird, da geht es um die Unterdrückung unliebsamer Meinungen und nicht um politisch neutrale, juristische Argumentation.

Wir Studenten sollten uns dies nicht gefallen lassen und dafür sorgen, daß die Auseinandersetzung um das politische Mandat der Studentenschaft wieder zu einer politischen Diskussion wird.

Thomas Manteufel

**SCHWARZE
RIESEN**

DER FALL BASTIANS

**SCHWARZE
RIESEN**

"DER GEDANKE, EINEN KRIEG ZU FÜHREN, MUSS SO NATÜRLICH SEIN
WIE DER STUHLGANG"

Kriegsforschung an der Bonner Uni, da denkt Jeder an Giftgasschwäden in der Chemie oder Pharmazie, an Effektivierungsberechnung für Flächenbombardements in der Mathematik. Das sind in ungefähr die Sachen, die Leute aus dem Bereich Hauptgebäude/Jura mitbekommen. Alles ein wenig entfernt von uns mit dem Hauch des Exotischen. Bei uns, bei den "Geistes"wissenschaftlern, die ja gar nichts mit "Materie" zu tun haben, gibt es sowas nicht, denkt man.

Man denkt falsch. Nicht ohne Grund. Denn wenn es schon schwer ist, in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Ecke etwas herauszufinden, und solche Projekte sind gut getarnt, so ist es bei uns nur durch Zufall herauszufinden. Einen solchen Fall in Bonn möchte ich darstellen, nicht nur aus Sensationslust, sondern um auch bei uns ein Bewußtsein für solche Sachen zu wecken.

① Der AstA Uni Bonn war lange rechts. Deshalb erhält dieser AstA wohl ein Abonnement der Zeitschrift "Informationen für die Truppe". Mit "stimmungsvollen" Bildern von Soldaten im Manöver, Panzern und Raketen garniert, wird dort vor allem immer wieder markig, meistens aber sehr flach, für Feindbilder und vor allem für den NATO-Doppelbeschluß argumentiert. Im Zusammenhang mit dem offensichtlichen Waffenfetischismus eine angsterfüllende Mischung.

Und mitten in dieser Zeitung ein Name: Hans Dieter Bastians. Fast dachte ich an den General a.D. Bastian, aber der paßt mittlerweile nicht mehr in den Rahmen. H.D. Bastians ist evangelischer Theologe an der Uni Bonn. Tagsüber. Nachts zieht er die großen "Knobelbecher" an und zieht vom Leder. So geschehen in der Ausgabe 3/82 von "Informationen für die Truppe". (Titelbild der Ausgabe: romantisches Aquarell mit allerliebsten Kriegsgerät im Sonnenaufgang): "Angst, Utopie und Friedensbewegung".

② Um Bruder Bastians gerecht zu werden, muß man verstehen, was er für ein Weltbild hat. "Frieden schaffen ohne Waffen"? Unmöglich. Aber selbst die Waffen alleine machen den Frieden nicht sicher. Was fehlt? Verhandlungen? Falsch! O-Ton HDB (Hans-Dieter Bastians): "Der Wandspruch einer Koblenzer Kaserne trifft den Kern der Sache: 'Was nutzt es, daß unsere Fäuste bewaffnet sind, wenn unsere Köpfe wehrlos bleiben'". Aha, darin liegt's, daß der Frieden gefährdet ist: "Die Russen" glauben, wir meinen es nicht ernst. Na wartet, dem sei HDB vor. Für ihn ist das Klassenziel klar: "der Gedanke, einen Krieg zu führen, muß so natürlich sein wie

③ der Stuhlgang." Und so etwas wird auch noch gedruckt, im Deutschen Sonntagsblatt vom 27. Juli 1980. Ihm geht es nicht um die Materie, die Waffen, die scheinen ihm in Ordnung und sind auch nicht sein Fach; ihm geht es um den rechten Geist.

Klassenziel klar: "der Gedanke, einen Krieg zu führen, muß so natürlich sein wie der Stuhlgang." Und so etwas wird auch noch gedruckt, im Deutschen Sonntagsblatt vom 27. Juli 1980.

Ihm geht es nicht um die Materie, die Waffen, die scheinen ihm in Ordnung und sind auch nicht sein Fach; ihm geht es um den rechten Geist. Bastians hat Angst vor der Bedrohung aus dem Osten, nicht vor den Waffen, sondern vor der "geistigen Offensive" der Sowjetunion. Und dies ist nicht zu knapp geraten: Richtig öffentlich, mit Propaganda und Ideologie, nur um den Leuten, denen HDB liebdlienerisch die Bomben als Hammer und Wille Gottes rechtfertigt, ein auszuwischen. "Überdies beinhaltet die politische Konfliktformel 'Friedliche Koexistenz', wie die Staaten des Ostblocks sie auslegen, zwar den Verzicht auf militärische Kampfhandlungen, aber den offensiv geführten Ideologischen Streit auf allen anderen Ebenen. Wie jüngste Geschichte deutscher Innenpolitik lehrt, sind gerade die politisch gesellschaftlichen Institutionen mit Traditionsverpflichtung - Schulen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen - vorrangiges Ziel ideologischer Angriffe." Hilfe, wir sind unterwandert. So Bastians in der Truppenpostille 4/82, S.71. Und das führt zu Verdauungsschwierigkeiten: die "Jugend" (aber gemeinerweise nicht nur die) hält vieles

④ natürlicher als Krieg, z.B. Frieden, und ist somit zu kaum etwas zu gebrauchen.

"Die nicht zuletzt durch staatliche Lehrpläne unterstützte Geschichtsferne zeitgenössischer Jugendgruppen ist so groß, daß z.B. (Kasernen-) Namen wie 'Rommel' oder 'Langemarck', 'Richtshofen' oder 'Beck' dem jungen Menschen so fremd sind wie Ninive und Babylon." (a.a.O., S. 66) So fern sind sie uns noch nicht, daß wir nicht wüßten, daß Richtshofen z.B. den "rechten Geist" hatte und aus dem Töten im Krieg ein kultiviertes Ereignis machte und so vielen schlechten Kriegsfilmen zum Vorbild diente. Und "Langemarck" ist mir immer noch ein Symbol für das in der Sinnlosigkeit des Krieges noch sinnlosere Opfern von Menschen: Der "Opfergang der Jugend", wie das Gemetzel in Langemarck genannt wurde, scheint Bastians heute



zwei Titelbilder der Postille, in der Bastians schreibt:

⑤ der Dritten Welt. Man kann für den Weltfrieden eintreten, sich aber in Tateinheit für den Landfriedensbruch (Bremen, Brockdorf) oder den Hausfriedensbruch der 'Instandbesetzer' engagieren. In diesem Licht betrachtet, ist die Politik der Moralisten keine Morgenröte einer gewaltfreien Gesellschaft, sondern ein Schatten einer längst bekannten Spielart: der Kampf um die Macht mit anderen Mitteln." (a.a.O.)

Was ist schon die Gefahr einer Pershing 2 verglichen mit der geballten Kraft eines AKW-Gegners oder eines Hausbesetzers. Diese Friedensfreunde wollen leben, aber auch noch wohnen; und dann halten sie auch noch mit anderen zusammen, die sich ein wenig selbst befreien. Wer steckt dahinter? Der Iwan? Falsch! "Falsche Begriffe und schlechtes Wissen können durch Belehrung beseitigt werden. Widerstände des Gefühls niemals. Einzig ein Appell an diese geheimnisvollen Kräfte selbst kann hier wirken." So schrieb der Autor von "Mein Kampf", der von der Bewegung in der Politik etwas verstand. (a.a.O., S.54) Die Friedensbewegung als neue Nazis, aber wie damals alles verführte Mitläufer? Hier geht es, muß ich zugeben nicht um Kriegsforschung. Nicht einmal der niedrigste Anspruch an wissenschaftlich Qualität wird hier erfüllt. Aber es geht um Kriegsforschung, um eine gefährliche, unverantwortliche, und auf keinen Fall sehr christliche Lehre.

⑥ Warum tut dieser Mensch so etwas? Merkt er nichts mehr oder hat dieser hinterlistige Schwachsinn Methode, Knallcharge oder gewissenhafter Funktionär eines Trupps zur Diffamierung der Friedensbewegung? Nun, HDB ist nicht nur Professor, er ist auch Mitglied des Beirates für Innere Führung der Bundeswehr. Es hat fast den Anschein, als wäre er nicht einer der fröhlichen dümmlichen Waffensegner, die wir schon immer in deutschen Heeren hatten, sondern jemand, der sich bewußt entschieden hat für die Seite der Panzer und Raketen, der die "Werte des Abendlandes" bis zu ihrer vollkommenen Vernichtung verteidigen will, einer jener "lieber tot als rot" Kamikaze, den man nun wie einen wilden Stier auf nachdenkliche Soldaten losgelassen hat, um sie wieder ideologisch auf die Reihe zu bringen. Zu solchen Vorwürfen äußert sich Bastians nicht. Wir haben es schon mal versucht. Aber es ist ein Beispiel, was möglich ist. Aus unserer Uni, bei den Geisteswissenschaftlern. Hier wird geistiges Rüstzeug geschmiedet, das sehr gefährlich ist. Und wir haben die Aufgabe, aufzupassen, und womöglich zu verhindern. Ein Vorschlag an den Wissenschaftsminister: HD Bastians wird General beim Bund, vielleicht psychologische Kriegsführung, und General a.D. Bastian kommt an die Uni und macht Friedenspädagogik. Das haben wir noch sehr nötig.

Uwe Rübesam

**SCHWARZE
RIESEN**

DER FALL KNÜTTER

**SCHWARZE
RIESEN**

AUS "TOLERANZ" FACHSCHAFTER VOR DEN KADI GEZERRT

Mit den Worten, es sei ein "Zeichen der Toleranz an der Universität gesetzt" worden und einem erhobenen Zeigefinger zu den drei angeklagten Studenten beendete Richter Hasse am Bonner Amtsgericht einen Prozeß, dessen Vorgeschichte bis weit in das Jahr 1981 hineinreicht. Was nun folgt, ist ein richtiges kleines Lehrstück in Sachen Meinungsfreiheit und tolerantem Diskussionsklima, das nicht nur einen ausgesprochenen Bösewicht, sondern als Höhepunkt auch den Auftritt des Retters in letzter Sekunde aufweist.

Doch der Reihe nach. Im Jahre 1981 schlug der FSR Politologie einen Lehrbeauftragten für politische Ökonomie vor, dessen unbesoldete (!) Berufung von der Kollegialsitzung, die am Seminar über Neuanstellungen entscheidet, ausgesprochen werden sollte. Dieser lag in der entscheidenden Sitzung ein schriftliches Veto vor, in dem sich Prof. Hans-Helmut Knütter gegen die Berufung aussprach, weil der Lehrbeauftragte am Seminar "friedensstörend" wirke. Um seine Ansicht zu untermauern, bot er einen Einblick in seine reichhaltige Privatsammlung, in der er seit Jahren Flugblätter und andere zersetzende Schriften archiviert und aus der er bereits freundlicherweise eine "Personalakte" (O-Zitat) zusammengestellt hatte. Der Lehrbeauftragte war ihm nämlich bereits in seiner Studentenzeit als Fachschaftsvertreter unangenehm aufgefallen.

Nach der erwartungsgemäßen Ablehnung wollte der FSR nun über diese obskure Akte und das Verhalten des daranhängenden Professors diskutieren. Ein Veranstaltungsbuch der Fachschaftsräte Politologie und Sozialwissenschaften brachte dann den Ballon zum Platzen. Bereits vor Beginn seiner Veranstaltung forderte Prof. Knütter die Fachschaftsvertreter auf, sofort den Raum zu verlassen. Als diese Drohung nicht fruchtete, zog er selbst mit seinem Seminar von dannen, nicht ohne Ankündigung, er werde die ihm namentlich bekannten Personen anzeigen.

Widerspruch führte zur "Versöhnung"

Das erste Lachen blieb den Betroffenen im Halse stecken. Wenige Monate später flatterte vier Politik- und zwei Sowistudent/innen eine Anzeige wegen Nötigung und Hausfriedensbruch ins Haus. Ein Blick ins Gesetzbuch belehrte denn auch, das einschlägige Paragraphen für diesen Fall, der mit ein paar Worten hätte geklärt werden können, den oben genannten Tatbestand formulieren. Im Laufe der Bearbeitung wurde das Verfahren gegen drei Personen eingestellt, u.a. weil die Fachschaftsvorsitzende Sozialwissenschaften, Bettina, nachweisen konnte, überhaupt nicht anwesend gewesen zu sein. Eine gewisse Blindwütigkeit kann also dem Professor nicht abgesprochen werden.

Wie dem auch sei, Mitte dieses Jahres, also nach gut anderthalb Jahren, sprach das Gericht sein erstes Urteil aus: 600 DM

Strafe für jeden, schuldig befunden der Nötigung und des Hausfriedensbruchs. Jeder der drei wäre außerdem vorbestraft gewesen. Schöne Aussichten!

Die drei legten Widerspruch ein, der neue Gerichtstermin wurde auf den Nikolaustag festgelegt. Und jetzt schlägt plötzlich die Stunde der Versöhnung. War das erste Urteil noch formlos ausgesprochen worden, so hätte der zweite, diesmal öffentliche Prozeß, möglicherweise ein "Seminar von Weltruf" (so wird es tatsächlich bezeichnet) in das grelle Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Prof. Hans-Adolf Jacobsen, geschäftsführender Direktor und auch Außenstehender als liberaler Medientänzer und wissenschaftlicher Entertainer in Sachen Friedensforschung, Außenpolitik, Japan, Polen, Völkerverständigung, Partizipationsforschung und sozialliberaler Wählerinitiative bekannt, zeigte sich besorgt. Er lud alle Beteiligten zu einem round-the-table-Gespräch ein und legte eine "Ehrenerklärung" vor, die, unterzeichnet von den Studenten, den Herrn Prof. Knütter doch bitteschön zu einer Rücknahme seiner Anzeige bewegen sollte. Inhaltlich sollten die Studenten erklären, sie hätten bei ihrem Auftritt keinesfalls eine strafbare Nötigungs- oder Hausfriedensbruchsabsicht verfolgt; es täte ihnen leid, daß das so aufgefaßt werden konnte und sie würden so etwas echt nie wieder tun.

Mit diesem unterzeichneten Schriftstück und dem Rückzug der Anzeige war der Prozeß nun eigentlich wenig spektakulär geworden, aber die Tendenz des wohl endgültigen Urteils macht einen doch stutzig. Zahlbar sind jetzt DM 80,- für jeden an Amnesty International, sowie die entstandenen Anwaltskosten des Professors.

Neben den eigenen und den Anwaltskosten der drei, gegen die der Prozeß eingestellt worden war und die sich in ihrer ersten Panik einen Anwalt genommen hatten, dürfte jetzt eine Summe von mehreren tausend Markern auf die Studenten zukommen.

"Lehrstück gegenseitiger Toleranz"

Und hier tauchen die Fragen auf: Der Richter sprach in seiner Urteilsbegründung von einem "Lehrstück gegenseitiger Toleranz", das hier vorgeführt worden sei.

Aber:

Der ursprüngliche Skandal, daß nämlich ein Professor und Mitglied des "Bundes Freiheit der Wissenschaft" sich am Seminar als

Gesinnungsschnüffler betätigt, und mit dieser Methode politisch Andersdenkende nicht nur diffamiert - die "Personalakte" wurde der so erfaßten Person nie vorgelegt, eine Möglichkeit der Stellungnahme somit ausgeschlossen -, sondern darüber hinaus noch versucht, ihnen Betätigungsfelder zu verbauen: Dieser Skandal war im Lehrstück gegenseitiger Toleranz in die graue Vorzeit verbannt.



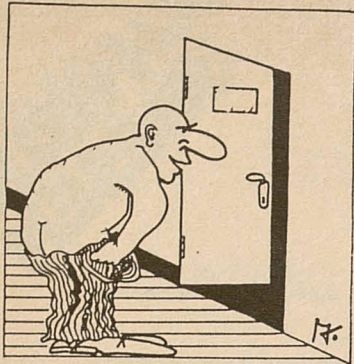
"Schadenwiedergutmachung" durch Strafprozeß

Die offengebliebene "Nagelprobe für Pluralismus und Liberalität am Seminar" ("Akut" Nr. 179, S. 5) ist entschieden. Der Nagel ist im Holz und der Hammer des Richters gefallen. Das Urteil als Skandalurteil zu werten hieße in die Wehleidigkeit einiger Linksinrektueller zu verfallen, die in jeder Verurteilung ein neues Stückchen Lagerdraht wittern.

Wenn aber drei Studenten pro Nase tausend Mark und mehr bezahlen müssen, weil ein Herr Professor einfach keinen Bock auf eine kurze Diskussion hatte, ist dies sicherlich auch kein Lehrstück gegenseitiger Toleranz, von Plural- oder Liberalismus ganz zu schweigen.

Die Urteilsbegründung spricht ferner von einer "Schadenwiedergutmachung immaterieller Art" für Professor Knütter durch den Abdruck der "Ehrenerklärung" in der Fachschaftszeitung. Hier soll offensichtlich ein journalistischer Pranger aufgestellt werden: Ich mußte ja unbedingt einen Professor nötigen! Vielleicht soll aber auch nur deutlich unter Beweis gestellt werden, daß diese Studenten für einen richtigen Ordinarus ohnehin nicht satisfaktionsfähig sind.

In was für einer Welt lebt diese seltsame Symbiose aus Richter und Professor eigentlich?



Prof. Knütter in die Galerie !!

Versucht man das Verhalten des Professors politisch einzuordnen, muß noch ein Detail angemerkt werden. Der erste Schritt zur Verhinderung der Neuanstellung eines ihm nicht genehmen Dozenten war, daß diesem die Wissenschaftlichkeit abgesprochen wurde. Ein beliebtes Verfahren, wenn eine inhaltliche Auseinandersetzung vermieden werden soll; nur hier leider etwas vor-schnell, denn die Doktorarbeit war bei Professor H.A. Jacobsen eingereicht und angenommen worden. Pech also!

Die Eignung Prof. Knüters, in eine Galerie schwarz-grauer Eminenzen aufgenommen zu werden, ist somit hinlänglich bewiesen.

Seine Tätigkeit erschöpft sich nicht nur in diesem kleinen Ausschnitt, er zeigt lediglich, auf wie verschwiegene Weise die Weichen in eine Zukunft des Vergangenen gestellt werden sollen. Er zeigt auch die Bereitschaft, notfalls einen Kreuzzug anzufangen, um dieses Ziel gegen Wider-sacher durchzuboxen.

Öffentlichkeit kann hier nur nützlich sein, da, wie das Beispiel zeigt, auch eingeschlafene Liberale wieder aufgeweckt werden können.

Raimund Bleischwitz
(FSR Sozialwissenschaften)

FORSCHUNG für den KRIEG !?

'Forschung für den Krieg' - assoziiere: Ein abgestecktes Stück Land irgendwo in Nevada, in riesigen Unter-Tage-Labors die klugen blassen Männer in olivgrünen Kitteln; sie eifern, brüten, experimentieren, füttern Computer.

So oder so ähnlich läuft's nicht. Diese Sparte ist nicht von Besessenen im Untergrund besetzt, sie ist das Gängige: Jeder zweite Wissenschaftler und Ingenieur und mindestens jeder dritte Natur- und Technikwissenschaftler arbeiten in diesem Bereich, ca. 2/5 der Forschungsausgaben sind der militärischen Forschung gewidmet - das ist schon rein numerisch schwer vorstellbar. Dazu kommt: Rüstungsforschung und -produktion sind in ihren qualitativen und quantitativen Ausmaßen symptomatisch und bestimmend für unsere Gesellschaft, die erst durch die Konfrontation mit der immer wahrscheinlicher werdenden Selbstvernichtung den Aufbruch in eine friedliche erlebt.

Die technisch-militärische Forschung existiert nicht losgelöst, sondern ist ein Sektor im Fächer eines militarisierten Wissenschaftssystems. Sie ist verknüpft mit und wird gestützt vom vielfältigen Know-how konventioneller Konfliktaustragungsstrategien. Sie wird weder in Frage gestellt noch angegriffen von unseren Theologen, Soziologen, Philosophen, sondern im Gegenteil mit Rechtfertigungen versehen.

Kriegsforschung und Waffenproduktion entwickeln ungehemmt -allenfalls verschleiern- und staatlich gefördert ihre Dynamik. Ihre Expansion ist zwar nicht offen propagierbar, aber unter Hinweis auf die Arbeitslosenheere ohne Schwierigkeiten durchsetzbar. Sie ist unverzichtbare Komponente der gegenwärtigen Wachstumsbestrebungen: Aufschwung schaffen mit immer mehr und immer besseren Waffen; vorne bleiben in der Weltkonkurrenz neuer Technologien; den Hochrüstungskurs waffentechnisch und ideologisch ausstatten, um das 'Reich des Bösen' kontrollierbar, wenn nicht sogar atomisierbar zu machen.

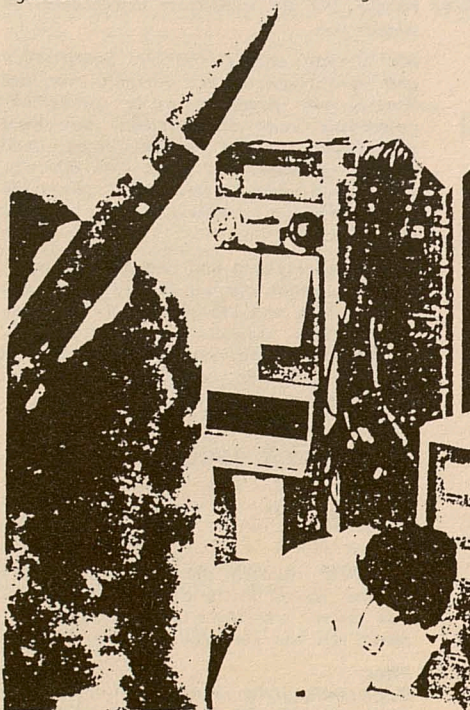
KLÄRENDE FRAGEN

Wer die Verantwortungslosigkeit der Wissenschaften beklagt und ändern will, der muß Konsequenz üben und auch andere zur Verantwortung ziehen:

Zu fragen ist dann nach den Bedingungen, die die Tätigkeiten und Möglichkeiten der Wissenschaft bestimmen und ihre Ergebnisse verwertet. Konkret: In wessen Inter-

esse erfolgt die beispiellose Rüstungs-expansion des westlichen Lagers mit der Entwicklung immer perfekterer Vernichtungssysteme? Wer betreibt die Ausrüstung der Gehirne? Warum will Wilms das Wissenschaftssystem noch welt-gehender instrumentalisieren für die Interessen von Staat und Wirtschaft? Was steckt hinter der Liquidation der bundes-deutschen kritischen Friedensforschung, die den ökonomischen und ideologischen Kontext der Konfrontationsmaschinerie hinterfragt hat?

Wer kriegsrelevante Wissenschaft entrüsten will, der muß zuerst fragen nach ihren Verflechtungen. Wer den Mißbrauch von Gesellschaftswissenschaften für Konfrontationspolitik offenlegen will, der muß gegen die Widerstände der Herrschenden die Motive des Verschleierns, der Desinformation und Demagogie, des Verteufelns unter die Lupe nehmen. Fragwürdig ist weiterhin: In wessen Interesse liegen die Versuche, das Thema Frieden - gerade weil es umfassend ist- aus der hochschulpoli-tischen Diskussion zu verbannen; wer ist daran interessiert, seine Bedeutung als zentrale Problematik aller Bemühungen um eine konfliktarme, demokratische, gerechte Gesellschaft zu verleugnen?



Warum wird die Interessenvertretung der Bonner Studenten mit Bußgeldern bedroht, weil sie diese Bedeutung erkannt hat und entsprechend handelt? Das ist alles gewußt!

WISSENSCHAFT FÜR DEN FRIEDEN!

Diese Forderung drückt nicht nur ein Überlebensinteresse aus, sie impliziert den Kampf gegen Bildungs- und Sozialabbau als Resultanten der expandierenden Rüstungs-etats. Sie bedeutet das Eintreten gegen Funktionalisierung von Wissenschaft und Hochschule und für deren Demokratisierung und Selbstbestimmung. "Wer sagt, der Naturwissenschaftler soll sich zurückhalten, sagt gleichzeitig, der Arbeitnehmer Naturwissenschaftler soll seine Ergebnisse nur mit seinem Arbeitgeber besprechen - der Arbeitgeber kann der Staat sein oder ein Kapitalist - und die Verwertung dieser Ergebnisse dem Arbeitgeber überlassen." (Prof.Dr. Starlinger, Inst. für Genetik der Uni Köln).

Rektoren, Kläger und studentische Regierungsvertreter, die das Friedens-engagement von Wissenschaftlern auf Kongresse und das der studentischen Interessenvertretung auf Bezugsgruppen be-grenzen wollen, indem sie Scheinargumen-tationen mit Hochschulrahmengesetz, Rechtsaufsichtspflichten u.ä. abziehen, leugnen die Verantwortung des Hochschul-bereichs: Ihre Aufgabe zur Problema-tisierung und Reflexion komplexer Zusammenhänge sowie den Charakter der Universität als d e m zur Kritik ver-pflichteten gesellschaftlichen Bereich. Diese kleine radikale Minderheit kann das 'friedliche' Problembewußtsein nicht zurückdrängen oder durch Klagen zer-trümmern. Die Isolierung der Stationierer als Ergebnis des Widerstands und die wissenschaftliche Kompetenz als Rückgrat der Argumentation der Friedensbewegung, der Dialog zwischen Wissenschaftlern und Studenten, das Aufgreifen und Verbreiten neuer unbequemer, existentieller Fragen, der Protest gegen Rüstungsforschung (z.B. Verpackung des Chem. Instituts durch den AstA), sind die Anfänge. Mit der Insti-tutionalisierung des Friedens im Wissen-schaftssystem, mit der Abrüstung der Gehirne, mit der politischen Stärkung der Friedensbewegung in der Hochschule wird der Weg beschritten in eine bessere, weil friedliche Gesellschaft.

Thomas Hallet

Kein Platz für Radfahrer

Neulich vor der Nasse-Mensa, an einem Tag wie jeder andere, das Essen war auch nicht schlechter als üblich, passierte etwas positives.

Wo vorher noch etwa 150 parkende Fahrräder den Fußgängern den Weg in die Mensa erschwerten, war auf einmal Platz: die Fahrräder standen auf einem Fahrradparkplatz. Eine neue Abstellmöglichkeit? Welt gefehlt!

Nach zwei Jahren seit der Anlage des Fahrradparkplatzes gegenüber des Mensaeinganges wurde es endlich möglich, denselben zu benutzen, indem der AstA die vier daraufparkenden Autos auf die Straße heben ließ, wodurch die Straße blockiert wurde und die Fahrräder auf den ihnen zustehenden Platz kamen.

Obwohl der Fahrradparkplatz deutlich als solcher gekennzeichnet ist, vergeht kein Tag, an dem dort in der Mittagszeit keine Autos parken. 4 Autofahrer schienen bislang wichtiger zu sein, als 100 Radfahrer. Welch ein Verhältnis.

Alle bisherigen Asten waren bisher zu vorsichtig, einmal eine spektakuläre Aktion gegen diesen Mißstand durchzuführen, weil es zu befürchten galt, daß die betroffenen Autofahrer auch Studenten sind.

Das Vorgehen des AstA ist juristisch natürlich nicht einwandfrei. So bleibt noch zu klären, wer für die Abschleppkosten eines Fahrzeuges aufkommen muß und ob eine bewußt herbeigeführte Verkehrsbehinderung vorliegt.

Trotzdem findet die Maßnahme ihre Rechtfertigung in der Notwendigkeit, auf dieses Problem aufmerksam zu machen und insbesondere alle Studenten aufzufordern, dort nicht mehr mit Autos zu parken. Die Stadt Bonn hat bisher sämtliche Aufforderungen, den Fahrradparkplatz durch geeignete Maßnahmen für Autos unbenutzbar zu machen unter Verweis auf die angeblich zu hohen Kosten zurückgewiesen. Das kann doch nicht so teuer, dort ein paar Kübel oder Pfosten aufzustellen. Einen ähnlichen Effekt könnte man mit einer Verkehrsberuhigung im gesamten Bereich Nassestr./Lennestr. erreichen.

Doch da läßt es verwundern, daß ausgerechnet der Fußweg am Wittelsbacherring in Richtung Victoriabrücke nur mit der Aufstellung eines Schildes zum Radweg erklärt wurde.

An dieser Stelle entkräftet die Stadt Bonn alle ihre Argumente, die sonst gegen solche 'Billiglösungen' geltend gemacht werden. Der Weg hat die Oberflächenbeschaffenheit eines Ackers, Fahrräder und Fußgänger werden bunt gemischt, parkende Autos und Bäume stehen im Weg, die Fortsetzung zur Überquerung der Endenicher Straße ist nur durch Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung erreichbar. Kurz, man hat dort die besten Chancen, jede Menge Passanten anzufahren.

Bonner Studenten Fahrschule

Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

Anmeldung und Auskunft:

Montag und Mittwoch von 17.00 bis 18.30 Uhr
Freitag von 9.30 bis 11.00 Uhr
Unterricht Mittwoch von 18.30 bis 20.00 Uhr

Darauf wird man vermutlich bis zur Wende warten müssen - bis zur Jahrtausendwende. Man kann sich auch kaum vorstellen, wie sich ein Oberbürgermeister um die Probleme seiner Stadt kümmern will, wenn er sich hauptsächlich mit Bundes- und Landtag befaßt. Als nächstes zieht Supermann wahrscheinlich in die UNO ein.

Die Stadt Bonn bleibt ihrer alten Linie treu. Einfach behaupten, es sei alles zu teuer. Große Versprechen, klotzige Pläne und bescheidene Ausführung nach dem Motto: kleckern statt klotzen. Das gilt insbesondere für den Ausbau des Radwegenetzes. Hier ist alles zu teuer.

Zum Beispiel die Öffnung der Königstraße bis zum Bahnübergang für Radfahrer in Gegenrichtung der Einbahnstraße. In der Quantiusstr. (hinter dem Bahnhof) hat sich das bewährt. Die Königstraße ist bereits eine sogenannte 'falsche Einbahnstraße', d.h. sie ist nur an einem Ende als Einbahnstraße gekennzeichnet und die Straßenbahn fährt ohnehin in beide Richtungen. Mit einem Schild wäre es möglich, die Straße auch für Radfahrer freizugeben. Wahrscheinlich auch zu teuer.

Die Radwegpolitik der Stadt Bonn paßt sich also der jeweiligen Situation an: Ausreden für ihre Untätigkeit. Statt dessen haben die Stadtväter Geld für Schilder mit der Aufschrift: "Dieser Baum wird gepflegt". Das wird dem Baum kaum helfen, wenn es dran steht! Die Stadt sollte das zur Verfügung stehende Geld für nützlichere Dinge als Eigenlob ausgeben.

Immerhin fahren täglich knapp 16 000 Studenten mit dem Fahrrad zur Uni. Aber die interessieren ja nicht. Bei der nächsten Kommunalwahl wählen die ja sowieso im seltensten Fall am Studienort.

Es kann nur noch schlechter werden. Demnächst wird man wohl nicht einmal mehr auf Radwegen fahren können, weil auf diesen die Autos derer parken werden, die die Stadtwerke mit ihrer katastrophalen Tarifierhöhung und begleitenden Leistungsver schlechterung zum Umsteigen auf das Auto und damit in die Fänge der Mineralölkonzerne getrieben hat.

Hans-Joachim Simon

Aktueller Nachtrag:

Die Fahrrad Aktion des AstA vor der Mensa hat was bewegt! Vorerst allerdings nur das Gesäß einiger Bürokraten im Stadthaus. Sah sich das Straßenverkehrsamt jahrelang nicht in der Lage, gegen die parkenden Autos vorzugehen ("die behindern ja nicht den Verkehr"), so wurde es nun blitzartig aktiv. Leider in die falsche Richtung. Die Absperrung durch Plakatständer, die der AstA aufgestellt hatte, sei eine verbotene "Sondernutzung" vor Verkehrsflächen. Das angedrohte Bußgeld konnte leider nicht mehr eingetrieben werden, waren doch unsere Ständer bereit: einem rücksichtslosen Autofahrer und der Witterung zum Opfer gefallen.

Ein positiver Erfolg unseres Kraftaktes: und der Resonanz in der Presse: die SPD in der Bezirksvertretung hat unsere Forderungen aufgegriffen und einen offiziellen Antrag eingebracht, der einstimmig angenommen wurde und die Verwaltung auffordert, die Stellfläche wirkungsvoll freizuhalten. Mal abwarten, ob das Straßenverkehrsamt jetzt auch so schnell reagiert ...

Kalle Winter
(Öko- & Kommunalreferat)



FRS FLUG REISE SERVICE GmbH

REISEN IN ALLE WELT

Hier einige Preisbeispiele für unsere Flugangebote

New York ab DM 795.--	Bangkok ab DM 1450.--
Lima ab DM 1990.--	Bombay ab DM 1625.--
Malaga ab DM 350.--	Mallorca ab DM 275.--
Kanaren ab DM 475.--	Djakarta ab DM 1695.--

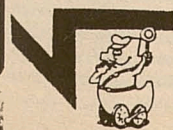
desweiteren vermitteln wir Ihnen
EUROTOURS, JET REISEN, ALLTOURS, LTU, NOVA REISEN
STUDIENREISEN, INTERCONTACT, SPRACHREISEN, BUSREISEN
und die Fähren über den Kanal

vieles mehr z.B. TRANSALPINO TRANSALPINO
Bonn - Frankfurt DM 25.--
Bonn - Belgien DM 26.--

Beraten - Planen - Buchen

FRITZ-TILLMANN-STR. 4 · 5300 BONN 1
☎ 02 28 / 22 10 71 · TELEX: 08 869 504 frs d

transalpino
Das billige Bahnticket für alle unter 26.



Die Ordinarien lassen grüßen

Die letzten beiden Rektoren der Bonner Uni, Prof. Besch und seit Oktober Prof. Böckle (Moraltheologe), scheinen ihre vornehmste Amtspflicht darin zu sehen, den mißratenen linken AStA auf den gesetzestreuen Pfad der Tugend zurückzubringen. Einen AStA, "der offensichtlich nicht gewillt war, seine Geschäfte im Rahmen der durch Gesetz und Verfassung gezogenen Grenzen zu führen", wie Prof. Böckle in seinen "Universitätsnachrichten" verlautbarte. Um den Clinch zwischen Rektorat und AStA, um die Wahrnehmung des "allgemeinpolitischen Mandats" geht es in diesem Artikel nicht, einen Clinch übrigens, in dem der Rektor vor Gericht meistens den kürzeren gezogen hat. Es geht vielmehr darum, das Verhalten von Professoren und Rektoren, die hier mit moralischem Unterton den AStA als gesetzes- und verfassungswidrig darstellen, selber unter die Lupe zu nehmen. Das Ergebnis ist ein Lehrstück, wie man geltendes Recht umgeht, wenn es einem nicht in den Kram paßt. Diese ehrenwerten Leute unterlaufen seit über einem Jahrzehnt zentrale Punkte des Wissenschaftlichen Hochschulgesetzes (WissHG) und sind auch noch stolz darauf. Thema dieses Artikel ist die Verfassung der Universität und die darin verankerte studentische Mitbestimmung in den Universitätsgremien.



Demokratisierung der Hochschule

Diese Materie dürfte den Studenten weitgehend unbekannt sein, denn das Interesse richtet sich vornehmlich auf die Gremien der Verfaßten Studentenschaft (Fachschaften, Studentenparlament, AStA). In den Verfaßten Studentenschaften sind alle Studenten der Uni zusammengeschlossen und verwalten ihre Angelegenheiten selber (zumindest solange ein Rektor nicht zu seiner Rechtsaufsicht über diese Gremien greift).

Auch wenn man die Existenz der Verfaßten Studentenschaft für positiv hält (zumal sich nach der Wende wieder die Rufe nach Abschaffung derselben mehrten), sollte man sich darüber im Klaren sein, daß sie über sehr wenig realen Einfluß verfügt. Die zentralen Entscheidungen auf Uni-Ebene fallen in den Gremien der "akademischen Selbstverwaltung" und für uns Studenten ist es von entscheidender Bedeutung, wie wir in Senat und Fakultäten vertreten sind, um in Fragen des Haushalts, der Stellenbesetzung, von Studien- und Prüfungsordnungen etc. studentische Positionen ggf. durchsetzen zu können.

Hatten traditionell an deutschen Hochschulen die Ordinarien, d.h. Professoren erster Klasse mit eigenem Lehrstuhl, das Sagen, so erwuchs in den 60er Jahren bei den Studenten das Bewußtsein, daß die Uni nicht nur aus Profs besteht und sie überhaupt kein Mitspracherecht bei elementaren Entscheidungen über ihr Studium

haben. Das Motto von der "Demokratisierung der Hochschule" der Studentenbewegung bezog sich primär auf eine paritätische Besetzung der akademischen Gremien und eine Entmachtung der Ordinarien. Fragen der Universitätsstruktur waren einmal entscheidende Themen studentischer Interessenvertretung, in Bonn zumindest sind sie es nicht mehr, ganz zur Freude der Professoren. Von einer noch Reformfreudigen SPD 1969 aufgegriffen, in einigen Hochschulgesetzen verankert, 1973 vom Bundesverfassungsgesetz unter dem Jubel der konservativen Standesorganisation "Bund Freiheit der Wissenschaft" als zu weitgehend zurückgewiesen (der "Sachverstand" der Professoren privilegiert sie in zentralen Fragen von Forschung und Lehre für eine entscheidende Mehrheit) und danach im revidierten Hochschulrahmengesetz des Bundes 1976 und des WissHG von NRW 1980 noch ansatzweise im "verfassungsmäßigen" Rahmen erhalten, war die demokratische Mitbestimmung an den Unis einmal das bildungspolitische Thema.

Gesetz und Bonner Wirklichkeit

Es lohnt sich, einmal die formellen Regelungen des WissHG, das für Bonn verbindlich ist, zur Hand zu nehmen und einige Punkte herauszugreifen (auch wenn es eine trockene und schwer verständliche Materie ist): von den Gruppen der Profs, der Studenten, der wissenschaftlichen und der nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern wird ein Konvent gewählt, der eine

Universitätsatzung nach den Maßgaben des WissHG ausarbeiten soll. Da es hier noch nicht um Fragen von Forschung und Lehre geht, sind die Profs den anderen drei Gruppen zusammen im Verhältnis vor 2 : 3 unterlegen. In einer neuen Universitätsverfassung sind dann die Besetzungen der akademischen Gremien zu regeln. Im Senat und Fachbereichsrat haben dann die Profs zwar immer noch mehr als 50% der Sitze, aber die anderen Gruppen sind dann immer noch stärker repräsentiert als bisher (die nichtwissenschaftlichen bisher noch gar nicht). Auch für die einzelnen Seminare und Institute sind Gremien vorgesehen. Nach dem Willen des Gesetzgebers soll die Neustrukturierung schnell gehen; der Rektor muß eine vorläufige Konventsordnung erlassen, und der Konvent hat innerhalb eines Jahres eine neue Verfassung vorzulegen.

Dieses Verfahren ist mittlerweile in allen nordrhein-westfälischen Unis zumindest in Gang gekommen. Und wie sieht es in Bonn aus? Der Rektor hat nach jahrelangem Druck aus Düsseldorf (das WissHG ist seit 4 Jahren in Kraft!) endlich eine Wahlordnung ausgearbeitet, die aber noch nicht genehmigt ist. In Senat und 8 Fakultäten stellen die Studenten immer noch zwischen 8 - 10% der Mitglieder, an keinem Seminar existiert ein wirklich verankertes Mitbestimmungsgremium (von einigen freiwilligen und oft willkürlichen Ausnahmen abgesehen). Die Gremien der Verfaßten Studentenschaft schmoren im eigenen Saft und haben kaum Mitspracherecht, wir studieren nach wie vor an einer Ordinarienuniversität, an der Demokratisierungstendenzen und Gesetze scheinbar spurlos vorübergegangen sind. Und das schlimmste ist, daß den meisten Studenten dieser Zustand nicht einmal bewußt ist und kein Protestschrei unsere Ordinarien erschüttert.

Sturheit und Griff in die Trickkiste

Wie haben es die Bonner Ordinarien geschafft, diesen so offensichtlich gesetzeswidrigen Zustand zu bewahren? Einige, mir bekannte aber absolut unvollständige Beispiele, sind im folgenden aufgeführt. Vorauszuschicken ist, daß die Mehrheit der Bonner Professoren, manifestiert in Aussagen der Gremien und des Rektorats, diesen Teil des WissHG ablehnt. Das ist nicht verwunderlich, wenn man an die überwiegend konservative Grundhaltung denkt, die oft genug in der Mitgliedschaft im Bund Freiheit der Wissenschaft zum Ausdruck kommt. Hier paaren sich ver-

mutlich Traditionsbewußtsein (die gute alte Ordinarienherrlichkeit) mit Machtkalkül, gibt es doch "unqualifizierte" Studenten, Dozenten und Tutoren, Hausmeister etc. (besonders die linken natürlich) von der Verantwortung für die Universität fernzuhalten. Daß das äußerst undemokratisch ist, und sie auch weiterhin eine Mehrheit hätten, stört die Herren (und ein paar Damen) nicht. Ex-Rektor Besch im Oktober '82 zu den vorgeschriebenen Änderungen: "Sie müssen vollzogen werden auf der Grundlage unseres Hochschulgesetzes, aber viele von uns (er meint die Professoren - KHW) tun das nur mit schweren Bedenken" ... "Unter günstigen Umständen kann auch das Gruppenuniversitätsmodell funktionieren, aber das Risiko des Scheiterns ist zweifellos groß." Wird die Ablehnung hier noch etwas hinter den "aber"s versteckt, wird die Verzögerungstaktik im Verhalten sichtbar. Die schon 1970 geforderte neue Verfassung bekam im damaligen Satzungskontext keine Mehrheit (wer wohl dagegen gestimmt hat?), der erste Versuch der Neustrukturierung war gescheitert. "Diesem Umstand verdanken (!) wir, daß bis heute unsere alte Universitätsverfassung gilt..." (Besch). Die nächsten 10 Jahre haben dann die Profs die Gesetzesvorschriften einfach ignoriert und auf bessere Zeiten gewartet. Auch das neue WissHG hat in diesem Punkt zunächst zu keinerlei Aktivität geführt, während z.B. Prüfungsverschärfungen aufgrund des WissHG sehr schnell herbeigeführt wurden (Magisterprüfungsordnung). Nach einiger Zeit wurde das dem Wissenschaftsministerium zu bunt und es machte Druck. Wobei anzumerken ist, daß Bonn dort im Rufe einer großen Sturheit steht. Der WiMi ist scheinbar froh, wenn Bonn überhaupt mal unangenehme Gesetze umsetzt, auch wenn sie dem Geist desselben widersprechen. (So hat sich Bonn z.B. auch durchgesetzt, als es statt kleinerer Fachbereiche mehrerer zusammengehörender Fächer einfach die

alten Fakultäten beibehielt und schlichtweg demnächst in Fachbereiche umbenennen wird.) Am 6.8.82, also zweieinhalb Jahre nach dem neuen WissHG, hat der WiMi angedroht, eine eigene Wahlordnung für den Konvent zu erlassen, wenn es die Uni nicht innerhalb von zwei Monaten endlich selber macht. Obwohl diese Vorschrift ja nicht neu war, erschien dieser Druck dem Rektor als "unangemessene Hast" und er klagte gegen den Erlaß. Der WiMi kuschte, zog den Erlaß zurück und bat freundlichst, in den nächsten Monaten doch endlich aktiv zu werden. Um einem neuen Erlaß vorzubeugen sah sich die Uni doch endlich genötigt, wenigstens eine Konventswahlordnung zu erstellen. Nach mehr als drei Jahren und mit einer Menge juristischer Winkelzüge, um eine rasche Genehmigung durch den WiMi zu verhindern. Die größte Sauerei ist die sogenannte Quorumsregelung, d.h. wenn bei der Wahl nicht mindestens 25 % einer Gruppe abstimmen, erfolgt ein zweiter Wahlgang. Gibt es auch hier noch keine 25 %, so wird die gesetzlich vorgeschriebene Sitzzahl einer Gruppe halbiert. Diese Regelung ist für die paar hundert Profs kein Problem, bei den anderen Gruppen sieht das schon schlechter aus und bei den Studenten liegt die Wahlbeteiligung zu den Fakultäten erfahrungsgemäß zwischen 10 und 15 %. Aus 14 Studenten im Konvent werden dann 7 und schon ist unsere Mitbestimmung wieder auf dem bisherigen Niveau. Begründung von Rektor Besch: "Sicherung einer Mindestbeteiligung an der Wahl (Quorum), damit nicht Zufallsergebnisse oder Extremgruppen (! - KHW) den Ausschlag geben können." Da bisher niemand an der Legitimität der Studenten in den Fakultäten gezweifelt hat (auch bei nur 10 % Beteiligung) und es in diesem unserem Staate dazu keine Parallele gibt, entpuppt sich das Quorum als undemokratische Einschränkung unserer Rechte. Die Profs haben sich die Tatsache zunutze gemacht,

daß derartige Wahlen für viele Studenten eben nicht die Bedeutung haben wie SP-Wahlen. Der WiMi hat auch dies geschluckt ("Am Rande der Legalität"), damit Bonn endlich wählt! Dieser Punkt scheint erledigt und der damalige rechte AStA war bis auf ein müdes Flugblatt total untätig.

In einer anderen Frage scheint der Rektor seinen Stein der Weisen gefunden zu haben. Beim Punkt der Wahlberechtigung von habilitierten Dozenten, die noch keine Professur haben, steht der Bonner Entwurf weder im Einklang mit dem Gesetz noch mit den eigenen Elitenvorstellungen (Abschottung), kann sich aber auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts berufen. Der WiMi ist in einer Sackgasse, wenn er das Gesetz durchsetzen will, muß er einen verlorenen Prozeß fürchten. Er tut im Moment gar nichts und damit haben die Ordinarien ihr Erfolgserlebnis. Die Konventswahlordnung ist hinausgezögert und die Erarbeitung einer neuen Verfassung und ihre Umsetzung werden noch Jahre dauern. Die Profs können warten und hoffen auf ein neues Hochschulgesetz der rechten Bundesregierung, das endlich mit dem Unfug der studentischen Mitbestimmung aufräumt.

Die Bewertung dieser Fakten sei jedem selber überlassen. Aber ich kann nur noch lachen, wenn Rektor Böckle von einer gesetzeskonformen Amtsführung spricht. Ich finde das WissHG nicht berauschend, bin aber als Student und AStA-Referent daran gebunden. Ein Rektor mit seinen juristischen Beratern im Juridicum offenbar nicht. Es wird Zeit, daß wir Studenten endlich die Verhinderung unserer Rechte zum Thema machen und was dagegen tun. Das ist die Voraussetzung für eine wirkungsvolle Hochschulpolitik von AStA und Fachschaften. Wenn wir uns nicht bewegen, wird sich an der Bonner Uni nie etwas bewegen.

Kalle Winter

PLASTIK

Stellt Euch einen Berg von 10 T Plastikabfall vor. Daneben ähnliche, etwas kleinere Haufen von weggeworfenen Plastikgabeln, -messern, -löffeln, und Salattellern.

Uns, d.h. Hanns-Jürgen Koch, dem AStA-Ökologiereferat und mir, stank und stinkt es noch, den vormittäglichen und nachmittäglichen Kaffee in Cafeterien, Mensen und E-Räumen aus eben diesen hübsch-häßlichen Plastikbechern, die den besagten Abfallberg produzieren, schlürfen zu müssen. Da muß doch was zu machen sein, dachten wir so in unserem Sinn. Und: Es ist was zu machen. Man führe Geschirrspülmaschinen ein, dazu mehr oder weniger modisch geschwungene Jugendstil-tassen, stelle einige Leute ein, die - gut bezahlt, versteht sich - sich der ergötzlichen Aufgabe widmen, die Tassen einzusammeln. Und pipapo, und schon wird jede Cafeteria zu einem Bonner Kaffeehaus. Stehgeiger nur auf Anfrage. So schlagen wir gleich mehrere häßliche Fliegen mit einer Klappe.

Also da sind: Die hohe Umweltbelastung in diesem Bereich hat ein Ende (keine giftige Plastikverbrennung mehr, kein Plastikmüll, der erst kurz vor der Ewigkeit zerfällt). Die Spülmittel werden zu 80 - 90% biologisch abgebaut, wie uns das Bonner Lebensmitteluntersuchungsamt mitteilte. Das Kaffeetrinken wird zumGe-

nuß und ist nicht mehr nur notwendiges Energieaufatmen. Und auch der DGB wird seine Freude an uns haben. Wir schaffen Arbeitsplätze, keine kreativ-selbstverwirklichenden, aber immerhin.

Und nun mahlen die Gebetsmühlen der Bürokratie. Langsam vorerst, doch hoffentlich erfolgreich.

Vor drei Wochen verabschiedete das SP unseren Antrag, der AStA möge mit dem Studentenwerk über eine Umstellung verhandeln. Bislang heißt es von von dieser Seite, dies sei nur bei einer Preiserhöhung von 20 Pf. möglich. Die Zahlen sind zu hoch gegriffen. Das ist Humbug. Wir wollen die Umstellung auf unsere Öko- und Geschmacksidee kostenneutral bewirken.

Das Studentenwerk erstellt jetzt erstmal einen Kostenvoranschlag. Köpfe rauchen, das hoffen wir. Papier wird bekritzelt. Kurz vor Weihnachten wird uns die Rechnung präsentiert. Dann fängt die Zahlenstreiterei an.

So, das war unser Bericht aus den Niederungen des Alltags. Nur Astlöcher bohren ist schöner.

Und einen Slogan für unsere Aktion haben wir auch schon: Auf in eine plastikfreie Zukunft!

Öko-Referat
Jochen Brinkmann
Hanns-Jürgen Koch

Der Artikel von Jochen Brinkmann wurde für die letzte AKUT geschrieben und konnte damals aus Platzgründen nicht berücksichtigt werden. Seitdem gibt es einiges Neues, was wir Euch nicht vorenthalten wollen. Das Studentenwerk ist mit einer versuchsweisen Umstellung im E-Raum im Hauptgebäude einverstanden. Die Kalkulation der Mehrkosten kam zu einem Ergebnis von ca. 11 Pfg./Tasse (zuerst 20 Pfg./Tasse). Obwohl schon eine nur oberflächliche Prüfung unsererseits einige Mängel aufdeckte (z.B. eine viel zu teure Spülmaschine) und wir weniger als 7 Pfg. errechneten, dürfte eine Verteuerung der Tasse Kaffee auf 70 Pfg. nicht zu umgehen sein. Das Studentenwerk will sich Umweltbewußtsein nichts kosten lassen und die Kosten voll auf uns Studenten abwälzen (Landeszuschüsse gibt es angeblich nicht). Ein von oben verordnetes Umweltverhalten liegt nicht auf unserer Linie, wir wollen mit Euch diskutieren, ob Ihr bereit wärt, für eine solche positive Maßnahme 10 Pfg. mehr zu bezahlen. Der AStA wird mit dem Studentenwerk Ende Januar im E-Raum eine entsprechende Umfrage machen. 70 Pfg. sind zwar bitter, aber wir hoffen, daß Euch Umweltschutz und eine Geschmacksverbesserung das wert sind.

Kalle Winter

WIE WIR **AKUT** MACHEN und wie teuer sie ist

"AKUT" ist eine Zeitung geworden, über die "man" redet. Das freut uns. Bekannte sprechen uns an, was wir denn da produzieren. An einzelne Fragen lassen sich umfangreiche Gespräche knüpfen, persönliche Kritik ermöglicht Antwort, aber auch Überlegung, wie's besser sein könnte. Besonders gefallen hat uns, daß sich auf öffentlichen Redaktionssitzungen (jeden Montag um 13.30 Uhr im AKUT-Zimmer, Mensa Nassestr.)

Leute einfanden, daß sich sogar neue Mitarbeiter fanden. Doppelt- bis dreimal so viele "Autoren" schreiben heute in "AKUT". Wir wollen beschreiben, wie "AKUT" gemacht wird. Die Studentenparlamentswahlen stehen vor der Tür, und so wie die SP-Mehrheit sieht auch die Zeitung des SP aus. Außerdem bezahlt ihr "AKUT" mit Euren Semesterbeiträgen, und Sachen wie Glanz- oder graues Papier lassen sich exakt klären.

Das Schwerpunktthema einer "AKUT" steht immer schon in der Vorhergehenden, damit Nicht-Redaktionsmitglieder Artikel schreiben können. Wir diskutieren die Wahl des Schwerpunktthemas jeweils; doch schon hier zeigt sich eines der Hauptprobleme: In der Hälfte unserer Ausgaben halten wir die Behandlung des "Aufmachers" als nicht ausreichend oder unbefriedigend.

Das bedeutet nicht, daß diese Konzeption grundsätzlich falsch wäre. Das zeigt aber, daß fünf oder sechs Leute mit einer Zeitung dieses Formats überlastet sind. Abhilfe kann hier auch nur verstärktes feed-back schaffen.

Außerdem mangelt es uns immer noch an tatsächlicher Kollektivität. Wir stellen zwar den Anspruch, doch vieles entsteht dann doch im Alleingang. Inhaltlich gemeinsam diskutieren können wir nur sehr wenige Artikel. Vor allem haben wir wohl die formalen Grundlagen für Kollektivität geschaffen: Gleichberechtigung in der Redaktion, gemeinsame Kritik jeder erschienenen Nummer, gemeinsame Planung.

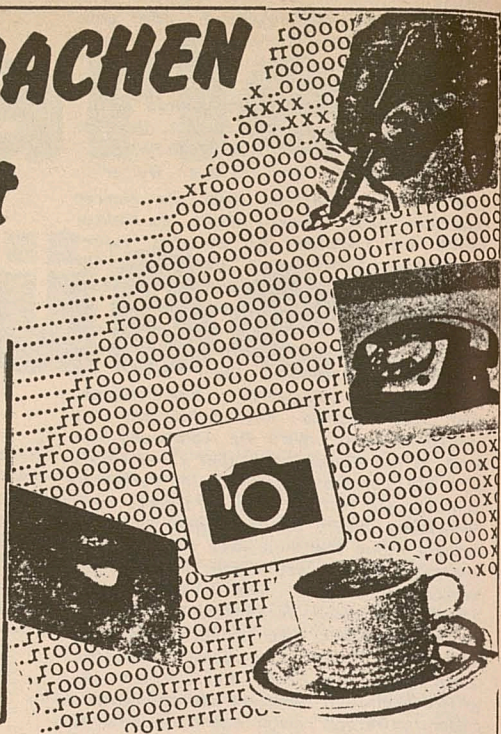
Da wir nicht mehr Geld zur Verfügung haben als unsere Vorgänger, tauchen zwei Probleme auf: Wir müssen die sogenannte "Aufwandsentschädigung" teilen, und

wir müssen in der Erstellung billiger sein, weil wir umfangreicher sind.

Das mit der Bezahlung der Redakteure ist einfach. Während früher der "Chef" über das Jahr mehr einsteckte als der AStA-Vorsitzende, bleibt es bei uns gerade "Entschädigung". 1.100.-DM verteilen wir pro Ausgabe im Schnitt auf 6 Redakteure und 1 oder 2 Mitarbeiter. Als "Heldentat" betrachten wir das nicht - wir bringen mit der Zeitung ja auch unsere politischen Anschauungen "rüber", und Spaß macht es ebenfalls - aber ein wenig ärgern tun wir uns über das Finanzgebahren der Rechten schon. Die Produktionskosten zu senken, das war schwieriger. Wir suchten eine Druckerei, die um 30-40% billiger ist (eine Alternative in Köln statt des Verlages eines rechten Anzeigenblättchens), und wir verkleinerten.

Bis zu unserer Wahl wurde "AKUT" von einer kommerziellen Firma gesetzt und größtenteils gestaltet, wir machen Satz und Lay-Out selbst. Das kostet pro Ausgabe 100-200 Stunden, spart aber viel. Photos machen wir fast ausnahmslos selbst und verteilen keine "Honorare", Zweifarbendruck gibt's immer auf einem Bogen (=8Seiten).

Die meisten Fragen beziehen sich



auf das Papier. Auch wenn wir einige Ökologiebewußte enttäuschen: Umweltpapier ist nicht billiger als weißes holzfreies. Und noch viel wichtiger ist, daß fast alles, was wie Umweltpapier aussieht, umweltunfreundlicher ist als weißes. Es trübt die Abwässer wesentlich stärker, es benötigt eher mehr als weniger Zellulose (Rohstoff: Unmengen an Holz).

Wirkliches Umweltpapier wird in Europa nur von zwei Firmen hergestellt. Dort ist der Abwasserkreislauf geschlossen. Der Preis steigt auf das Dreifache, der Block à 100 Blatt kostet 4,50DM. Zu "Umweltpapier" benötigt man Altpapier. Anders als beispielsweise in der DDR ist in der BRD das Recycling-System bei Altpapier genauso wenig entwickelt wie bei Glas. Auch ohne "Umweltpapier" ist der eigentliche Bedarf an Altpapier fünf mal so hoch wie das Angebot.

Aber: Der bewußtseinsbildende wie auch politische Wert von Umweltpapier rechtfertigt unbedingt den Einsatz desselben oder von solchem, das diesem ähnlich sieht und bewußt aus dem schneeweißen Rahmen fällt. "AKUT" ist auf einem recht stark geleimten Bilderdruckpapier gemacht, die Weihnachtsnummer war exact aus dem gleichen Material mit weißem statt grauem Strich.



...Inhalte und Gestaltung...

...mit Ideen aus erfahrener Hand... und aus der 'Mitte'...

...auch in Nacharbeit umsetzen können...

...Interessiert begutachten... und sich auch 'mal zufrieden zurücklehnen können

Wir über uns

Einiges über den Redaktionsbetrieb, Klagen gegen und über "Akut"

Seit das SP am 6. Juni 1983 Jan Baumeister mit einer Leihstimme aus dem Lager unserer gemäßigten Freunde - der Schuldige ist bis heute unbekannt - zum verantwortlichen Redakteur wählte, sind sechs reguläre Ausgaben der "Akut" und drei Extras erschienen. Egal, wie nächste Woche die Wahl ausgeht, wird die Redaktion in der heutigen Besetzung nicht weiterbestehen. Wir nehmen dies zum Anlaß, auch eine Bilanz unserer siebenmonatigen Tätigkeit vorzulegen.

Vorsätze

Die neue "Akut"-Redaktion hatte sich vorgenommen, Themen und Meinungen zu bevorzugen, die in den kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Medien zu kurz kommen. Diese formale Zielsetzung ist politisch nicht neutral, denn es sind nicht irgendwelche Beiträge, die in Presse, Funk und TV hierzulande unter den Tisch fallen, sondern genau die, die dem Grundkonsens dieser Medien, die Besitz- und Machtverhältnisse in der BRD nicht in Frage zu stellen, widersprechen. In der "freien Presse" sorgen die wirtschaftlichen Interessen von Verlegern, d.h. von Unternehmern, für Systemfrömmigkeit, bei den öffentlich-rechtlichen die Besetzung der Entscheidungsgremien. Wir halten es für wenig originell, Meinungen, die man in "General-Anzeiger", FAZ, "Welt", "Zeit" oder "Tagesthemen" vorgelesen bekommt, in "Akut" noch einmal zu bringen (Ausnahmen bestätigen die Regel). Eine tendenziöse "Akut" als Beitrag zu etwas mehr Meinungsvielfalt in unserem Land. "Einseitigkeit" ist für uns kein Vorwurf: wir bekennen uns dazu, und wir begründen sie nicht machtpolitisch ("wir haben die Mehrheit und damit basta"), sondern inhaltlich.

"Akut" hat sich in der Themenwahl bewußt nicht auf die Hochschule beschränkt (s. Frieden, Kommunalpolitik ...), weil wir meinen, daß auch andere Dinge Studenten etwas angehen, zumindest in ihrer Eigenschaft als Menschen, oft auch in ihrer Eigenschaft als Studenten. In einigen Fällen halfen rechte Klagefixe in Rektorat und Studentenschaft, den Hochschulbezug von Themen wie Frieden zu verdeutlichen.

Innereien

Die Arbeitsweise der Redaktion ist in einer Vereinbarung zwischen den linken Hochschulgruppen und Frust sowie dem Redaktionsstatut geregelt. Danach gibt es fünf stimmberechtigte Redakteure, z.Zt. Jan Baumeister, Wilfried Löhr, Burkhard Hoffmeister, Bernd Hölzenbein und Titus Simon. Diese fünf entscheiden per Mehrheitsbeschluß über alle redaktionellen Angelegenheiten, wobei die Frust Vetorecht hat. Sie sollten mit weiteren festen und freien Mitarbeitern (z.Zt. Thomas Hallet) als Kollektiv zusammenarbeiten, d.h. daß der "Chef"-Redakteur zwar die presserechtliche Verantwortung trägt, sonst aber den anderen gleichgestellt ist. Um die Arbeit transparent zu machen, fand jeden Montag eine öffentliche Redaktionssitzung



statt. Außerplanmäßige Redaktionssitzungen sollten angekündigt werden, was in der Hektik nicht immer geschah (auch sonst gab es Unterschiede zwischen Theorie und Praxis).

Auch im technischen Bereich haben wir Änderungen vorgenommen: als erstes schafften wir für 3000 DM ein Satzgerät an, das sich bereits amortisiert hat. Zum Vergleich: die Satzkosten für Nr. 193 ("Völlig losgelöst") betrugen ca. 1300 DM. Dann wechselten wir die Druckerei und fertigten das Layout selber an. Mit Satz und Layout kehrten nicht nur die handwerklichen Teile der Arbeit in die Redaktion zurück, es trat auch ein verblüffender Nebeneffekt ein: für das gleiche Geld produzierten wir bei gleicher Auflage 40 % mehr "Akut"!

Klagen gegen "Akut"

Auch "Akut" blieb von der Klageflut nicht verschont. Da gibt es 1. eine Beleidigungsklage gegen Burkhard und Jan wegen des Artikels "Wer sind die Kläger" im "Akut"-Extra vom November. Kläger: Alexander Novak. Er beanstandet den Absatz: "Es sind keine häßlichen Studenten oder Nestbeschmutzer. Es sind vielleicht besonders stark von Geltungsdrang geplagte Persönlichkeiten. Die Fülle ihrer Betroffenheiten durch AStA-Äußerungen, die sie den Gerichten andienern zwecks Restriktion, erinnert eher an spezielle Neurotik. Wichtiger ist, daß sie dem Denunziantentum Tür und Tor öffnen." Novak, der fast täglich in den AStA kommt, die aktuellen Flugblätter einsammelt und zu einem beträchtlichen Teil ans Gericht schickt, sorgte auch für das zweite Verfahren. Er beanstandete das Poster aus Nr. 196 als "Veruntreuung studentischer Gelder". Da sind uns doch am 22. Oktober, als wir das Uni-Hauptgebäude fotografieren wollten, ein paar hunderttausend Leute ins Bild gerannt - so'n Mist aber auch! Die 3. Klage veranstaltete ein Prof, der nicht ge-

nannt werden möchte. Im "Krippenspiel" der "Drei Tornados" sieht er Religionsbeschimpfung (§ 166 StGB); s. Seite 22. Gut, daß es sowas noch gibt, nachdem Majestätsbeleidigung unlängst abgeschafft wurde.

"Akut" und AStA

In der Redaktion bestehen unterschiedliche Meinungen darüber, wie sich "Akut" zum AStA verhalten sollte. Das spiegelt sich auch in den Beiträgen wider, die auf die Arbeit des AStA eingingen.

Es waren kritische Töne darunter von einer Art, wie sie in einer rechten "Akut" gegenüber "ihrem" AStA kaum möglich gewesen wären. (Ob sie die sachliche Auseinandersetzung voranbrachten, ist eine andere Frage.) Insgesamt läßt sich die Einstellung mit kritischer Solidarität beschreiben. Den Kalender der Friedensaktionswoche und das AStA-Programm hat übrigens der AStA selbst bezahlt.

Zum Vorwurf des Plagiats

Der Umstand, daß mehrere "Akut"-Artikel bereits - meist wenige Tage vorher - in "De Schnüss" oder Fachschaftszeitungen erschienen waren, trug uns den Vorwurf ein, bei anderen abzukupfern. Klingt ja ganz überzeugend: "Akut" bekommt die Seiten nicht voll und klagt in der Not aus der "Schnüss" (RCDS-Diktion: "Das Müsli-Blatt der Käsefreaks" ... oder so ähnlich)! Doch wie so oft ist die Wirklichkeit etwas komplizierter als die Propaganda des RCDS. Keiner der Artikel war geklaut. Da schreibt z.B. ein Mitarbeiter des Öko-/Kommunalreferats einen Artikel zur Fahrpreiserhöhung. Er reicht ihn gleichzeitig bei "Schnüss" und "Akut" ein. Die "Schnüss" erscheint fünf Tage vor "Akut". Was tun? Sollen wir den Artikel aus dem fertigen Layout wieder entfernen? In den meisten Fällen wäre das unmöglich gewesen, da "Akut" schon in Druck war. Sollen wir dem Autor verbieten, seinen Beitrag auch der "Schnüss" zu geben? Vielleicht ein Fünftel der "Akut"-Leser liest auch "De Schnüss", für die restlichen vier Fünftel ist der Artikel neu. Das gilt in noch stärkerem Maße für Fachschaftszeitungen. Wieviele Studenten lesen "Politikum" oder "Plumbum"? 2 %? 3 %? Wir meinen, die Artikel seien von allgemeinem Interesse.

Vom Ausgang der SP-Wahl hängt auch die Besetzung der neuen "Akut"-Redaktion ab. Dabei geht es nicht um "Einseitigkeit" oder "Ausgewogenheit", wie gern von rechts behauptet. Eher um rechte contra linke Tendenz, um etwas mehr Uniformität oder etwas mehr Vielfalt in der Bonner Presselandschaft.

LEHRER PRÜFUNGS ORDNUNG

Die Desinformationspolitik des Wissenschaftlichen Prüfungsamtes

Wer zum Leiter des Wissenschaftlichen Prüfungsamtes, Graeff, geht, um sich über die Wahl seiner Prüfungsordnung (1976er oder 1981er) zu informieren, sollte sich vorsehen: der Mann sagt sagt nicht die Wahrheit, jedenfalls nicht die ganze. Denn die neue Prüfungsordnung (die sog. LPO I) vergrößert zwar die Macht der Prüfungsbürokratie, nicht aber die Chancen der Examenkandidaten, einigermaßen über die Runden zu kommen.

Und auch die im April '83 endlich erschienene Broschüre zu dieser LPO - erst 1 1/2 Jahre nach deren Verabschiedung und Inkrafttreten und nachdem diverse Leute bereits ihr Examen nach dieser Ordnung begonnen hatten - weist bemerkenswerte Lücken an den Stellen auf, an denen Graef und seine Leute kräftig mitmischen. Es ist deshalb dringend nötig, daß ich meine, mit jeder neuen Information übler werdenden Erfahrungen mit der LPO I weitergebe, um die Tragweite der Examensentscheidung deutlich werden zu lassen.

1. Die Prüfer:

Eine wesentliche Komponente der LPO I ist das Zweitprüfersystem, d.h. nicht nur die Hausarbeit, sondern auch alle Klausuren werden automatisch von zwei Prüfern korrigiert, von denen einer das Prüfungsamt nach nicht zugänglichen Kriterien bestimmt. Das Recht, die eigenen Arbeiten auch ausschließlich von den Prüfern benoten zu lassen, die wir uns ausgesucht haben, ist damit abgeschafft. Die Profs können gegeneinander ausgespielt werden, eine generelle Verschlechterung in der Benotung wird die Folge sein. Ähnliches gilt für das Vorschlagsrecht. Konnten wir früher sämtliche Prüfer für sämtliche Teilprüfungen vorschlagen, so ist das jetzt im Begleitstudium und in den mündlichen Prüfungen nur noch je einer. Ein Anrecht, den dann tatsächlich auch zu bekommen, ist damit nach wie vor natürlich nicht verbunden. Wieder schustert uns das Prüfungsamt - das uns in Aushängen und in den Mustern der Zulassungsanträge immer als "Leiter des Prüfungsamtes" begegnet - die fehlenden Leute zu. Außerdem darf auch der Prüfer der Hausarbeit nicht mehr bei der Klausurstellung mitwirken, so daß wir uns im Hauptfach in Zukunft auf bis zu vier verschiedene Prüfer einstellen müssen (z.B. im Fach Geschichte).

2. Die Termine:

Abgesehen von der Hausarbeit, die auf alle Fälle zuerst geschrieben werden muß, findet die Meldung zu allen Teilprüfungen auf einmal statt, d.h. es müssen alle Prüfer und alle Themen, die wir benennen dürfen, an einem bestimmten Tag beim Prüfungsamt vorliegen - für ein Jahr im



"LPO ? - Kein Problem, wir helfen Ihnen weiter. Totsicher !"

voraus. Bei den Terminen brauchen wir uns dagegen weniger Sorgen zu machen: Klausuren werden in den meisten Fächern nur einmal jährlich geschrieben und die dadurch vorgegebene Reihenfolge ist für uns bindend. Dafür dürfen wir die mündlichen Prüfungen frei festsetzen. So ist es z.B. möglich, sich in Englisch erst neun Monate nach der Klausur (oder auch vorher) prüfen zu lassen - eine arbeitsökonomisch aber völlig unsinnige Vorstellung.

In einer weiteren Milchmädchenrechnung versucht Graef uns zu erzählen, daß wir für die gesamte Prüfung jetzt mehr Zeit zur Verfügung hätten als vorher, weil nicht mehr die 2 Jahresfrist existiert, sondern eine neue Regelung, nach der man/frau sich nach der Hausarbeit so viel Zeit mit der Meldung für die nächsten Prüfungen lassen kann, wie er/sie will, dann jedoch für die Absolvierung dieser Prüfungen nur noch ein Jahr Zeit hat. Doch wer kann/will schon für 6 Monate oder mehr im Voraus lernen. Der entscheidende Faktor ist doch vielmehr, daß die Möglichkeit nach der '76er Ordnung, sich mehr Zeit zwischen den einzelnen Teilprüfungen zu lassen, jetzt abgeschafft worden ist.

3. Die Themen:

So ist nicht nur die Vorbereitungszeit kürzer, sondern auch der Arbeitsaufwand erhöht sich beträchtlich, sowohl durch die Gleichsetzung von Haupt- und Nebenfach (für beide Fächer müssen wir jetzt 5 Themen vorbereiten statt wie bisher 5 und 3) als auch durch die bestechend attraktive gleichzeitige Abwicklung der S-I Zusatzprüfung, die nochmal vier Themen und eine Klausur mehr bedeutet. Somit wäre das Examensquantum bei 17 Einzelthemen anzusetzen.

4. Die Klausuren:

Auch hier hat sich etwas mehr geändert, als das Prüfungsamt in seiner Broschüre mitteilt. Es ist nämlich nicht damit getan, daß, statt wie bisher drei, nur noch zwei Fragen gestellt werden, von denen man/frau sich eine aussuchen kann. Vielmehr müssen unsere Prüfer vier Vorschläge beim Prüfungsamt einreichen, von denen dann zwei ausgesondert werden. Darüber hinaus kann das Prüfungsamt - je nach Lust und Laune - bestimmen, daß eine der Fragen über die von uns angegebenen Teilgebiete hinausgeht, so daß wir schließlich zwischen einer (einigermaßen) bekannten und einer völlig unbekannten Frage wählen dürfen.

Eine zweite gravierende Neuerung bei den Klausuren wird uns in einem kurzen Satz vorgesetzt: "Die festgesetzten Noten der Klausuren werden im Regelfall nicht mitgeteilt". Das heißt nicht nur, daß uns am Ende der mündlichen Prüfung die Ergebnisse der Klausuren (und auch der Endnote) nicht mehr gesagt werden, wir erfahren die Klausurnoten auch nicht am Ende aller Prüfungen (d.h., wenn man/frau Pech hat, nach 12 Monaten), sondern überhaupt nie. Auf dem Abschlußzeugnis erscheint dann eine Gesamtnote für das Fach x, deren Zustandekommen uns bewußt verheimlicht wird. Es ist nur möglich, schriftlich eine Einsicht für uns oder einen Rechtsanwalt zu beantragen.

**Kunst + Musik
Kneipe**
Dienstag: Bier 1 DM
Mittwoch: Live - Musik
Sonntag: Kleine Speise-Spezialität
immer: Guinness vom Fass

Bonn - Endenich
Endenicherstraße 88
Tel. 42 49 28

LPO Forts.

5. Durchgefallen

Während nach der 76-er Prüfungsordnung - sinnvollerweise - nur diejenigen Teilprüfungen wiederholt werden mußten, durch die man/frau durchgefallen war, ist hier 1981 wohl die mieseste Verschärfung vor-

genommen worden. Ab jetzt muß bei einem Nichtbestehen in einer Teilprüfung auch jede weitere Teilprüfung wiederholt werden, die schlechter als 3 ist. Das könnte z.B. für die Fächer Chemie und Biologie so aussehen: Chemie 5, Biologie 4, Hausarbeit 3-, Pädagogik 3. - In diesem Fall wären die Prüfungen in Chemie und Biologie zu wiederholen sowie die Hausarbeit nochmal zu schreiben; alles mit anderen Themenstellungen, versteht sich.

Die Tendenzen, die diese Ordnung verfolgt, liegen auf der Hand: eine Anpassung der Studenten/innen an arbeitsökonomische Härtefests und widerspruchlos hinzunehmende bürokratische Einschränkungen. Der/die Student/in ist jetzt als beliebig programmier- und beanspruchbarer Informationspeicher und Untertan gefragt. Zumindest die, die noch die Wahl haben, sollten sich diesen Tendenzen widersetzen.

Aus den Fachbereichen:

JURA

Betr.: "Juristenausbildung - eine Reform findet nicht statt", Akut Nr. 196, S. 20/21

In der letzten "Akut"-Ausgabe nahm Norbert Büllesbach (Juso-HSG) Stellung zu der geplanten Reform der Juristenausbildung. Der Artikel ist eine politisch einseitig gefärbte Darstellung des Referentenentwurfs des Bundesjustizministeriums, so daß eine Klarstellung erforderlich erscheint.

Das Modell der einstufigen Ausbildung wird in den hellsten Farben geschildert, ohne dabei auf dessen Nachteile einzugehen. Festzustellen ist nämlich tatsächlich eine enorme Steigerung der Ausbildungskosten in den einstufigen Modellen.

Die unzweifelhaft sehr guten Ergebnisse sind vor allem darauf zurückzuführen, daß, wie allgemein bei Modellversuchen üblich, ein großzügiger Finanzrahmen gesteckt wurde (z.B. Verhältnis Professoren/Studenten in einstufigen Modellen 1:17).

So erstrebenswert eine solche Lösung wäre (dies ist unbestritten), so ist sie realistisch gesehen für alle juristischen Fakultäten nicht finanzierbar.

Am neuen Entwurf wird kritisiert, daß er zwei Verschärfungen mit sich bringe.

Richtig ist, daß die Verdoppelung der Dauer von Ferienpraktika eine zusätzliche Belastung darstellt. Dem gegenüber steht ein erweiterter Einblick der Studenten in die juristische Praxis, der angesichts der theoretisierten Universitätsausbildung durchaus wünschenswert ist.

Die zweite "Verschärfung" ist die angeblich zum "Sieben" eingeführte Zwischenprüfung. Sinn und Zweck der ZP ist jedoch eine Eigenkontrolle der Studenten, die bisher ohne große Schwierigkeiten bis zum ersten Staatsexamen gelangen konnten, um dann ihre mangelnde Eignung bescheinigt zu bekommen. So hat der Studiengang Jura die höchste Durchfallquote im Staatsexamen. Im übrigen ist festzuhalten, daß auch der SPD-Entwurf (vernünftigerweise) eine Zwischenprüfung nach der ersten Ausbildungsphase vorsieht.

Der wichtigste Punkt ist jedoch, daß die inhaltliche Ausgestaltung der ZP durch den Gesetzentwurf den Ländern überlassen bleibt. Dank des Engagements auch der Fachschaft Jura (u.a. Gespräch im BMJ) wurden speziell hier gegenüber dem ursprünglichen Entwurf Verbesserungen erreicht (z.B. Streichung der Beteiligung der JPAs). Auf diese Weise werden die in dem

Artikel gezeichneten Schreckensbilder von Verschulung bis übersteigertem Leistungsdruck verhindert.

Die Passivität des AstA auf diesem Gebiet war bisher wirklich erschreckend. Umso hoffnungsvoller stimmt der Schluß des Artikels, in dem punktuelle Verbesserungen in NRW noch für möglich gehalten werden. Hoffentlich besinnen sich die linken Gruppen endlich auf eine konstruktive Zusammenarbeit im Interesse der Studenten. Die Fachschaft Jura jedenfalls wird in Düsseldorf weiter energisch darauf drängen, eine optimale Lösung in unserem Sinne zu erreichen.

Roland Valder
LA, Fachschaft Jura

V W L

Im Gegensatz zu der VWL-Fachschaft drohen die ANDEREN VOLKSWIRTE in ihrer Arbeit nicht einzuschlafen: Hektische Betriebsamkeit prägte das Gruppenleben im Monat November und Dezember 1983. Schwerpunkte der Arbeit waren inhaltliche Veranstaltungen zu verschiedenen Themen und die Organisation der Urabstimmung am Juridicum.

Das neue Gutachten des Sachverständigenrates, Frauen und Berufstätigkeit und eine kritische Betrachtung des Lebens in der DDR waren drei Themen, die eingeladenen Referenten der Gruppe vorstellten. Am 29.11.83 besuchte der Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Rundschau, Rolf Dietrich Schwartz, die ANDEREN VOLKSWIRTE und referierte über das 20. Gutachten des Sachverständigenrates. Am 6.12.83 gab die Postdirektorin Becker Anschauungsunterricht aus der Praxis in Sachen Frauen und Berufstätigkeit. Frau Becker ist Beamtin bei der Deutschen Bundespost und lebt dort in einer mausgrauen Männerwelt. 0,1% der Frauen bei der Deutschen Bundespost arbeiten im gehobenen Dienst und haben dort, und nicht nur dort, mit den verschiedensten Schwierigkeiten zu kämpfen, nur weil sie Frau sind. In dieser Männerwelt, in der sich wie überall in der Wirtschaft über Jahrzehnte hinweg männliche Verhaltensmuster festgefressen haben, weicht eine Frau als Personalchefin teilweise alte und männliche Denkschemata auf.

Organisatorischer Schwerpunkt der Gruppe war die Durchführung der Urabstimmung zur Raketenstationierung. Nachdem die AV und die NJW schon den Urnenplan ausgearbeitet hatten, erlebte ein Vertreter unserer Gruppe mit der Urne unter dem Arm am 21.11. folgende Überraschung: Der Hausmeister verwies ihn des Hauses

mit der Begründung, es störe den Betrieb im Juridicum. In einem darauf folgenden Gespräch verbot der Dekan der staatswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Isensee, die Durchführung der Urnenabstimmung. Er berief sich dabei auf Verwaltungsrechtsgrundsatz Nr. 1: "Da könnte ja jeder kommen!" Nicht dumm stellten wir daraufhin ein kleines Häuschen vor den Eingang des Juridicums auf und konnten hier unbehelligt die Abstimmung durchführen.

Uwe Altemöller

Die 3 Verwaltungsgrundsätze:
Da könnte ja jeder kommen!
Das haben wir noch nie so gemacht!
Das haben wir schon immer so gemacht!

SOZIOLOGIE

Bericht der Fachschaft Soziologie:

Interner NC

Letztes Jahr, d.h. WS 82/83 und SS 83 erfolgten die Zulassungen zum Studium der Soziologie über das besondere Verteilungsverfahren der ZVS.

Dies erwies sich als zu aufwendig, da nur NRW-Unis ins Verteilungsverfahren einbezogen waren.

So wurde zum laufenden WS ein nur für Bonn geltender Numerus Clausus für Studienanfänger der Soziologie, Sozialwissenschaft und Politologie eingeführt. Die Quoten für ein Jahr (=2Semester) wurden wie folgt festgelegt:

24 Hauptfächer Soziologie
ca. 120 Nebenfächler
44 Sows

Um zum Hauptfachstudium Soziologie zugelassen zu werden, mußte man entweder Zivil-, Wehrdienst bzw. ein soziales Jahr vorzuweisen haben oder einen Abschnitt von 1,8 haben. (Bei den Soziologen wurden absurde 1,2 verlangt.)

Es ist also fast einfacher, Medizin zu studieren als Soziologie oder Politologie. Begründet wurde diese Maßnahme mit der Beengtheit und der Stellenknappheit in den jeweiligen Seminaren. (Daß da der umgekehrte Schluß, nämlich die Einführung weiterer Planstellen angebracht wäre, steht weder bei der Univerwaltung noch beim Wissenschaftsministerium zur Diskussion.)

Aus den Fachbereichen:

Damit jedoch noch nicht genug. Vor wenigen Wochen hat der Direktor des soziologischen Seminars, Prof. Emge, auf Anregung der Univerwaltung bzw. des Dekanats, einen Antrag in der Engeren Fakultät (= EF; dem Entscheidungsgremium auf Fakultätsebene, das im Verhältnis 10 Profs : 1 Mittelbauer : 1 Studentenvertreter besetzt ist!!) zur Abstimmung gebracht, der den internen NC auch auf höhere Semester ausweiten soll. Begründet wurde dies so:

aus dem entspr. EF-Protokoll:

Ba. Zulassungsbeschränkungen im Fach Soziologie
Auf Wunsch des Dekanats erläutert Prof. Emge: Insgesamt rd. 1.000 Studenten mehrerer Sparten werden seit Jahren von drei Professoren betreut, was bereits zu einem öffentlichen NC geführt hat (Insgesamt rd. 100 Studienanfänger pro Semester). Der Zulauf aus anderen Universitäten und Fächern wurde bisher verkräftet.
Neuerdings ist jedoch ein Ansturm von Bewerbern der Universität Köln zu konstatieren, in derer Philosophischen Fakultät (wohl als einziger in der Bundesrepublik) das Fach für ein Hauptfachstudium mit Studienziel Magister nicht studierbar ist. Obwohl mehrere Lehrstühle des Faches in der dortigen WiSo-Fakultät bestehen, soll offenbar Bonn nun auch die Kölner Studenten betreuen, was nicht verkräftet werden kann. Die Ergänzung des bestehenden NC durch einen entsprechenden für höhere Semester sollte daher - auf Anregung der Univerwaltungsverwaltung beantragt werden. - Nach kurzer Diskussion (Bergler, Knobloch) wird der Antrag bei 6 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen (davon 1 technische) mit großer Mehrheit angenommen.

Dieser Beschluß, sollte er, was zu erwarten ist, vom Wissenschaftsministerium genehmigt werden, führt nicht nur dazu, daß Kommiliton/innen aus anderen Städten hier kaum noch Soziologie studieren können, sondern auch dazu, daß Bonner, die bislang Soziologie im Nebenfach oder Sozialwissenschaften studiert haben, nicht mehr so einfach ins Soziologie-Hauptfach wechseln können.
Prof. Emge erklärte in einem Gespräch mit der Fachschaft, daß dieses Problem bislang nicht bedacht worden sei, und daß Bonner eben im Ausleseverfahren bevorzugt behandelt werden müßten. Generell habe er jedoch wenig Einfluß darauf. Das sei Sache der Univerwaltung.
Die Fachschaft wird in den nächsten Wochen verschiedene Aktionen starten, um diesen EF-Beschluß zu verhindern. Sollte es schon jetzt Fälle geben, in denen der Wechsel auf Soziologie als Hauptfach Schwierigkeiten ergibt, meldet Euch bitte bei der Fachschaft. Wir werden dem dann nachgehen.

Nachdem bei der formell vorgeschriebenen Fachschaftswahl mit dreitägiger Aufstellung einer Urne Ende letzten Sommersemesters ganze 30 Leute abgestimmt haben, wurde am 17.11. eine Soziologen-VV durchgeführt, bei der folgende Leute in den Fachschaftsrat Soziologie gewählt wurden:

Heinrich Nahr, Heinrich Heister, Stephan Brill, Katrin Pfundt, Marianne Schwoers, Klaus-Peter Meinert und Katina Schubert. Neben der Bekämpfung des Internen NC wollen wir versuchen, etwas gegen die unmöglichen Öffnungszeiten der Seminarbibliothek zu unternehmen und, sofern Bedarf danach besteht, mal wieder eine Fete machen, und im nächsten Semester u.a. einen Arbeitskreis "Anarchistische Gesellschaftstheorie" gründen. Wer Interesse hat, mitzuarbeiten, zu kritisieren...

Wir treffen uns jeden Donnerstag von 11⁰⁰-13⁰⁰ Uhr im kleinen Übungsraum im soziologischen Seminar, Adenauerallee 98a.

PS: Heinrich N. erinnert gerade daran: Die Soziologen treffen sich jeden Dienstag um 21⁰⁰Uhr im Casablanca (im Krausfeld 12) zum "Stammtisch" !!!!!!!!!!!!!

Katina Schubert

PHYSIK

So, wir wollen uns, bzw. die Arbeit des Fachschaftsrates (FSR) Physik auch mal in der AKUT darstellen, damit das nicht nur einigen Aufmerkamen und Insidern bekannt wird.

Bei der Urabstimmung ist am Fachbereich Physik das beste Ergebnis an der ganzen Uni erzielt worden. Die Beteiligung von 58% bei immerhin über 1000 Studenten am Fachbereich hat selbst unsere kühnsten Träume in den Schatten gestellt. Zu verdanken ist dies dem Urabstimmungskomitee von ca. 20 Leuten, der FSR war also in der Minderheit. Besonders zu loben sind einige Erstsemester, deren Einsatz schier unermüdlich war. Nicht zuletzt deshalb sind jetzt einige wärmstens an der FSR-Arbeit interessiert; solche Leute sind uns stets willkommen.

Das gute Ergebnis kam trotz einiger Schwierigkeiten zustande, die uns der Direktor des Physikalischen Instituts (PI), Prof. Althoff, machte: Nach 2 Wochen Urnenschichten vor Hörsälen und in der Mensa wollten wir zum Abschluß durch die Institute gehen, um dort nach Diplomanten zu suchen, oder um auch vielleicht den einen oder anderen Prof. für die Urabstimmung zu gewinnen. Das ging solange gut, bis uns Prof. Knop daraufhinwies, daß doch der Institutsdirektor vor einer solchen Aktion um Erlaubnis gefragt werden müsse, da "könnte ja jeder kommen". Was kommen würde, war uns gleich klar: Wir flogen raus. Begründung des Direktors: "Grundsätzlich keine Politik im Institut." Physikalische Institut zur politikfreien Zone erklärt? Ich möchte hier nicht tief eingehen auf diese Haltung, die Verantwortung, die Naturwissenschaftler (und dazu gehören auch die Studenten) für ihre Arbeit tragen, an einige gewählte Vertreter im Bundestag abzutreten. Ich halte das für verantwortungslos und nicht als Kennzeichen mündiger Bürger eines demokratischen Staates. Anders betrachtet reiht sich das nahtlos ein in die Schwierigkeiten, die Studentenvertretern immer mehr gemacht werden. Man hat ihn wiederum entdeckt, den 'Muff von tausend Jahren', der 'unter den Talaren' steckt. Ist es denn zu glauben?

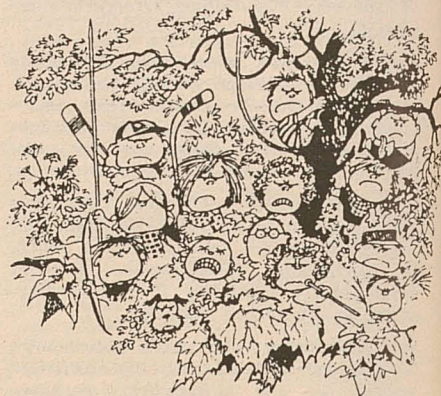
Zu Beginn des Semesters gab's für den Film "War Game" (über die Folgen eines Atomkrieges) und einen Hiroshima-Dokumentationsfilm keinen Raum; sie konnten dann im Institut für Strahlen- und Kernforschung gezeigt werden. Eine Wiederholung des Vortrages im Studium Universale von Prof. Penslin (Inst. für angew. Physik) über "Kernwaffen und ihre Konsequenzen", am 12.12. von der Fachschaft organisiert, war auch nicht gern gesehen, aber da ja der Kollege usw. ging es doch. Behinderung der Studentenvertretung, nicht nur der AstA hat Ärger, auch die Fachschaften.

Und, daß Studentenvertretung gerade am Fachbereich nötig ist, zeigt sich immer wieder aufs Neue: Wenn Klausuren in den ersten Semestern eingeführt werden sollen, eine Studienverschärfung, wie sie im letzten Semester versucht wurde. Oder jetzt ist eine neue Vordiplomprüfungsordnung im Gespräch, wobei die Studenten

über ihre Vertretung ihre Position den Profs klarmachen. Information der Studentenschaft durch die Fachschaft, die sie sonst nie erhalten würden. Daß man da keine sogenannte "allgemeine Politik" nicht heraushalten kann, sollte eigentlich selbstverständlich sein, sie geht uns unmittelbar an. Zur universitären Ausbildung gehört schon ein wenig mehr von diesem 'Allgemeinen', als man innerhalb eines Fachbereichs mitkriegen kann. Die politische Landschaft würde ärmer, dürfte sie sich nicht an den Universitäten einüben.

Zurück zur Fachschaft Physik. Einige Informationen:

Die Erstsemesterumfrage wurde gerade ausgewertet, die Ergebnisse werden Euch bald in die Hand gegeben und an die Profs weitergeleitet. Die Übungssprecherkonferenz ist immer noch Jeden Donnerstag um 13⁰⁰ Uhr, Raum 116 im AVZ. (Das ist eben auch aktive Studentenvertretung, die Ihr selber mitgestalten müßt!) Der freitagmorgendliche Glühweinschank im Foyer ist vor den Ferien eingestellt worden, nachdem er einmal ausgefallen war, da der halbe FSR auf der Bundesfachschaftenkonferenz Physik war, und uns danach heftige Beschwerden zu Ohren gekommen waren. Zur Erläuterung: Keiner hat irgendwelches Anrecht auf diesen Glühwein, wenn das Nicht-Glühwein-Vorhandensein von einigen als Unverschämtheit aufgefaßt wird, dann fassen wir dieses wiederum als Unverschämtheit auf, verlieren den Spaß an der Sache und ersparen uns das frühe Aufstehen.



Fachschaftssitzung

Die große Wahlfete Physik/EHW ist am Dienstag, den 24.1. an 19.30 Uhr im Physik-Foyer.

Wahl-Vollversammlung ist am Mittwoch, den 18.1. um 10.00 Uhr im großen Hörsaal, u.a. werden sich die Kandidaten unseres Fachbereichs vorstellen.

Redaktionsschluß für die Fachschaftszeitung ist Sonntag, 29.1., wir würden uns über jeden Beitrag freuen.

Die Fachschaftssitzungen sind jeden Mittwoch um 18⁰⁰ im Fachschaftszimmer (AVZ). An den Fachschaftssitzungen kann jeder teilnehmen. Fachschaftsarbeit braucht nicht nur von den gewählten Leuten gemacht zu werden, sie wird sicher besser, wenn sich noch mehr von Euch daran beteiligen würden, das setzt ja nicht Regelmäßigkeit voraus, aber wenn mal man Zeit hat, könnte man sich darum auch kümmern. (Die Physik könnte so'n richtig lebhafter Fachbereich werden...) Die Fachschaft ist kein Sektiererclub, der nach außen verschlossen und unnahbar ist. Wenn die Fachschaftssitzungen zu langweilig sind, der ist eingeladen zum "Stammtisch" mittwochs (ca. ab 20⁰⁰) im Schloßhof, Clemens-August-Straße Poppelsdorf.

Ralf Wurzing

ATELIER 161
KÖLNSTRASSE
 .
ANTIQUITÄTEN & KUNST
 .
TISCHLERMEISTER
KLAUS GRIES
035720
 RESTAURATIONEN IM EIGENEN MEISTERSTUHL
 OFFENHALTUNG: MO-PA 9-12U, SA 10-12U, SO BESUCHUNG 14-17U

Jahres - WENDE

Eidesstattliche Optimismuserklärung

Ansprache des Bundeskanzlers
zum Jahreswechsel 1983/84

über Rundfunk und Fernsehen

KOMMENTIERT UND AUF
UNVERMEIDLICHE GEKÜRZT
von Thomas Hallet



Liebe Mitbürgerinnen, und Mitbürger!

Hinter uns liegt ein schwieriges, und wie ich hinzufügen möchte, insgesamt doch erfolgreiches Jahr 1983. Es war ein Jahr harter politischer Auseinandersetzungen, aber auch ein Jahr klarer politischer Entscheidungen.

Sie können's eh nicht lassen.

Hurra!

Die Wähler unseres Landes haben bei der Bundestagswahl am 6. März die Koalition der Mitte eindrucksvoll bestätigt. Sie haben sich klar für die Politik der Erneuerung ausgesprochen.

Wissen wir. Können wir nicht mehr hören.

Eine berechtigte Präzisierung, denn jeder der Sie kennt, weiß ja: eine große Verantwortung muß nicht zu einer schweren Last werden.

Lassen Sie mich am Ende eines oft genug unruhigen Jahres noch einmal mit allem Ernst sagen: Die Bundesregierung und unser frei gewähltes Parlament haben ihre Entscheidung im Bewußtsein der großen, ja schweren Verantwortung getroffen, die wir - die Deutschen - insbesondere für die Sicherung unseres Friedens in Freiheit tragen.

Jawoll! Für den deutschen Frieden in Freiheit in s o n d e r h e i t

Das sind schon unverschämte Spießgesellen, dieser Frieden und seine Freiheit. Gerade mal 30 Jahre alt und schon große Ansprüche anmelden.

Aber ich weiß auch, daß Frieden und Freiheit nach den Erfahrungen der Geschichte Opfer abverlangen. So danke ich den Soldaten unserer Bundeswehr für ihren Dienst für den Frieden. Ich danke den Wehrpflichtigen für ihr persönliches Opfer und auch den Ersatzdienstleistenden für ihren Einsatz.

Ruhig etwas deutlicher werden, Herr Kohl: So opfern sich die Wehrpflichtigen für den Frieden, während die Zivilis ihre Leistungen durch Gewissensnot ersetzen! Entsetzlich!

Niemand von uns ist raketensüchtig; und es ist auch widersinnig und kann keinem von uns gleichgültig sein, daß die Rüstungsausgaben weltweit steigen und gleichzeitig viele Millionen Menschen Hunger leiden. Aber der Friede, den wir wollen, schließt die Freiheit und die Würde des Menschen mit ein.

Ist aber wie mit dem Alkohol. Etwas gefährdet sind wir alle, gell?

auch und gerade des Hungernden...

Deshalb ist es so wichtig, daß die Bundesrepublik Deutschland heute fest im Bündnis mit Völkern steht, mit denen uns nicht nur der Wille zur Verteidigung verbindet, sondern auch die Wertegemeinschaft im Bekenntnis zu Freiheit, Demokratie und zur Herrschaft des Rechts.

zur Eroberung feindlicher Karibik-Inseln...



Wichtig ist es aber auch, daß es uns in dieser Zeit gelungen ist, unsere Nachbarn im Osten von der Berechenbarkeit deutscher Politik zu überzeugen.

den USA...

Sie alle wissen, daß 1983 viel zu tun war:

Sie nicht??

Wir mußten den Ausgleich wiederherstellen zwischen Anspruch und Leistung, und wir mußten der jungen Generation eine lebenswerte Zukunft sichern. Wir mußten die Arbeitslosigkeit bekämpfen und das soziale Sicherungssystem festigen.

Genauigkeit, Herr Bundeskanzler! 'Umverteilung' statt 'Ausgleich': Die Beanspruchten leisten was, damit die Anspruchsvollen sich was leisten können. hätten müssen

Stahlwerker, Wertarbeiter und viele andere Arbeitnehmer, die in ihrem Arbeitsplatz durch den Strukturwandel ganz unmittelbar betroffen sind, machen sich gemeinsam mit ihren Angehörigen Sorge um die Zukunft.

von kündbar

Ich habe immer gesagt, daß wir einen langen Weg vor uns haben. Doch ein erster Schritt ist getan: Zum ersten Mal seit Jahren nimmt die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich weiter zu, vielmehr stellt sich - wenn auch langsam - Besserung ein.

Noch verwirrender, aber ehrlicher wäre: 'nimmt die Arbeitslosigkeit in von uns vernachlässigter Zuverlässigkeit für uns unwesentlich weiter zu.'

Es ist meine feste Überzeugung: Für 1984 ist Zuversicht angebracht.

Gut! Das glaubt Ihnen jeder.

Wir spüren: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Ich und Hannelore...

In unserer freien Gesellschaft ist es nicht der Staat, es ist immer der einzelne, der mit seiner Arbeit, mit seinem Pflichtbewußtsein, mit seiner Menschlichkeit und seiner Bereitschaft zum Dienst am Nächsten über die Zukunft unseres Landes und über sein persönliches Glück selbst entscheidet.

oder ohne...

Einige (um die 2,5 Mio.) wissen besser. Ehrlich.

Wir Deutschen haben allen Grund, auf unsere Leistungsfähigkeit und auf unsere moralische Kraft zu vertrauen. Mit unserer Freude am Entdecken und Erfinden, am Erforschen und Entwickeln, mit unseren Talenten und unserer technischen Begabung haben wir die Welt von heute entscheidend mitgeprägt.

Und hätte Adolf den Leopard II gehabt, dann hätten die Deutschen schon ganz Europa erforscht.

In der Bundesrepublik Deutschland werden heute weniger Kinder geboren als in jedem anderen Land der Erde. Meine Regierung wird alles tun, damit unser Land wieder ein kinderfreundliches Land wird.

... und mehr amerikanische Raketen aufgestellt
Sie 'meinen' 'kinderreich'. Aber ob Ihre Regierung da soviel tun kann(?)

Aber was Politik in dieser Hinsicht vermag, ist nicht das Wesentliche. Die Entscheidung zum Kind setzt nicht nur das Ja zur eigenen Existenz voraus, sondern wird auch zur lebendigen Hoffnung auf Zukunft unseres Volkes.

Aha!
Logisch. Tote zeugen nicht.

Ich grüße unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands, in der DDR, und ich wünsche uns allen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Gottes Segen und ein friedvolles, glückliches Jahr 1984.

Warum nicht ganz an die Bibel halten: 'Und die Entscheidung ward zur lebendigen Existenz und die Hoffnung gedieh zukünftig zum Kinde des Volkes.'
In allen Teilen Deutschlands, bes. in der DDR

Na, Na

Explosionen, Rauch, dunkle Gestalten, die sich schuttsuchend in die Hauseingänge drücken. In der Ferne singt die Sirene eines Ambulanzwagens. Leuchtkugeln schweben am Horizont, erlöschen.

Nein, nicht Beirut - sondern Bonn. Alles nur Spaß. Was in mehr als 18 Ländern dieser Erde tödlicher Ernst ist, wird hier zur ergötzenden Simulation. Wir spielen Krieg im Frieden. Eine vorbildliche Friedenserziehung. Die weißen Sterne am Himmel reichen nicht mehr aus, da müssen bunte her, zumindest für Sekunden.

Da wurden 90 Millionen in Lärm investiert und dabei vergessen, daß es die Ruhe gratis gibt.

Doch es wurde ein Zeichen gesetzt: kein teurer Feuerwerk in dieser Zeit - außer dem Zweiten Weltkrieg. In den Straßen riecht es nach wirtschaftlichem Aufschwung - Pulverdampf.

Was haben wir Spaß gehabt, was? Nur dieser Bischof verdirbt einem die Freude. Genau der, der uns auch schon an Weihnachten die polnische Mastgans im Halse stecken ließ. Von wegen Dinosaurierschicksal und so: Zuviel Panzer, zuwenig Hirn!

Jetzt hat er uns auch noch die "Wende" versaut. Was denn das für eine geistige Wende sei, wo zuerst ans Geld gedacht würde und erst danach an Jugend, Familie und das alles? Ein mutiges Wort von der Kanzel.

Es sieht doch längst jeder Blinde, daß es aufwärts geht, zugegebenermaßen auch mit den Arbeitslosenzahlen, der Aufrüstung und der Umweltzerstörung. Den Preis muß man eben zahlen. Aber es zahlt sich auch aus, wenn wir jetzt die Ärmel hochkrempeln, alle mit zupacken und den Gürtel enger schnallen.

Toll! Zweifel läßt uns allein, daß man uns jetzt noch die Zange verkaufen will, mit der man zusätzliche Löcher in den Gürtel machen kann.

Außerdem - wie können die, die uns täglich mit diesen verbalen Aufputschmitteln überschütten, die Ärmel hochkrempeln, wo sie doch Anzüge tragen?

Vielleicht ist das nur einer von den vielen guten Vorsätzen, die gefaßt wurden, als der Zeiger der Uhr eine bestimmte Marke überschritt. Der Rest wurde in Sekt ertränkt.

Sind doch die meisten guten Vorsätze wie die Wahlversprechen - binnen Jahresfrist aus dem Gedächtnis verschwunden. Wie schnell doch die Zeit vergeht.

Alle haben es schon immer gewußt und doch hat sich jeder geirrt.

Alles wurde gesagt und niemand hat es so gemeint.

Alles wurde getan und jedem etwas angetan.

Jahreswende, Jahr ohne Wende, Kartenhaus ohne Wände, große Worte, leere Hände.

Und trotzdem hat das Blatt sich gewendet, als es vom dem Baum abbrach und zu Boden fiel - und es war beidseitig unbedruckt.

Hans-Joachim Simon



prinzipiell: Bedienungselemente zu hoch.

Nachdem der AStA einen Beauftragten für Behindertenfragen bestellte, tat sich sehr schnell etwas. Betroffene selbst begingen die Uni und machten sich ein Bild von den Gegebenheiten – vor allem aber davon, was zu unternehmen ist, um die eigene Situation zu verbessern.

Akut sollte photographieren und berichten. Daraus ist dann mehr geworden – alleine schon, weil während der Begehungen sich der Horizont der Nichtbehinderten für die Probleme der Betroffenen erweiterte.

Ergebnis war in jedem Gebäude, daß die Schwierigkeiten so zahl-

Akut: Wie ist es überhaupt zu den Begehungen gekommen?

Stephan: Der AStA-Beauftragte für Behindertenfragen, Willi Budka, sprach mich auf Mitarbeit an. Wir haben dann überlegt, wie wir eine Basis für unsere weitere Arbeit schaffen können. Ottmar Nagel, der Behindertenbeauftragte beim Rektorat, erklärte sich bereit, mit uns die verschiedenen Gebäude der Uni unter die Lupe zu nehmen. Der Gesichtspunkt, unter dem wir die Begehungen machten, war die Suche nach Möglichkeiten der Verbesserung von technischen Einrichtungen. Dabei konnten wir unsere erste Orientierung eigentlich nur auf Rollstuhlfahrer zuschneiden; für Gehörlose oder Blinde ergäben sich wieder andere Aspekte.

Akut: Welche Gebäude habt Ihr besucht?

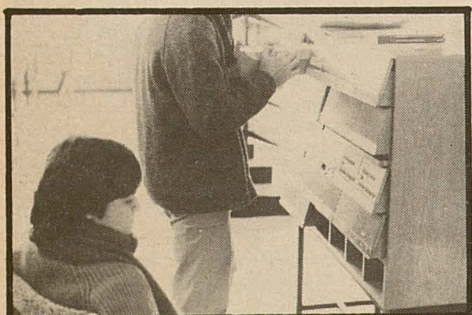
Stephan: Wir waren im Hauptgebäude, in der Alten Chemie und der Physik, in der Pädagogischen Fakultät und in der Nasse-Mensa. Die Jura kenne ich aus eigener Anschauung.

Akut: Wer nahm an den Begehungen teil?

Stephan: Willi Budka und Bärbel Rübesamen vom Sozialreferat, Frau Langweg-Berhörster als Beauftragte für Behindertenfragen im Studentenwerk, Herr Nagel vom Rektorat, die Rollstuhlfahrerin Petra Siering und ich.

Akut: Wo sah es besonders mies aus?

Stephan: Im Hauptgebäude und in der Alten Chemie. Im Hauptgebäude sind praktisch allen Aufzügen Treppen vorgelagert, so daß sie für uns unbrauchbar werden. Besonders zu verurteilen ist, daß die Alte Chemie so Behinderten-feindlich ist, obwohl erst in den letzten 5 Jahren völlig renoviert und für mehrere Millionen neu aufgebaut wurde.



Kataloge: nicht auf Rollstuhlfahrer eingestellt.

BEHINDERTEN~ BEGEHUNGEN

reich und so unüberwindbar waren, daß ein "regelrechter" Studienbetrieb nicht zu vollziehen ist.

Ergebnis war aber auch, daß in den Gesprächen mit den Behinderten klar wurde, wie entschlossen zur Aktion und mit welchem Ideenreichtum sie an die Verbesserung ihrer Lage gehen. Sie betrachteten ihre gegenwärtige Arbeit im AStA als eine Art Orientierungsphase, aus der heraus sie "loslegen" wollen.

Im Anschluß an die Begehungen führten wir ein Interview mit Stephan Lorent, einem behinderten Jura-Studenten und Mitarbeiter im Sozialreferat.

Akut: Und wo war es besonders gut?

Stephan: Besonders gut war es nirgendwo – und das ist keine Übertreibung. Aber vergleichsweise schnitt die Pädagogische Fakultät am besten ab. An deren Planung war ein behinderter Professor beteiligt, wenn ich das richtig verstanden habe.

Akut: Welchen Eindruck hast Du von Herrn Nagel als Vertreter der Uni-Verwaltung, wenn es um Eure Probleme geht?

Stephan: Er kennt die Fehler der Uni sehr genau. Er machte uns sogar auf solche Fehler aufmerksam. Wir kamen in ein Gebäude, und er wies sofort auf dessen Mängel.

Die Frage ist nur, was er zur Behebung dieser Fehler tut, was er zu deren Behebung bisher unternommen hat. Fast wichtiger ist wohl noch, welche Möglichkeiten und Mittel ihm überhaupt zur Verfügung stehen, um erkannte Mißstände tatsächlich zu beseitigen. Wir hatten da sehr den Eindruck, als tue sich nicht Genügendes.

Akut: Was ist bisher auf Eure Begehungen gefolgt?

Stephan: Es gibt weder ein gemeinsam mit dem Rektorat erstelltes Protokoll noch etwas Vergleichbares. Im AStA-Rechnenschaftsbericht, der ja der "Akut" beiliegt, haben wir einiges gesagt. Auf jeden Fall steckt Sorgfalt in unserer Bilanzierung des Geschehenen, und die ersten Eindrücke haben wir auf einem Flugblatt verarbeitet.

Akut: Welche Mißstände wiegen besonders schwer?

Stephan: Es ist schwer, da einen Anfang zu finden. Rampen fehlen wirklich an den meisten Stellen. Türen sind vom Rollstuhl aus nicht zu öffnen und fast durchgängig zu schwer. Aufzüge fehlen, sind zu schmal oder verschanzen sich hinter Stufen. Kataloge in Bibliotheken sind zu hoch angebracht.

Für Bedienungselemente aller Art gilt generell, daß sich zu wenig Gedanken gemacht werden. An Kopierern liegen sie hinten oder oben auf dem Gerät (obwohl solche mit Frontbedienung auf dem Markt sind). In Aufzügen hat man sie zu hoch angebracht.

Das Toilettenwesen ist völlig unzureichend. Wenigstens auf jeder Etage müßte es eine Behindertentoilette geben, und zwar eine, die nicht verschlossen ist.

Die Mißstände sind teilweise so gravierend,

daß sie auch mit Hilfe anderer nicht gemeistert werden können. Wenn Du als Behinderte den Mut hast, jemanden anzusprechen, dann nützt Dir auch dessen Freundlichkeit nicht immer. Ein Elektrorollstuhl wiegt 75 kg, und wie soll man da die in Bonn üblichen Stufen in den Hörsälen bewältigen – auch mit Hilfe?

Akut: Glaubst Du an Besserung der Zustände? Glaubst Du, daß die Begehungen da initiiierend wirken?

bitte umblättern

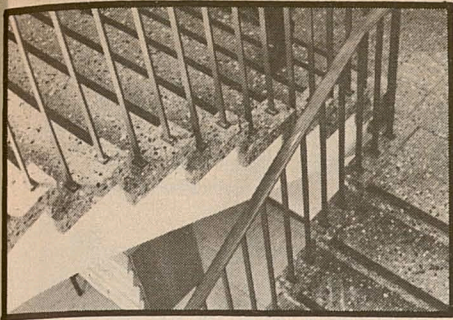
der Uni~ Beauftragte:

Einige Tage nach der Begehung sprach "AKUT" auch mit Herrn Nagel, dem Uni-Beauftragten für Behindertenfragen:

Nagel versicherte durchaus glaubhaft, auf das Protokoll zu warten, um sich dann auf Einzelheiten zu konzentrieren. Besonders nannte er die nur 80cm breiten Aufzüge in der Alten Chemie und im Landbau (beides fehlerhafte Neuplanungen) und eine Behindertentoilette im Landbau.

Ein systematisches Abklopfen der Universität auf ausreichende Funktion für Behinderte findet nicht statt. So gibt es z.B. nichts in der Art eines Planes zur planvollen Erstellung von Rampen. Nagel setzt auf die Verbesserung in konkreten Fällen. Obwohl er damit beispielsweise ein Behinderten-WC in der Pädagogischen Fakultät erreichte, bleibt die Frage nach der Effizienz.

Der Beauftragte für Behindertenfragen arbeitet allein und ehrenamtlich. Er trifft zwar "überall auf Verständnis", scheitert jedoch oft an finanziellen Schranken. Diese stückwerkhaft orientierte Tätigkeit auf ehrenamtliche Tätigkeit führt sich zurück auf einen ministeriellen Erlaß, der die Errichtung spezieller Personalstellen untersagt und dieses Verbot "Einbindung in den regulären Betrieb" nennt. Zu seiner eigenen Motivation hielt sich Nagel zurück. Er wolle helfen. – Das ist anerkennenswert.



nicht zu bewältigen : Treppe zwischen Katalog und Bücherausgabe.

Stephan: Wenn wir nicht dahinterhaken: Nein.

Akut: Und wie wollt Ihr dahinterhaken?

Stephan: Wir haben die Begehungen nicht umsonst gemacht. Wir werden mit der Uni-Leitung weiter im Gespräch bleiben und auch detaillierte Vorschläge machen. Das Wichtigste aber bleibt, daß die Verantwortlichen auf uns aufmerksam werden. Um das zu schaffen, überlegen wir uns gerade Aktionen.

Akut: Welche Aktionen?

Stephan: Wie die genau aussehen, will ich

natürlich noch nicht sagen. Gerade weil wir schon konkrete Pläne haben.

Wir wollen Selbsthilfe-Maßnahmen ergreifen, die sollen gleichzeitig auf uns aufmerksam machen. Wenn sie ein bißchen spektakulär sind, verdeutlichen sie unsere Situation.

Eins noch zum Schluß: Ich fand es gar nicht gut, daß uns die Universität mitteilte, es gäbe in der BRD zwei behindertengerechte Hochschulen. Es ist unzumutbar, dorthin zu ziehen. Wir brauchen unser soziales Umfeld, unsere Freunde, Verwandten und Bekannten, die Menschen, die es gewohnt sind, uns zu helfen. - Im übrigen ist das auch eine oft unlösliche finanzielle Aufgabe.

Burkhard Hoffmeister

Eine notwendige Antwort von Prof.Dr. Hanno Beck:

"Der Fall Beck" (AKUT NR 197, Weihnachtsnummer 1983, S. 9, ist nicht mein Fall, sondern Ihr Reifall:

1.) Ich war 1970-1972 Präsident des Weltbundes zum Schutze des Lebens, Sektion Bundesrepublik Deutschland. Die Organisation ist von mir rein demokratisch geleitet worden. Ich habe damals 32 wissenschaftliche Arbeitskreise eingerichtet und dem Lebensschutz zum ersten größeren Durchbruch verholfen; von Umwelt- oder Lebensschutz wollte damals kaum jemand etwas wissen. Nun mußten erstmals Gelehrte im "Langen Eugen" bei offiziellen Hearings der Bundesregierung angehört werden. Auch die erste große Unterschriftenaktion mit der Beteiligung Tausender gelang. Wegen der Streitsucht vieler Mitglieder untereinander habe ich mein Amt schließlich niedergelegt. Nie ist bis dahin eine nazistische Verhaftung dieser Organisation behauptet worden. Übrigens wurde dieses Ehrenamt über meinen Brätchengeber dem Land NRW pflichtgemäß gemeldet. Nie konnte etwas dagegen eingewendet werden, obwohl man damals den Lebensschutz am liebsten aus der Welt geschafft hätte. Auch die Mehrzahl der Geographen stand ihm mehr als abwartend und schweigend gegenüber.

2.) Von einer Publikation in der "Aula" von September 1981 erfahre ich erst durch Sie. Ich habe nie mit der Redaktion korrespondiert und höre auch den Namen dieses Organs erstmals. Warum sagen Sie nichts über Inhalt und Gehalt meines Beitrags? Warum drucken Sie ihn nicht einfach ab? Ich selbst habe nie einer Verbindung oder der Burschenschaft angehört. Der Beitrag muß aus einer anderen Zeitung übernommen worden sein, wenn er überhaupt von mir stammt.

3.) Aber natürlich und mit größten Vergnügen habe ich den erwähnten Vortrag gehalten. Ich würde auch vor der NPD, vor Homosexuellen, vor Rauschgift-süchtigen, vor Terroristen oder Kommunisten sprechen, weil ich als Christ und Demokrat der Kraft meiner humanitären und wissenschaftlichen Argumente vertraue. Wollen Sie mir denn etwa unterstellen, ich sei Kommunist oder Schwuler oder Mitglied bzw. geistiger Vertreter der DUV, wenn ich als Hochschullehrer bewußt den Elfenbeinturm verlasse und immer wieder die Auseinandersetzung suche? Setzen Sie denn etwa voraus, ein Hanno Beck sei ein Chamäleon, das sich jeder Umgebung anpasse? Ich bin immer einfach

der Wahrheit gefolgt und habe mich nie geschämt, die von mir erzielte wissenschaftliche Erkenntnis einem großen Kreis darzulegen. Mit einem solchen Hochschullehrer ist auch Ihnen mehr gedient - und auch unserer Demokratie. Wenn mich die NPD als Redner wünscht, so komme ich und formuliere nicht anders, als wenn ich in der Hölle, vor Kommunisten, Christen oder vor meinen Studenten in der Vorlesung spreche. Daß ich damit der Demokratie auch in Kreisen gedient habe, die das Grundgesetz ablehnen, bestreite ich nicht.

4.) Nun drucken Sie einen Brief meiner liebenwürdigen Tochter Almut ab und glauben augenscheinlich, damit hätten Sie die Einstellung des Vaters erwiesen. Ich bin zwar ein moderner Vater; dennoch habe ich nicht die Grenze der Volljährigkeit auf 18 Jahre vorverlegt und das Recht der Eltern auf reine Zahlungsverpflichtungen eingeschränkt. Haben Sie je auch mit einer Zeile Eltern für die Heroinsucht ihrer studierenden Töchter und Söhne, den hochverehrten Carlo Schmid für den Selbstmord seines Sohnes, Ihre eigenen Eltern für die orthographischen und stilistischen Fehler in Ihrem Blatt verantwortlich gemacht? Meine Tochter ist volljährig. Sie kann tun und lassen, was sie will. Hätte Sie allerdings nur einmal gesagt, es seien noch nicht genug Juden umgebracht worden oder KZs seien das reine Honigschlecken gewesen, so hätte ich sie bei Kopf und Kragen gepackt und zum Haus hinausgeworfen. Als ich sie jetzt fragte, antwortete sie, sie sei gar nicht mehr Mitglied dieser Organisation.

Zum Schluß noch dieses:

Jahrelang habe ich meinen Studenten die Wahl meiner Vorlesungsthemen freigestellt. Nie waren sie für ein Kolleg "Die Geographie in der NS-Zeit", obgleich ich sie um ein entsprechendes Votum gebeten hatte. Es wurde mir einmal gesagt, von diesen Dingen werde schon zu viel geredet. Nun habe ich bereits vor dem Erscheinen Ihres letzten Blattes einen "Arbeitskreis für die Erforschung der Geographie in der NS-Epoche" gegründet. Hoffentlich ärgert Sie das nicht zu sehr.

Bitte stützen Sie sich in Zukunft nicht mehr auf anonymes Denunziantentum. Geben Sie grundsätzlich bei Ihrem Artikel Ihre Quellen an.

PS: Auf vieles gehe ich nicht ein. Das hier Geschriebene genügt. Eben habe ich noch folgendes erfahren: Der genannte Jugendbund hatte nie Beziehungen zu Waffenlagern oder Terroristen. Das hatte zwar in den Zeitungen gestanden. Sie hätten hier

die Gegendarstellungen ebenso erwähnen müssen. Warum tilgen Sie übrigens die Anrede im Brief meiner Tochter? Ist der Brief etwa provoziert worden, hat ihn ein Vorgeschobener herausgefordert?

Prof.Dr.Hanno Beck

Anmerkung:

Der Weltbund zum Schutze des Lebens ist eine rechts-ökologische Vereinigung. Er wurde 1960 von Günter Schwab aus Salzburg gegründet, einem Mitglied der "Sozialorganischen Ordnungsbewegung Europas" (SORBE), einer faschistischen Organisation. Laut seinem Programm wirkt der WSL u.a. "für Erneuerung und Vertiefung des Lebens im Sinne der ewigen sittlichen Werte und der natürlichen Lebensordnung, gegen Überheblichkeit, Profitgier und Machtwahn, gegen die Mächte der Unordnung, Entartung, Ausbeutung und des Untergangs", "für den Vorrang des Geistes, der Seele und der Persönlichkeit, gegen Ungeist und Vermassung", "für eine gesunde Menschenführung im Sinne des Lebendigen, welche die Gesamtheit der Schöpfung verantwortlich mit einschließt" und "für Rückkehr zur lebensgesetzlichen Daseinsform unter Überordnung von Ehrfurcht und Bescheidung, unabhängig von angeblichem Fortschritt und sogenanntem Lebensstandard". Unter "Arbeitsgebiete" zählt er "Volksgesundheit" auf. Günter Helpp, ein Pfarrer, der zusammen mit dem gesamten Landesverband Saar aus dem WSL austrat, schrieb 1974: "Der Weltbund zum Schutze des Lebens - WSL - ist von Anfang an eine neofaschistische Tarnorganisation gewesen. Wer die Bücher seines Begründers, des Fösters a.D. G. Schwab aus Salzburg, sorgfältig gelesen hat, konnte sich darüber keine Illusionen machen". Professor Helmut Mommsen (WSL-Präsident in den 60er Jahren) und Max Otto Bruker (WSL-Präsident 1972-74) sitzen im Beirat der rassistischen Zeitschrift "Neue Anthropologie". W.G. Haverbeck, WSL-Präsident von 1974-82, ist ein Uralt-Faschist seit 50 Jahren. Daß er sich nicht geläutert hat, verraten seine Beiträge im WSL-Organ "Lebensschutz-Information", die von völkischem, biologistischem Denken zeugen. - Soviel zu der Aussage, der WSL werde "seit eh und je von alten und neuen Faschisten geleitet" ("Akut" Nr. 197, S. 9).

Wir möchten allerdings klarstellen, daß wir Hanno Beck nicht für einen Faschisten halten. Sollte der Eindruck entstanden sein, bedauern wir das. - die

"Akut"-Redaktion

Leserbriefe an

AKUT

Liebe Leute,
als Erstsemester bin ich z.Zt. noch in dem Stadium, wo man noch nicht alles, was so zum Uni-Betrieb dazugehört, kritiklos schluckt und sich damit abfindet. Besonders ekelhaft stößt mir dabei das umhergrassierende Wort "Kommilitone" auf, da ich mich als Kriegsdienstverweigerer nicht gerne mit Militär, Miliz und Militanten (bezeichnenderweise alles der gleiche Wortstamm!) in eine Ecke drücken lasse. Diese Vokabel wird nicht nur von den Profs und dem RCDS gedankenlos (?) verwendet, sondern - das hat mich besonders schockiert - auch auf AStA-Flugblättern und in "Offensiv" Nr. 7 (Zeitung des SHB, d.Red.). Abgesehen davon, daß ich den Namen "Offensiv" nicht für glücklich halte, ging es hierbei ausgerechnet um ein Statement von Thomas Klepsch, der sich immerhin AStA-Friedensreferent (!) nennt und sein Statement mit dieser nicht so ganz freudlich klingenden Anrede einleitet. Logo, daß sich ein linker AStA gegen Militarismus von rechts ist, aber ich will doch schwer hoffen, er ist nicht so links, daß er andere Formen des Militarismus gutheißt! (So wie z.B. in der DDR von offizieller Seite her die Sprache zunehmend aus dem Militaristischen unterwandert wird.). Also Leute tut was gegen die Militarisierung unserer Sprache! Als Alternativen schlage ich vor: Wenn schon nicht das unbequeme Wort "Mitstudent", warum soll man nicht die Wörter "Kollege" oder "Kumpel" wiederbeleben - oder schlicht und ergreifend das Wort "Freund". Denkt mal darüber nach!

Wolfgang Berndt

zu AKUT Nr. 197:

"Maria und Josef" - ein Krippenspiel

Mit diesem Leserbrief möchte ich Euch bitten, mir die Gründe mitzuteilen, die Euch zum Abdruck des "Krippenspiels Maria und Josef" in AKUT 197 bewegt haben. Das "Krippenspiel" macht meiner Ansicht nach das Christentum und damit auch mich und viele Studenten, die an Jesus Christus glauben, lächerlich. Ich meine, daß Polemik gegen eine religiöse Überzeugung nicht zu den Aufgaben des Studentenparlaments gehört. Daher wehre ich mich dagegen, daß ein solcher Artikel im Namen der Bonner Studentenschaft veröffentlicht und von den Sozialbeiträgen aller Studenten finanziert wird.

Monika Düllmann



Sehr geehrte Herren der Redaktion, heute erhielt ich an der Universität ein Exemplar der Zeitschrift "AKUT", die den Anspruch vertritt, "Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft" zu sein. Abgesehen von der Frage, ob und inwiefern Ihre Zeitschrift wirklich dem Informationsbedürfnis der Bonner Studentenschaft gerecht wird, möchte ich im folgenden zu einem Artikel Stellung nehmen, der sich in der Nummer 197 auf Seite 15 findet, überschrieben mit "Zum Vorlesen: Maria und Josef".

Hier wird von dem betreffenden Verfasser in kaum zu überbietender Weise das Ge-

heimnis der Menschwerdung Gottes, das Millionen von Menschen, die sich zum Christentum bekennen, am Weihnachtstag in aller Welt feiern, in den Schmutz gezogen und verhöhnt!

Ich habe als Christ Verständnis für jeden, der mit diesem Geheimnis der Weihnacht Schwierigkeiten hat.

Hier soll aber die Geburt JESU CHRISTI aus seiner Mutter, der seligen Jungfrau Maria, auf die übelste Weise verunglimpft werden. Glauben Sie wirklich, damit sich und anderen einen Dienst zu erweisen??

Viele Studenten können diesen Artikel nur mit Abscheu und größtem Unbehagen zur Kenntnis nehmen. Außerdem fühle ich mich persönlich als Christ und Katholik im Sinne des Art. 2, Abs. 1 des Grundgesetzes von dem Verfasser dieses dümmlichen und primitiven Artikels berührt: "Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt..."

Mir geht es nicht darum, den Schreiber als Mensch hier zu be- oder zu verurteilen. Das ist nicht meine Aufgabe.

Ich möchte denjenigen nur bitten, sich einmal Gedanken darüber zu machen, wie er als Mensch mit Mitmenschen und mit GOTT (dem Gott aller Menschen) umgeht. Vielleicht bleibt vor Weihnachten noch Zeit zur UMKEHR ??

Felix Rathofer
cand.theol.
Collegium Albertinum



Geehrte Herren der Redaktion, voller Empörung ob des schmutzigen Insults gegen die Demokratie, katholische Kirche i.a. und das Weihnachtsfest i.bes. in Ihrem Pamphlet "AKUT" richte ich in dieser Form an Sie, liebe Herren der Redaktion, die Frage, wie von "gebildeten" Menschen, hohe und höchste Werte der Religion und des Staates in derart niederträchtiger Weise angegriffen werden können!

Sie haben sich allen Ernstes zu prüfen, inwiefern Sie noch berechtigt sind, in unserem Staate zu leben und von den Erregenschaften des christlichen Okzidents zu profitieren? Gerade vor dem Fest der Liebe in der Christenheit, der heiligen

Weihnacht, hoffe ich, daß alle Menschen in unser aller Erlöser JESUS CHRISTUS Glück finden. Haltet in diesem Sinne Ein- und Umkehr.

Andreas Höck
stud.theol.
Collegium Albertinum



Sehr geehrte Herren der Redaktion, heute geriet mir die Zeitschrift in die Hände, die den Anspruch erhebt, "Nachrichtenmagazin der Bonner Studentenschaft" zu sein. Da ich mir nicht anmaße, die eigenen Überzeugungen zum Sprachrohr einer ganzen Gruppe zu machen, möchte ich Ihnen nur meine persönliche Meinung zu Ihrer Zeitschrift wiedergeben. Um allerdings auf die Artikel einzugehen, die in ihrer diffamierenden und polemischen Art auffallen, müßte ich mich zu jedem Ihrer Berichte äußern. So möchte ich im folgenden nur auf den Artikel "Zum Vorlesen: Maria und Josef" auf Seite 15 Ihres Heftes eingehen.

Bei dieser "Geschichte" scheint sich der Verfasser seiner entwürdigenden Ausdrucksweise über die Menschwerdung unseres GOTTES und HEILANDES JESUS CHRISTUS bewußt zu sein, da er wegen der berechtigt zu erwartenden Proteste aus Kreisen der Studentenschaft wohl mit Absicht versäumt hat, für seine "Geschichte" mit seinem Namen einzustehen.

Zwar kann ich die Haltung der Menschen, die nicht an GOTT glauben, akzeptieren, doch halte ich den Stil, wie Sie das Thema der Jungfrauengeburt behandeln, für einen angehenden Akademiker unwürdig.

Dieser unbekannte Autor beschreitet den übelsten Weg der Auseinandersetzung, indem er die Wertvorstellungen seiner Mitbürger verhöhnt, in den Dreck stößt und durch Vokabeln des schlimmsten Straßenslanges ins Verächtliche zieht.

Durch diesen Artikel fühle ich mich als gläubiger Katholik auf das Tiefste beleidigt und möchte sie in diesem Zusammenhang auf den § 166 StGB verweisen. Wenn unsere Verfassung nach Art. 2, 1 des Grundgesetzes jedem Bürger freie Meinungsäußerung zusichert, sollten Sie nicht den zweiten Teil dieses Absatzes aus den Augen verlieren, der besagt, daß dabei die Freiheit und die persönliche Entfaltung des anderen nicht eingeschränkt werden darf. Bei Ihrer so oft geäußerten Toleranz Andersdenkender gegenüber werden Sie sich sicherlich nicht scheuen, meinen Brief in der nächsten Ausgabe Ihres Magazins abzudrucken.

Mit der Hoffnung auf Ihre Umkehr und das Erkennen des wahren Wortes der Hl. Weihnacht schließe ich meine Leserschrift.

Stephan Fischer
stud.theol.
Collegium Albertinum

Antwort der Redaktion:

Liebe "Mitstudenten" (siehste, Wolfgang, wir bessern uns) vom Collegium Albertinum und liebe Monika,

vielen Dank für Eure z.T. sehr heftigen Reaktionen auf das Krippenspiel "Maria und Josef" von den 3 Tornados, das wir in der letzten AKUT abdruckten. Statt viel eigenen Senf zu Euren Briefen abzulassen, drucken wir im Folgenden eine Dokumentation zur Geschichte dieses Krippenspiels ab. Dazu kommt noch ein Auszug aus einem Gutachten von Frau Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann zu dem ersten Prozeß gegen die Aufführung des Krippenspiels in der Abschiedssendung der "Radiothek", damit Ihr auch seht, daß nicht alle diesen Text so unchristlich und blasphemisch empfinden.

»Sie sind der erste, der über die Klinge springt«

Entlassung aus der Schule als Weihnachtsgeschenk - Strafanzeige gegen "Akut" und "Kaktus"

Strafanzeigen gegen die Verantwortlichen der "Akut" und der Schülerzeitung "Kaktus", Rauswurf eines Schülers aus dem "Gymnasium am Ölberg", zwei Vertriebsverbote und ein mittlerer Aufruhr im katholisch-theologischen Lehrkörper der Uni - das ist die Bilanz einer Weihnachtsüberraschung, die "Akut" und drei Schülerzeitungen ihren Lesern bescherten: Sie druckten das "Krippenspiel" der Berliner Kabarettgruppe "Die drei Tornados" ab ("Akut" Nr. 197, S. 15).

Wenige Tage vor Weihnachten wurden in Bonn die Frommen wild. Grund für die Aufregung war der Abdruck des "Krippenspiels", einer Satire der "Drei Tornados" auf die Jungfrauengeburt, in den Schülerzeitungen "Graue Zelle", "Kaktus" und "Unzensiert" sowie der "Akut". Als erste bekamen die Redakteure der "Grauen Zelle" den geballten Zorn der gläubigen Christenmenschen zu spüren, als sie am 16.12. die zweite Ausgabe ihrer Zeitung am Schulzentrum Oberpleis verteilten. Noch am gleichen Tag drohte der Vater einer Schülerin dem verantwortlichen "Graue-Zelle"-Redakteur mit einer Strafanzeige wegen Religionsbeschimpfung. § 166 des Strafgesetzbuches bedroht dieses Delikt mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren. Für den darauffolgenden Montag (19.12.) lud Schulleiterin Adelheid Bauer die Redaktion zu einem Gespräch. Unter ziemlich unverhohlenen Drohungen mit Ordnungsmaßnahmen bis zur Entlassung aus der Schule wurde den Redakteuren, die den Beschluß zum Abdruck gefaßt hatten, nahegelegt, eine Selbstbeziehungserklärung (s. Kasten) zu unterschreiben, die die Schulleitung vorbereitet hatte. Nur der presserechtlich Verantwortliche, Michael Sung, und Schulsprecher Ralf Schwamborn verweigerten die Unterschrift. Am selben Tag veröffentlichte die Schulleitung eine Erklärung an Presse, Schüler und Eltern, in der sie sich von der Veröffentlichung distanzierte und die Namen der "reumütigen" bzw. unbeteiligten Redakteure bekanntgab. Im gleichen Schreiben verkündete die Schule einen Anzeigenboykott sämtlicher Oberpleiser Geschäfte gegen die "Graue Zelle". Tags darauf brachte Adelheid Bauer auch Ralf Schwamborn zur Unterschrift ("Sie sind der erste, der über die Klinge springt"). Gegen Michael Sung, der die Selbstbeziehungserklärung konsequent ablehnte und die Veröffentlichung unter Berufung auf die Freiheit von Presse und Kunst verteidigte, wurde für den 22.12. eine Lehrerkonferenz angesetzt, die seine Entlassung aus der Schule beschloß.

Nicht viel besser ging es dem "Kaktus", Zeitung des Hardtberg-Gymnasiums. Direktor Gorissen erließ ein Vertriebsverbot. Die Stadt Bonn zeigte die beiden Verantwortlichen an. Auch gegen "Akut" liegt eine Anzeige vor. Nach Auskunft der "Bonner Rundschau" stammt sie von einem Prof., der nicht genannt werden möchte. Auf einer Fakultätssitzung der katholischen Theologen legten die Profs dem Studentenvertreter überraschend eine Distanzierungserklärung vor, die dieser allerdings nicht unterschrieb. Erbot

kündigten Theologieprofs an, sie würden im SP-Wahlkampf zur Wahl der rechten Gruppen aufrufen.

Begonnen hatte die Krippenspiel"-Affäre bereits vor drei Jahren, als die "Drei Tornados" ihre Nummer während einer Livesendung des WDR-Hörfunks aufführten. Zusammen mit dem zuständigen Redakteur mußten sie sich vor Gericht verantworten. Das Amtsgericht Köln urteilte:

Der Charakter des Sketches ergibt sich aber zur Überzeugung des Gerichts mehrfach aus durch solche Erwägungen nicht erforderliche, übersteigend sexuell darstellende Formulierungen. So genügt es insbesondere den Darstellern des Krippenspiels nicht, daß Maria vom "Heiligen Geist" gebumst worden sei, daß dies hinter dem Rücken ihres Verlobten geschehen sei; es muß zudem "von hinten" erfolgt sein. Besonders deutlich wird der Charakter der Beschimpfung in der Darstellung, die Maria in ihrer Rolle von ihrem Erlebnis geben muß. In übersteigernder und mehrfach wiederholender Weise wird dieses Erlebnis orgasmusartig dargestellt, wenn Maria sagt, es sei "über sie gekommen", es "habe sie überkommen", sie habe auf einmal die Glocken läuten hören und da gewußt, wo Gott wohnt. "Tote Hose" setzt den Schlußpunkt auf die Situation, in der "der Typ weg war".

Das Gericht brummte den Angeklagten eine Geldstrafe von 1800 bzw. 2400 DM auf. Die zweite Instanz sprach sie frei; Revision läuft.

Eine Anklageschrift erhielten jetzt auch Redakteure der Schülerzeitung "Wir im Püree" aus Langenfeld, die den Text im Dezember 1982 gedruckt hatten. Die Anklage gegen "Püree" wiederum rief die Arbeitsgemeinschaft Junge Presse NRW auf den Plan. Als Anti-Zensur-Referent Thomas Meiser ("Es tut uns leid, wenn wir Leuten auf den Schlipps getreten haben, die dem christlichen Glauben huldigen") auf einer Mitgliederversammlung des Bonner Bezirks über den Fall "Püree" berichtete, erklärten mehrere Zeitungen spontan, sie würden das "Krippenspiel" aus Solidarität nachdrucken...

Die empörten Christen, die das "Krippenspiel" am liebsten verboten sähen, müssen nun befürchten, genau das Gegenteil zu erreichen. Die Repressalien gegen "Graue Zelle" und "Kaktus" haben ihren Niederschlag in der Lokalpresse gefunden. Inzwischen haben u.a. die LUST und die Königswinterer Jusos und Grünen ihre Solidarität mit den Betroffenen erklärt. Die AG JP hat Maßnahmen insbesondere gegen die Verbote und die Schulentlassung angekündigt. Eine Unterschriftensammlung an zahlreichen Schulen und der Uni ist angelaufen.

"Akut" sieht der Anzeige gelassen entgegen. Wenn die Staatsanwaltschaft vor der Alternative steht, Dutzende von "Krippenspiel"-Nachdruckern in Bonn und anderen Städten anzuklagen oder die Verfahren einzustellen, wird sie eher zu letzterem neigen.

Jan Baumeister

Gutachten der Theologin Prof. Dr. theol. Uta Ranke-Heinemann zum Krippenspiel der Drei Tornados:

1) Zur Frage der Jungfräulichkeit Marias: "...Die Vorstellung einer biologischen Jungfräulichkeit Marias ist keine zentrale Lehre des Christentums. Und es ist nach dem gegenwärtigen Stand der Diskussion innerhalb der katholischen Theologie noch nicht entschieden, ob sie überhaupt eine Lehre des Christentums ist. Die evangelischen Christen lehnen weithin die Vorstellung einer biologischen Jungfräulichkeit Mariens ohnehin ab, und auch bei den Katholiken gibt es Gegenstimmen. In der Geschichte des Christentums ist jedoch die Vorstellung der biologischen Jungfräulichkeit Mariens weithin überbewertet und zur Verfolgung Andersgläubiger, insbesondere der Juden, angewendet worden." (...)

2) Zum Tornadosketch: "Die Sprache des Sketches ist teilweise obszön. Man kann ihn als geschmacklos bezeichnen. Aber Obszönitäten und Geschmacklosigkeiten sind noch kein Angriff auf die christliche Religion. Ob es sich um

einen Angriff auf die christliche Religion handelt, kann nicht von der Sprache her, sondern nur von der Sache her entschieden werden. Und von der Sache her scheint mir der Tornadosketch kein Angriff zu sein. Man kann wohl den Standpunkt der Verständnislosigkeit gegenüber einer Jungfrauengeburt erkennen, wie sie für weite Kreise unserer Bevölkerung, insbesondere der Jugend, charakteristisch ist. Eine solche Haltung sollte man aber nicht als Angriff auf die Religion, sondern als Frage an sie werten. (...) Insbesondere muß in diesem Zusammenhang gefragt werden, ob man nicht mit Strafanzeigen und Verurteilungen das ganze Christentum noch unverständlicher und die Menschen noch verständnisloser macht, ob man nicht sogar dem Christentum schadet, wenn man, wie in diesem Fall, öffentlich artikulierte Verstehensschwierigkeiten mit Beschimpfung gleichsetzt und dann mit staatlicher Gewalt verteidigen zu müssen meint, was man nicht in der Lage ist einsichtig zu machen." (...)

zitiert aus "Demokratie und Recht Nr. 2/82



AKUT-INTERVIEW

ein Phänomen

Seit einigen Monaten macht eine Theatergruppe in Bonn und Umgebung Furore. "Springmaus" - ein Improvisationstheater. Sechs Laien - Anka Zink, Sue Schulze, Mike Müller, Andreas Entienne, Helmut Lauerbach, Margie Kinsky - und der Regisseur - Profi-Schauspieler William Mockridge - bringen Sketche, Black-Outs und Improvisationen, die seit einem 3/4 Jahr für stets ausverkaufte Vorstellungen sorgen. Ein Teil des Erfolges war sicher die phantasiereiche PR-Arbeit der Truppe, die es kaum einem Bonner ermöglichte, den Namen "Springmaus" nicht zu kennen. Der größere Teil ist aber Spielfreude, Lebendigkeit und Spontanität der Springmäuse. Die Vorstellungen beginnen mit mehr oder weniger festen Sketchen, die ironisch-parodistisch Alltagsszenen aufnehmen. Da ist z.B. das Zusammentreffen von einer Frau und einem Mann in der U-Bahn, die sich sympathisch finden, aber nicht wissen, wie sie ins Gespräch kommen sollen, und nur in der Phantasie durchspielen, wie sie sich näherkommen sollen. Natürlich ist bis zur Endstation nichts passiert, und beide gehen wieder getrennte Wege. Im zweiten Teil überwiegt die Improvisation. Auf Vorschläge vom Publikum werden nach der Pause Szenen gespielt, Märchen von verschiedenen Berufen nachgezählt und diverse Improvisationsspiele mit viel Witz und Engagement aufgeführt. Was da an Idee und Arbeit auch hinter den Kulissen hintersteckt, wollte ich von "Springmaus" selbst erfahren.

AKUT: Wie habt Ihr Euch eigentlich zusammengefunden?

William: Ich kannte Improvisationstheater schon aus den USA und hatte in Heidelberg schon einigen Erfolg damit. Die Idee von Improvisationstheater war einfach, die vierte Wand, die zum Zuschauer, wegzukriegen. Mein Problem beim Theater war, daß man 6 - 8 Wochen ein Stück probt, und dann kommt das Publikum, und die meisten Regisseure neigen dazu, zu sagen, kümmert Euch nicht um das Publikum. Dann kriege ich immer Streit, denn ich sage: Das Publikum ist mein Partner! In Bonn waren die Schauspielkollegen eher reserviert gegenüber einem solchen Projekt oder einfach vollgeplant. Ich habe dann einige Work-Shops gemacht, um Laien für diese Theaterform zu finden. Von 50 Leuten wußte ich sofort, da kommen 35 absolut nicht in Frage. Und bei den Sechsen jetzt war ich mir ziemlich sicher, die richtigen gefunden zu haben. Und in dieser Besetzung sind sie ja auch noch zusammen.

AKUT: Ihr tretet ja z.Zt. sehr oft auf. 2 Mal in der Woche in Bonn und noch einmal in Köln. Lohnt sich das auch finanziell, läßt sich davon leben?

William: Das überhaupt nicht. Technik, Organisation und alles andere kosten so viel, daß vielleicht an einem solchen Abend im "Anno Tubac" für jeden 50,-DM übrig bleiben. Aber irgendwann sollte es schon dazu kommen, daß jeder davon leben kann. Weil es eben auch so viel Zeit kostet.

AKUT: Wie hoch ist denn der zeitliche Aufwand für Euch in der Woche für "Springmaus"?

Anka: Alles in allem sicher 3 volle Tage.

Mike: Zu Proben und Vorstellungen kommt ja auch noch unheimlich viel Organi-

satorisches hinzu. Einmal mußten wir vor der Vorstellung erstmal 2 Stunden Stühle und Tische schleppen, da ist man schon vor der Vorstellung kaputt.

Anka: Aber unser Engagement in der Sache bringt auch einen ganz anderen Einsatz.

AKUT: wie sieht Eure Arbeit aus?

William: Das wichtigste ist sicher das Geben und Nehmen. Sowohl auf sich konzentriert zu sein, als auch ein Riesenohr und -auge auf dem Anderen zu haben. Das wird um so schwieriger, wenn drei auf der Bühne sind, dann mußt du auf 2 sehen und hören, was die bringen. Das wird potenziert bei fünf und sechs. Und jetzt erst seit 2 oder 3 Monaten sind die "Mäuse" so weit, daß sie zu Sechst improvisieren können auf der Bühne, was unglaublich

Jeder, der diese "spring"-lebendige Art des Theaterspiels gerne persönlich kennenlernen und an sich selbst ausprobieren möchte, hat dazu im Januar Gelegenheit: der Erfinder und Gründer der SPRINGMAUS, William Mockridge, veranstaltet an den drei letzten Wochenenden im Januar Impro-Workshops, die - innerhalb der begrenzten Teilnehmerzahl - jedermann und -frau offenstehen.

Die Theaterspiele, die in den vergangenen 40 Jahren in den USA entwickelt wurden, sind Bausteine des Improvisationstheaters. Durch sie wird der Spieler nicht wie im traditionellen Theater in eine Rolle gezwungen, sondern er wird veranlaßt, eigene Bilder von Figuren, eigene Rollen zu entwickeln. Wer Lust hat, so etwas einmal auszuprobieren, wende sich an W. Mockridge, Rathausgasse 36, 5300 Bonn 1 oder nach der Vorstellung im Anno Tubac an die SPRINGMAUS. Kostenbeitrag: 65,-DM bzw. 45,-DM (ermäßigt).

schwierig ist. Vor einem halben Jahr haben wir gerade 3er-Szenen gehabt. Es ist ein Wahnsinnsfortschritt für mein Gefühl, wo ich weiß, wie es ist, auf der Bühne zu stehen. Also, was so einfach aussieht, das muß man nur einmal mitgemacht haben, um zu wissen, wie schwierig das ist. Da raucht einem der Kopf.

AKUT: Nach zwei Vorstellungen, die ich gesehen habe, werde ich den Eindruck nicht los, daß einzelne "Springmäuse" ziemlich dominieren. Wie seht Ihr das?

Sue: Das wechselt. Es gibt einzelne, die in einem Improvisationsspiel dominieren, dafür sind andere im nächsten stärker. Es kommt natürlich auch viel auf die Stichworte aus dem Publikum an.

AKUT: Im ersten Teil Eures Auftritts sind die Sketche doch einigermaßen fest. Inwieweit wird da noch improvisiert?

Sue: Bei den meisten ist nur der Rahmen fest. Wir wissen das Ziel, wie der Sketch enden soll, aber was dazwischen passieren soll, das wird weitgehend improvisiert. Einzelne Stücke sind natürlich ganz mit festem Text. Aber auch die sind nach Improvisationen entstanden und ausgefeilt worden.

William: Gerade die Entstehung ist ja das Tolle. Natürlich habe ich oft eine Idee für einen Sketch. Aber die "Mäuse" müssen es machen. Und da gehen wir hin: Der Satz stimmt immer noch nicht. Da wird noch etwas anderes probiert. An manchem Satz haben wir monatelang rumgeprobt.

Sue: Das Publikum lachte einfach nicht.

William: Es geht eben darum, daß die Leute die Situation, sich selber, wiedererkennen. Ich will, daß das Publikum ein Erlebnis hat. Und das kann nur stattfinden mit dem Publikum und den "Mäusen" zusammen. Ich sehe, daß bei uns die Leute nach der Vorstellung mit ganz anderen Ge-

Springmaus / Forts.

sichern rausgehen als vorher. Tja, so grob kann man sagen, daß im ersten Teil ca. 70% fest sind, der Rest ist improvisiert.

AKUT: Ihr habt ja auch ein ziemlich gemischtes Publikum. Von Scene-Leuten, Studenten bis hin zu älteren Leuten, die sich richtig theaterfein gemacht haben.

Sue: Das macht es ja auch so spannend.

William: Außerdem haben wir am Sonntag-nachmittag noch Kindervorstellungen. Und auch darauf können sich die Mäuse einstellen. Das ist ja gerade das lebendige. Auch für die Mäuse ist jeder Auftritt gerade im zweiten Teil ein Erlebnis.

AKUT: Wie versteht Ihr Euch denn privat?

Sue: Eigentlich ganz gut. So ein bißchen wie Brüder und Schwestern. Toll finde ich, daß es bei uns nicht, wie so oft, echten Streit oder aber auch Liebschaften gegeben hat.

AKUT: Und wie siehst Du, William, Deine Position in der Truppe. Bist Du dabei der Vater oder der autoritäre Chef vom Ganzen?

William: Das müßtest Du eigentlich die "Mäuse" fragen. Ich habe sicherlich die Autorität, daß ich nach einer langen Diskussion entscheide, wie es schließlich gemacht wird.

Anke: Ich meine, daß William sicherlich die Fachautorität hat. Darüber hinaus ist

SPRINGMAUS - TERMINE

Bonn: Anno Tubac, Kölnstr. 47

Freitag, 20.1., 20.30 Uhr Sonntag, 22.1., 12.30 Uhr Freitag, 27.1., 20.30 Uhr Sonntag, 29.1., 12.30 Uhr

Köln: Papa Joe's Biersalon Klimperkasten,

Alter Markt 50 - 52

Montag, 23.1., 20.30 Uhr

Montag, 30.1., 20.30 Uhr

WORKSHOPS (in Bonn):

sa/so 21./22. Januar

sa/so 28./29. Januar

Anmeldung bei der SPRINGMAUS oder schriftlich bei Mockridge, Rathausgasse 36.

er auch eine gewisse integrative Kraft. Daraus resultiert schon ein wenig seine Vaterrolle. Basisdemokratie machen wir eigentlich nur in der Pause, wenn wir über die Vorschläge für den Improvisationsteil überlegen, und da ist es schon anstrengend. Und wenn du das auf das ganze Theater "unternehmen" ausweiten würdest, kämst Du nicht mehr zu Potte und zum ruhigen Schlaf.

AKUT: Wie sehen Eure Pläne für die Zukunft aus, hinsichtlich Auftritten? Auch Fernsehen war doch schon mal im Gespräch?

William: Mit Fernsehen haben wir ein Riesenpech gehabt: Bio's Bahnhof wollte

uns haben, der WDR hat eine Riesensendung gemacht, aber bisher ist aus alledem nichts geworden. Jetzt kommt das ZDF. Das soll dann in der "Teleillustrierte" gesendet werden.

AKUT: Gibt es einen Grund dafür, daß Ihr bisher noch nicht an der Uni aufgetreten seid?

William: Von uns aus nicht. Bisher ist nur noch niemand an uns herangetreten. Einmal ist es ander Raumfrage gescheitert.

AKUT: Manchmal klingt bei Euch auch politische Kritik an, z.B. über die Computerisierung. Habt Ihr auch einen politischen Anspruch, ähnlich dem Kabarett?

William: Weniger. Ich halte das politische Kabarett für so hervorragend, da halte ich es nicht sinnvoll einzusteigen. Mein künstlerisches Wollen ist auch ein anderes, nämlich eine Theaterform zu schaffen, die dem Zuschauer ein unmittelbares Erlebnis vermittelt. Das halte ich für sinnvoller, als noch mal politische Kritik zu wiederholen. Das bringt Hildebrand so viel geschickter und besser. Ich will nicht sagen, daß wir unpolitisch sind. Das politische Engagement einzelner fließt sicher auch mit ein.

AKUT: Schönen Dank für das Gespräch und noch viel Erfolg.

Wilfried Lühr

TERMINE im

KULTURFORUM DER STADT BONN im BONN-CENTER

KULTUR FORUM der Stadt Bonn,
Bonn-Center, Bundeskanzlerplatz
Februar 1984

Mi, 1.2., 20 Uhr

Jazz aus Bonn
H. Paur's New Orleans Wanderers
mit klassischem New Orleans-Jazz

Eintritt: 5 DM

Do, 2.2., 20 Uhr

Indischer Film
Bhimsain's "DOORIYAN" (Distances)
Indien
16 mm Farbe
Original mit englischen Untertiteln

Eintritt frei (in Zusammenarbeit mit der Botschaft der Republik Indien)

Fr, 3.2., 20 Uhr
und Mi, 8.2., 20 Uhr

FRANZ KAFKA
"Ein Bericht für eine Akademie"
Inszenierung und Darsteller: Paul Joachim Rob

Eintritt: 5 DM

Do, 9.2., 20 Uhr

KINO GEGEN DEN STRICH
"Die Offenbarung"
Norwegen 1977
Regie: V. Lökkeberg
(Original mit deutschen Untertiteln)
Eintritt: 5 DM (ARGEL-Filmclub)

Fr, 10.2., 20 Uhr

COSA-NOSTRA-WERKSTATT
INNER SPACE "Das 3. Auge"
Filme direkt aus dem Kopf und wie sie entstehen
von MORGANA Light Arts
Eintritt: 7 DM/ Erm.: 5 DM

Mo, 13.2., 20 Uhr

ULRICH GUMPERT (DDR)
spielt frühe Werke von Erik Satie
Ogives (1886), Trois Gymnopédies (1887),
Trois Sarabandes (1887), Quadre Preludes
(1893), Gnossiennes 1-2-3 (1890),
Gnossiennes 4-5-6 (1891/97/98), Petit
Ouverture a danser (vor 1900)

Eintritt: 5 DM

Di, 14.2., 20 Uhr

INSTITUT FRANÇAIS
"Cafe-Theatre"
Pierre Menoret trifft Lothar von Versen
Eintritt: 6 DM/ Erm.: 4 DM

Mi, 15.2., 20 Uhr

Do, 16.2., 20 Uhr

Fr, 17.2., 10 Uhr und 20 Uhr

The American Drama Group Munich
presents
Classic Theatre International New York
in
Edward Albee's "The Zoo Story" und
Ronald Ribman's "The Burial of Esposito"
Inszenierung: Alexander Barnett
Produktion: Grantly Marshall
Eintritt: 6 DM

Di, 21.2., 20 Uhr

ROCKFORUM
TWIST
Musik im Stil von damals und dem "Drive"
von heute
Organisation: Eberhard A. Breinlinger
Eintritt: 5 DM

"ICH MÖCHTE SIE AM LIEBSTEN HANZ VERMEIDEN"

HANS MAGNUS ENZENSBERGER
NACH MAX KRAUSE

DER MENSCHENFEIND

INSZENIERUNG
IM HERMANN HALLA VAVRA

AUF DER BÜHNE THEATER KIRBERG

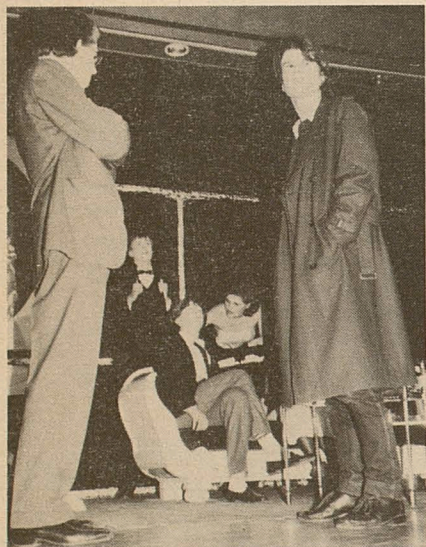
Das Theater Kirberg, benannt nach einem Theaterkritiker des 17. Jahrhunderts, ist eine Gruppe von Studenten verschiedener Fachrichtungen, die das oben genannte Stück im Rheinischen Landesmuseum zur Aufführung gebracht hat. Dieses Ereignis blieb in der Presse unerwähnt. Wen interessiert denn auch ein "Laienpiel"?

Doch was die Amateure auf die Bühne bringen ist durchaus beachtlich. Das Stück bietet unterhaltsame Kritik. Alceste, der Menschenfeind, der sich einbildet, offen und ehrlich, ohne faule Kompromisse durchs Leben zu kommen, weil ihm die gesellschaftlichen Schleimereien zu tiefst zu wider sind, eckt gerade dadurch an. Seine Kritik ist berechtigt, aber zu wahr. Niemand verträgt die ungeschminkte Wahrheit. Und die Gesellschaft, oder besser gesagt, die Leute, die sich für die Gesellschaft halten, gehen oft sehr rüde mit ihren Kritikern um.

Besonders interessant sind dabei die Verweise auf Minister, den Wink von oben, Meineid und Korruption. Wer fühlt sich da nicht an unter Beschuß geratene Reglementmitglieder erinnert?

Das Theater Kirberg spielt sehr glaubhaft und die Darsteller geben dem Zuschauer das Gefühl, daß sie weit mehr getan haben, als nur ihren Text auswendig gelernt. Jeder einzelne Charakter steckt voll Gefühl. Einige der Schauspieler erkennt man auf der Bühne kaum wieder.

Die Schlüsselszenen sind der Vortrag von Orontes "Gedicht", welches wirklich eine sehr lausige Lyrik ist und die Verlesung der vertauschten Liebesbriefe Célimènes, die sie nicht etwa, wie mancher glauben mag, als Flittchen darstellen, sondern als berechnende Frau, die sich in Finanznöten befindet. Dies kommt im Stück leider nicht so deutlich heraus.



Während diesen beiden Passagen hat der Betrachter seinen Spaß daran, wie die Figuren karikiert werden und dennoch prägt sich die Kritik an der Verlogenheit der Gesellschaft ein. Das Schauspiel hält dem Publikum nicht nur den Spiegel vor, sondern kratzt dazu noch das make up vom Gesicht.



Auch die Nebenrollen sind gut besetzt, wie man an den Publikumsreaktionen erkennen kann, wenn Jimmy, der Diener oder Bosco die Bühne betreten.

Alles in allem eine gelungene Inszenierung, die wieder einmal deutlich macht, daß man nicht Profi sein muß, um etwas

Gutes zustande zu bringen. Das beginnt bei der Besetzung der Rollen und endet bei den "Massenscenen" auf der Bühne, wo die Schauspieler, die gerade keinen Text vortragen, eben nicht einfach in der Gegend herumstehen, sondern sich in den Ablauf des Stückes so einfügen, daß man oft nicht weiß, wo man zuerst hinsehen soll.

Das Theater Kirberg sollte vielen als Beispiel dienen, Kunst nicht als einen einseitigen Konsum zu begreifen, sondern als etwas, das man selbst erarbeiten kann, das nicht unbedingt den großen Erfolg nach sich zieht, aber eine gute Möglichkeit ist, eigene Vorstellungen zu verwirklichen, einmal ein wenig aus dem Schatten der kommerziellen Kunst (in diesem Fall Theater) hervorzutreten. Für Studenten heißt das auch, etwas zu machen, das nichts mit ihrem Studienfach zu tun hat.

Vielen, die das Stück gesehen haben, stellen sich zwei Fragen. Erstens: was sagen sich Philinte und Eliante in der Schlussszene (sie haben es nicht verraten) und zweitens: wie schafft es Jimmy, der Diener, trotz seines, das Lachen geradezu herausfordernden Auftretens so ernst zu bleiben.

Nicht ins Publikum sehen, rät er.

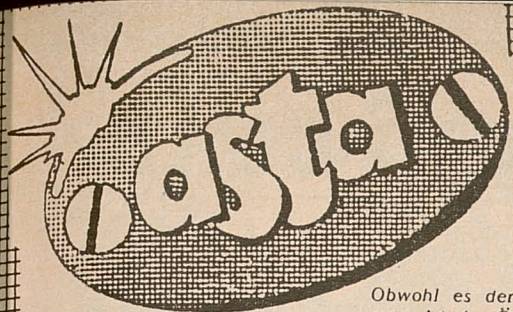
Empfehlenswert bleibt deshalb auch das Uni - Winterfest (natürlich nicht nur deswegen), denn dort wird der Menschenfeind in der Aufführung des Kirberg Theaters noch einmal in Hörsaal I zu sehen sein.

Titus H.J. Simon

Kunsthandwerk aus
Afrika • Südamerika

Casa-Mata

Alpakapullover Kleidung
u. Jacken aus
Schmuck in der Altstadt Indien u.
Breitestr. 52 Afghanistan



Rechenschaftsbericht

Ökologie & Kommunales

Ein- leitung

Ein halbes Jahr hatte der im Sommersemester gewählte ASTA Zeit, sich zu bewähren. Im traditionell konservativen Klima der Bonner Universität ist das keine Selbstverständlichkeit, war man nicht gewohnt, daß studentische Interessen auf allen Ebenen eindeutig vertreten werden.

Im Gegensatz zu dem im Sommersemester gescheiterten rechten ASTA hat er auch inhaltlich gearbeitet. Themen wie Friedensfindung, Frauendiskriminierung oder Wissenschaftsläden werden angepackt.

Praktizierte Basisdemokratie bedeutet die Schaffung autonomer Referate für Frauen, Ausländer und Fachschaften und die diversen Plena, durch die der ASTA-Politik mitbestimmt wird.

Wegen all diesen Punkten war dieser ASTA einem Sperrfeuer von rechts ausgesetzt, wurde mit allen formalen Finten versucht, die studentische Vertretung im kurzfristigen taktischen Interesse der rechten Organisationen kaputt zu machen.

Doch das ist nicht gelungen, die Arbeit wurde behindert, aber nicht verhindert.

Für den ASTA gab es bei alledem folgende Maximen: Selbst keine überflüssigen und teuren Prozesse auszutragen und keinen Fußbreit studentischer Grundrechte aufzugeben. Das ist uns gelungen.

Rektor und Rechte haben sich vor Gericht totgelaufen. Aber wir suchen die Bestätigung unserer Inhalte nicht vor Gericht, sondern bei Wahlen. Daher wollen wir im folgenden Rechenschaft leisten über das letzte halbe Jahr des linken ASTA. Dies ist Grundlage für ein weiteres erfolgreiches Jahr linker ASTA-Arbeit in Bonn.

Kultur

Am Morgen des 13. Juli, ca. 10 Stunden nach dem Gelingen des konstruktiven Mißtrauensvotums gegen den rechten ASTA, betreten wir das Kulturreferat, in dem sich, außer dem Kulturreferenten fast nichts befindet. Dafür steht aber die Bühnenüberdachung vom Sommerfest des rechten ASTA noch im Arkadenhof und eine Getränkefirma rennt uns die Tür wegen alter Rechnungen ein. (Im Laufe dieses halben Jahres passierte das fast täglich)

Obwohl es der Name suggerieren mag, ist das Öko- und Kommunalreferat kein Doppelreferat mit zwei unterschiedlichen Arbeitsbereichen. Es sind beides Problemfelder einer linken ASTA-Politik, die sich überschneiden und zusammengehören. Es geht um die Auseinandersetzung mit einer oft menschenverachtenden und lebensbedrohlichen Politik, die unsere Lebensumwelt in der Stadt und ganz allgemein bedroht und vernichtet. Informieren und Widerstand leisten gegen eine Politik und Lebenseinstellung, für die Geld, Macht und Profit alles, eine soziale und lebenswerte Umwelt nichts bedeutet, war das Ziel unserer Arbeit im letzten halben Jahr.

Wir hatten dabei die Vorstellung, das Referat basisdemokratisch zu organisieren. Offene Mitarbeit für jeden, Zusammenarbeit mit lokalen und universitären Initiativen und die Wiedereinrichtung des Ökologie- und Kommunalplenums, das unsere Arbeit bestimmen soll. Anstatt Sachwalter und selbstherrliche Manager zu spielen, wollten wir etwas für die Koordinierung der verschiedenen Aktivitäten tun und verstärkt Infrastruktur für den Ökologie- und Kommunalbereich schaffen. Die Realisierung dieser Ziele war mit unterschiedlichen Erfahrungen verbunden. Das Interesse am Plenum hat stark nachgelassen

(der Reiz des Neuen) und die dort stattfindenden Diskussionen über Probleme unserer Arbeit und die der anwesenden Gruppen waren nicht immer für die Praxis fruchtbar. Diesem nicht gerade motivationsfördernden Negativerlebnis standen aber auch andere Erfahrungen gegenüber. Es ist ansatzweise gelungen, das Referat als ansprechbare Institution bei kommunalpolitischen und universitären Gruppen zu verankern und auch wenn manchmal die Basis nicht da war, halten wir nach wie vor unsere Ablehnung von Stellvertreterpolitik für richtig und praktikabel. Obwohl noch vieles zu verbessern ist, glauben wir, einiges erreicht zu haben.

Die Zusammenarbeit mit vielen Arbeitskreisen etc. war über das gesamte Semester hin recht gut. Für viele von ihnen hat es etwas gebracht, im ASTA eine Anlaufstelle zu haben, Informationen zu bekommen und auch Unterstützung. Als Beispiel seien das alternative Vorlesungsverzeichnis, das ökologischen und wissenschaftlichen Gruppen Raum zur Selbstdarstellung gab, und die Unterstützung der Initiative "Rettet das Metropol" (z.B. bei der Bürgerversammlung) genannt. Im Zuge der Friedensarbeit schien sich kaum jemand für die Verhinderung der Fahrpreiserhöhungen zu interessieren und wir mußten uns ziemlich anstrengen, doch noch Verbündete für ein stadtweites Flugblatt und die Mobilisierung auf die entscheidende Ratssitzung zu bekommen. Dort saßen dann die beiden Referatsmitarbeiter alleine mit den mobilisierten "Massen", die Szene hatte scheinbar Wichtiges zu tun.

Der Frieden stand vor der Tür, Friedensplena, Bezugsgruppen und Urabstimmungskomitees sind und waren Hauptbeschäftigung der "Scene".

Angesichts der Aufstellung neuer atomarer Waffen, mag auch die Betroffenheit über die Kommunalpolitikingering erscheinen. Dies ist jedoch nicht der einzige Grund für das Einschlafen der Bewegung, in Berlin werden nach und nach die besetzten Häuser geräumt und die Besetzer kriminalisiert. Hier in Bonn schaffte es die CDU, den Widerstand in seinen Anfängen zu brechen. Räumung der M21 (Münsterstr. 21), und die Kriminalisierung von Fahrpreisgegnern zeigten schnell, wo es in Bonn langgeht. Andererseits scheint es hier in Bonn, angesichts der Mehrheit der CDU-FDP im Stadtrat als fast unmöglich, Ansätze von "alternativer" Politik einzubringen. Die AJZ-Ini ist gescheitert in ihrem Bestreben, ein Autonomes Zentrum zu schaffen. Andere Initiativen sind zum Teil noch größeren Schwierigkeiten ausgesetzt. Die Politik der Stadt Bonn, als ein enges Bündnis aus Parteien, Wirtschaft, Verwaltung und Justiz, macht unseren Widerstand schwer. Wir sehen darin aber keinen Grund aufzuhören, den diesen nicht gerade....

Zu Semesterbeginn lag der Schwerpunkt beim Thema Wohnen. In Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat haben wir nicht nur durch Plakate und eine Reihe von Zeitungsartikeln (und Video-Bonn) für die Vermietung an Studenten geworben, sondern auch die Politik der Stadt Bonn kritisiert, die Wohnraum leerstehen läßt, nichts gegen Mietwucher unternimmt und das soziale Problem "Wohnen" allein dem freien "Markt" überläßt. Wir haben unsere Kritik und unsere Vorstellungen beim Bonner Oberbürgermeister vertreten und am "Tag der offenen Tür" der Bevölkerung nahebringen versucht. Dort und in der Nassemensa wurde eine Fotoausstellung gezeigt, die die Wohnmisere aufzeigte. Wir haben uns nach leerstehenden Wohnungen umgeschaut und die Stadt mehrfach in konkreten Fällen zur Abhilfe aufgefordert. Hinsichtlich der Fahrpreiserhöhungen, die die CDU mal wieder im Eilverfahren durchgepaukt hat, können wir (ganz unbescheiden) feststellen, daß wir erst den Widerstand organisiert haben. Besagtes Flugblatt, Artikel in der Lokalpresse, Informationen über die Veränderungen in "AKUT" und "SCHNÜSS" und der Protest beim OB haben nichts genützt. Aus diesem Thema scheint die Luft raus zu sein und daran sind auch spätere Aktivitäten gescheitert. Was bleibt, ist der individuelle Widerstand.

Unser Plan, der mißlungenen Verkehrspolitik in Bonn ein Alternativkonzept des ASTA's und verschiedener Initiativen entgegenzusetzen hat leider wegen dem mangelnden Interesse nicht geklappt. Zum verkehrspolitischen Thema Fahrrad hätte durchaus noch mehr laufen können. Doch zumindest der Einsatz für die Fahrradparkplätze vor der Mensa Nassestr. und die spektakuläre Räumung von parkenden Autos hatten Erfolg. Unsere Forderungen wurden von der Bezirksvertretung Bonn angenommen und eine Diskussion über weitere Maßnahmen in diesem Bereich angeregt. Der ASTA plädiert weiterhin für die Errichtung einer Fußgängerzone in dem einen Bereich der Nassestraße.

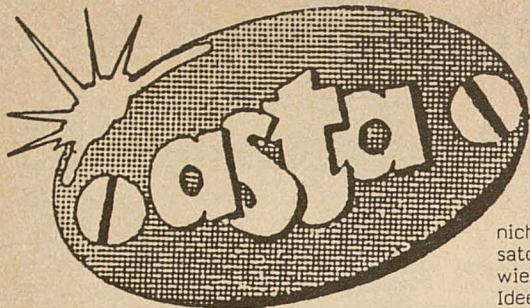
Ein weiterer Erfolg dürfte die Erhaltung des historischen Gebäudes des Metropol Kinos am Markt sein, für die sich der ASTA mit einer Fotoausstellung, Unterschriftensammlung, der Bürgerversammlung und einem offenen Brief an die Stadt eingesetzt hat. In den letzten Wochen organisierten wir mehrere Treffen zum Thema Kommunalwahl (Sept. 84), auf dem wir mit Bonner Initiativen über ihre jeweiligen Ziele und Erwartungen diskutiert haben. Themenschwerpunkt im Ökologie-Bereich war die Durchführung der Ökologie-Ringvorlesung, die bereits siebenmal stattfand. 2 Termine stehen noch an.

Die meisten Vorträge behandelten spezielle ökologische Probleme (z.B. Rheinverschmutzung, Atomkraftwerke, Waldsterben etc.), die letzten beiden werden Fragen des individuellen umweltbewußten Verhaltens angehen (Chemie in Lebensmitteln, Recycling). Unsere Absicht, auch Themen von Ökologie und Wissenschaft zu präsentieren, gelang uns nur mit einem Vortrag zur "Sozialen Naturwissenschaft", da andere Dozenten absagten. Die Enttheoretisierung der Ringvorlesung dürfte uns gelungen sein, da neben Wissenschaftlern auch Engagierte aus Umweltgruppen und Bürgerinitiativen zu Wort kamen. Das Interesse war sehr schwankend, aber doch so groß, daß die Reihe fortgesetzt werden soll. Das Skript zur Ringvorlesung des WS 82/83 wurde vom Referat herausgegeben und vertrieben.

Als weitere Informationsarbeit zur Ökologie sind Flugblätter, Ausstellungen und Aktionen zu nennen: als Beispiel seien eine Aktion mit Büchertisch zur Rheinverschmutzung in der Fußgängerzone und eine Fahrradexcursion in den Kottenforst, auf der über Ursachen und Schadensbilder des Waldsterbens informiert wurde, zu nennen. Letztere war mit 50 Leuten erstaunlich gut besucht und hat zur praxisnahen Information beigetragen.

...politik

von unten. I



asta uni bonn

Generell haben wir eine gute Zusammenarbeit mit Ökologiegruppen an der Uni und in Bonn praktiziert. Zwei Resultate derselben sind ein umfangreicher Reader zum Waldsterben, der vom Ak Umwelt am Fachbereich Chemie erstellt wurde, und das bereits erwähnte Alternative Vorlesungsverzeichnis, das einen Beitrag zur Unterstützung von studentischer, selbstorganisierter Auseinandersetzung mit Wissenschaft darstellt. Das AVV ist sehr gut angekommen und die Vorbereitungen für eine Ausgabe im Sommersemester laufen. Zwei von uns vorgeschlagene und durchgeführte Aktionen zum praktischen Umweltschutz an der Universität sind die Aufforderung an das Studentenwerk, für die Abschaffung der Einweg-Plastikbecher in den Cafeterien (stattdessen Porzellantassen) und die Aufstellung von Altpapier-Containern in den Mensen (Flugblätter-Recycling) zu sorgen. Zu beiden ist das Studentenwerk prinzipiell bereit und in dieser Hinsicht wird sich in der nächsten Zeit einiges tun. Zum Schluß noch ein paar Worte zu unserer wohl arbeitsintensivsten Aktivität: der Führung der Mitfahrerzentrale. Das Interesse an MFG's ist ungebrochen und diese Umweltschutzzidee ist mittlerweile zu einem Selbstläufer geworden. Im großen und ganzen sind wir mit unserer Arbeit zufrieden, wenn auch in den nächsten Semestern noch einiges besser gemacht werden könnte.

Frauen

Soll'ma machen lassen oder selber machen?

In Anbetracht der nahenden SP-Wahlen machten wir, die Frauen des Frauenreferats, uns so einige Gedanken, wie unser Beitrag dazu aussehen soll.

Grundprämisse: Der ASTA muß links bleiben. Klar, denn nur ein linker ASTA garantiert ein autonomes Frauenreferat.

Nach 1/2 Jahr Kennenlernen, Erfahrungsaustausch und gemeinsamer Arbeit haben wir eine Fülle von Erfahrungen hinter uns. Gut war, daß wir gemeinsam Ideen umsetzen konnten. So haben wir diverse Veranstaltungen und Diskussionen angeleitet wie z.B. die monatlichen Frauenfilme, Selbstverteidigungskurse oder den Vortrag über natürliche Verhütung, die sämtlich gut besucht waren. Manchmal ließ der Andrang auch zu wünschen übrig, sei es, daß unsere Ankündigungen nicht gut genug waren (wir wollten ja weg von den 1003 Flugblättern hin zu Wandzeitungen u.ä.) oder wir die Themen nicht genügend an die Frau gebracht haben oder die Frau zu stark in Konsumentinnenhaltung harterte...? Was uns oft sehr schwer fiel, war, die unterschiedlichen Ansprüche an ein autonomes Frauenreferat in dem Sinne miteinander zu vereinbaren, daß sich jede Frau trotzdem mit und in ihrer politischen Arbeit mit Frauen wohlfühlt.

Behindert haben uns rektorale und gerichtliche Drohungen, Anklagen und Beanstandungen, die uns zu ständigen Reaktionen zwangen.

Nach einem Jahr rechter ASTA Uni Bonn lag die Frauenlandschaft brach. Es gab zwar weiterhin Arbeitskreise und Initiativen - von Koordination konnte jedoch

nicht die Rede sein. Also erstmal organisatorische Rüdelei (abgebrochene Kontakte wieder aufnehmen, neue knüpfen) - unsere Ideen blieben dabei erstmal auf der Strecke. Zum Beispiel die Idee, ein uniweites Frauenforum vorzubereiten, zusammen mit möglichst vielen Frauen aus allen Bereichen (Studentin bis Professorin, Frauen im Verwaltungsbereich, Putzfrauen...), um der Isolation der einzelnen Arbeitsbereiche, die so stark voneinander abhängen und der hierarchischen Struktur, die diese Trennung und Isolierung bedeutet, etwas entgegenzusetzen.

Das nur als Beispiel. Da wir aber nicht "hauptberuflich im Frauenreferat arbeiten, sondern ob Existenzaufrechterhaltung z.T. noch jobben müssen und noch den verschiedensten Studien fröhnen, ist vieles einfach weniger eine Frage der Lust als eine Frage der Zeit. Dabei gilt natürlich: je mehr Frauen mitmachen, desto größer sind die Möglichkeiten.

Jetzt stehen wir kurz vor den SP-Wahlen, von deren Ausgang unsere weitere Existenz und die Fortführung unserer Arbeit abhängt.

Wir wollen hier den "schwarzen Mann" nicht an die Wand sprühen - wenn wir sprühen, dann vor Ideen.

Die nächsten wichtigen dates:

- FRAUENVOLLVERSAMMLUNG am 18. Januar, 16.00 Uhr in HS 17 (Koblenzer Tor)

- am Freitag, den 3. Februar endlich die heiß ersehnte FRAUENFETE "Iila Nächte" in der Nassemensa

- Frauenfilm in Zusammenarbeit mit der Film-AG "Planet Venus", Mi 25.1., 19.00 Uhr, HS 17

- Gesprächsabend mit Angela Jagenow zum Thema "KINDERWUNSCH" am Di 24.1., Übungsraum 3, Verfügungszentrum, Hauptgebäude

und natürlich: jeden Mittwoch 18.00 Uhr unser KOORDINATIONSTREFFEN im ASTA, Wintergarten!

Ausländer

Der linke ASTA hat die Autonomie des Ausländerreferates und das Recht der ausländischen Studenten auf Selbstvertretung voll anerkannt im Gegensatz zum vorherigen rechten ASTA, der unsere Forderung "Das Ausländerreferat des Ausländern" abgelehnt hat.

Nach einer sechsmonatigen Zusammenarbeit mit den deutschen Kommilitonen/innen im Rahmen des ASTA und mit den ausländischen studentischen Organisationen, z.B. HAB, befassen wir uns mit den brennenden Fragen und Problemen, mit denen die ausländischen Studenten/innen ständig konfrontiert sind. ALLE diese Probleme konnten wir nicht in einer so kurzen Zeit und mit unseren beschränkten Mitteln beseitigen, aber trotzdem haben wir versucht, die ausländischen Studenten/innen durch zahlreiche Informationen und Broschüren über ihre Rechte an der Bonner Uni zu informieren. Unser Hauptziel ist, daß die Ausländer/innen aus ihrer sozialen Isolation herauskommen und sich mehr an dem Leben an der Universität beteiligen.

Einige Aufgabenbereiche des Ausländerreferats sind: Betreuung einzelner ausländischer Studenten/innen, besonders Studienbewerber/innen, Studienkollegiaten und Studienanfänger/innen bei finanziellen Problemen, in Studien- und Wohnungsfragen, bei Auseinandersetzungen mit der Uni-Verwaltung und dem Ausländermeldeamt; Kontakte mit dem Studentenwerk und dem Studienkolleg (das Akademische Auslandsamt gilt wegen ausländerfeindlichen Tendenzen nicht mehr als Ansprechpartner); Organisation des Nachhilfeunterrichts in Physik, Chemie, Mathematik, Deutsch im Studienkolleg;

Kontakt zu anderen Ausländerreferaten und aktive Teilnahme am Projektbereich Ausländerproblematik der vds.

Am 27.12.83 hat die Referententagung in Bonn mit Hilfe des ASTA stattgefunden. Da wurde die aktuelle Entwicklung des Ausländerstudiums in der BRD analysiert, sowie das Zimmermann-Papier und die KMK-Beschlüsse diskutiert. Während dieser Tagung sind wir zum dem Entschluß gekommen, eine bundesweite Demonstration zu organisieren und die Zusammenarbeit mit den anderen Ausländerreferaten anderer Universitäten voranzutreiben, um unsere Gegenmeinung zu den oben genannten Beschlüssen Ausdruck zu verleihen und um die Rechte der ausländischen Studenten/innen zu verteidigen.

Liebe ausländische Kommilitonen und Kommilitoninnen, nur im Rahmen eines linken ASTA ist die Existenz eines autonomen von den Ausländern/innen selbstverwalteten Ausländerreferats möglich.

Soziales

Die Linke hat den ASTA in einer Situation gewonnen, in der gerade im Sozialbereich große Einschnitte anstanden. Im Bonner Stadtrat stand die mittlerweile beschlossene Fahrpreiserhöhung an.

Vor allem die Umstellung des BAFÖG auf Vollدارlehen bedeutet Tausende vom Studium abgeschreckte Studienanfänger, bedeutet Arbeitslosigkeit und Schuldenberg nach dem Studium - bedeutet: Chancengleichheit ade.

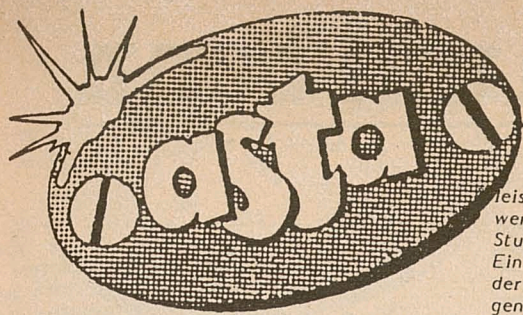
Vorstöße der CDU und FDP in Sachen Studiengebühren waren gemacht und vorerst auf Grund heftigster Proteste vom Tisch. Trotzdem sind wir keineswegs sicher vor ihnen. Wenn nicht mit offiziellen Gebühren, so wird versucht, durch sog. "Unkostenbeiträge" Studiengebühren per Gewöhnung und durch die Hintertür einzufahren. Aber auch das neue, gerade wirksam gewordene Mietgesetz verschont die Studenten/innen nicht. Mieterhöhungen, besonders in Sozialwohnungen, treffen uns gerade wegen unserer mangelnden finanziellen Absicherung, wegen zu wenig BAFÖG und zu hohen Lebenshaltungskosten doppelt.

Diese Liste könnte man noch fast beliebig lange fortführen.

Unsere rechten Amtsvorgänger haben zu diesen Eingriffen eine andere Einstellung als wir:

Beispiel: BAFÖG. Der RCDS begrüßte die Umstellung auf Vollدارlehen, mäkelte lediglich heuchlerisch verpackt, an den konkreten Gesetzesvorlagen rum. Selbst schlugen sie ein Darlehensmodell mit Abwicklung über Banken vor.

...politik von unten.



asta uni bonn

LA-Mitglieder dachten über den positiven Effekt der BAFÖG-Umstellung nach und stellten fest: "Ein kleiner Anreiz etwas mehr nach dem Lohnen zu fragen ist sicherlich die geplante Umstellung des BAFÖG auf Darlehen." SLH-Mitglieder überlegten sich in der Fachzeitschrift Jura, wie man am besten Studiengebühren einführt.

So erklärt sich, daß sie nur scheinbar dagegen argumentieren. Öffentlich wurde das BAFÖG zu Grabe getragen - endlich war es ja geschafft: - und die Verursacher von CDU und FDP der BAFÖG-Liquidierung durften bei einer Kundgebung (angeblich gegen) den BAFÖG-Clan erklären, warum sie noch viel mehr streichen wollen.

Einig war sich die AStA-Koalition in der Einschätzung, daß die BAFÖG-Umstellung Schwerpunktthema des Sozialreferats, der Hochschul- und Sozialpolitik sein muß. Liquidierung der Chancengleichheit an der Hochschule ist der einschneidendste Eingriff seit dem Hochschulrahmengesetz. Durch die Streichung des Schüler-BAFÖG haben Tausende, vor allem Kinder aus Arbeiterfamilien, keine Möglichkeit mehr, das grundgesetzlich garantierte Recht auf Bildung wahrzunehmen, also überhaupt Abitur zu machen, ganz zu schweigen vom Studium.

Zudem würde die Umstellung in diesem Wintersemester wirksam werden, d.h. die Betroffenheit vieler Studenten/innen besonders zum Ausdruck kommen. Ab WS 83/84 kostet für BAFÖG-Höchstempfänger das Semester ca. 5000 DM, und für Studenten/innen mit Elternchèque 000,- DM.

Damit wird sich der linke AStA nicht abfinden.

Der 4.12.82 mit der BAFÖG-Demo der Hunderttausend ist hierzu sehr ermutigend. So wollen wir weitermachen. Aus dieser Analyse heraus wurde die BAFÖG-Arbeit in drei Punkte gegliedert:

1. Information und Beratung der Betroffenen.

Nach drei Semestern rechtem AStA wurde erstmals im Bonner AStA eine ausreichende BAFÖG-Beratung eingerichtet.

Das meistgenannte Problem ist der Fachrichtungswechsel, d.h. man/frau hat im Prinzip die Möglichkeit, innerhalb der ersten vier Semester von einem Fach z.B. Jura, in ein nicht verwandtes Fach, z.B. Germanistik, überzuwechseln. Ständig gefragt war hier die zulässige Begründung für den Wechsel. Ein Immer wiederkehrendes großes Problem soll hier genannt werden: das Parkstudium. Viele Studenten/innen waren der Ansicht, es sei günstig, in der Begründung für den Fachrichtungswechsel anzugeben, daß das jetzige Studienfach nur so lange studiert wurde, wie sich noch kein Platz im eigentlich erwünschten Studium bot. Dem ist nicht so!!! Ein Parkstudium anzugeben, ist die sicherste Möglichkeit, kein Bafög zu erhalten.

Deshalb haben wir uns die Zeit genommen, die Begründungen individuell durchzusprechen, und v.a. die schriftliche Begründung später durchzulesen!

Ein weiteres Problem war die Befreiung von der Bafög Kreditregelung, wenn Zivil- oder Kriegsdienst oder soziales Jahr ge-

leistet wurde. Die aber kann nur eintreten, wenn in unmittelbarem Anschluß daran das Studium begonnen wird.

Ein Fall sei zum Schluß als bittere Folge der und Beispiel für Bildungsungleichheiten genannt:

Gabi, 5. Semester Anglistik, erhält aller Wahrscheinlichkeit kein Bafög mehr, weil sie durch eine Prüfung fiel, und damit keinen kompletten Leistungsnachweis nach dem 4. Semester vorlegen kann. Im 5. Semester wiederholt sie die Prüfung und muß gleichzeitig für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Aber sie weiß, daß bei einer entgeltlichen Ablehnung dies nicht mehr tragbar ist, d.h. sie muß ihr Studium abbrechen. Kein Geld, keine Bildung!

"Und das", so Gabi, "wo ich doch sowieso alles wieder zurückbezahlen muß, weil Bafög auf Pump ist."

Neben der Einzelberatung haben wir uns zum Ziel gesetzt, daß täglich ein/e Mitarbeiter/in des Sozialreferates an allen Bereichen unserer Uni Vorlesungsinformationen verbreitet. Das ist uns weitgehend gelungen, ebenso wie die "Mobile-AStA-Beratung" in den Mensen.

Hinzu kam einmal wöchentlich ein aktuelles Flugblatt zu den zentralen BAFÖG-Fragen.

2. Untersuchung und Transparentmachung der Auswirkungen

Mehr als 1000 Anträge wurden in Bonn nach der Umstellung weniger gestellt. Die Zahl der Erstsemester geht trotz steigender Abiturienten/innen zahlen real zurück. Die Zahl der bewilligten Anträge schrumpfte weiter. Dies sind nur einige Punkte der Auswirkungen, sie sind erschreckend und noch weit schlimmer als befürchtet. Das Sozialreferat hat sich regelmäßig in Zusammenarbeit mit dem BAFÖG-Amt um die aktuelle Zahlenentwicklung bemüht. Der Bonner AStA war der erste, der sehr exakte Zahlen über die Antragsrückgänge lieferte, der erste, der die 6% Zinsregelung bei Verzug der Rückzahlung enthüllte.

Zur Information der bundesdeutschen Presse von diesen haarsträubenden Auswirkungen des BAFÖG-Klaus lud der AStA zu einer bundesweiten Pressekonferenz ein, die regen Anklang fand.

Darauf sind wir stolz und können es wohl auch sein. Aber auch innerhalb der Uni machten wir täglich durch Vorlesungsansagen, durch Flugblätter und Wandzeitungen transparent, was Sache ist nach der Umstellung.

Für Mitte Januar planen wir eine BAFÖG-Umfrage, die gemeinsam mit dem BAFÖG-Amt durchgeführt werden sollte. Noch deutlicher und repräsentativer wollen wir nachweisen, daß BAFÖG auf Voll-darlehen uns sozial und menschenfeindlich ist. Wir streben dabei an, diese Umfrage gemeinsam mit der NRW-Landesregierung zu machen. Wie isoliert die CDU-FDP tatsächlich gerade auch in der BAFÖG-Frage ist, zeigt ihre Ängstlichkeit. So war die CDU nicht bereit, für die Podiumsdiskussion des AStA am 8.12. im HS x einen Redner zu stellen. Die Diskussions-teilnehmer/innen von SPD (Weisskirchen bildungspol. Sprecher), Grünen (Mann. MdB) und DKP (Bruns, bildungspolitische Verantwortliche) sprachen sich eindeutig für BAFÖG und Chancengleichheit aus.

3. Organisation der Gegenwehr

Wirklich etwas verändern können wir aber nur, wenn wir uns gemeinsam mit den Betroffenen wehren. Wir wissen sehr genau, daß allein mit Informationen über die Auswirkungen der BAFÖG-Streicher noch nicht zur Einsicht kommen. Von allen Seiten wurden genau diese Folgen schon vor der Umstellung vorausgesagt. Damals wurden diese Prognosen in den Wind geschlagen, und zwar wider besseres Wissen. Natürlich wußte Frau Wilms genau, daß der Abschreckeffekt sehr groß sein würde - das nannte sie 'ordnungs-politische Gesichtspunkte'.

Daher müssen wir Druck machen, wenn wir 'was erreichen wollen - und den können wir nur gemeinsam entfalten. Wenn das Druckmachen nicht allein allein den Vertretern der Studierenden überlassen bleibt, sondern zum Protest aller wird, dann sind wir verflucht stark.

Der AStA organisierte eine Uni-Protest-versammlung in HS X und anschließend eine Demonstration zum Bundesbildungsministerium mit einer Kundgebung direkt vor der Nase von Frau Wilms. 500 Teilnehmer/innen sind -insbes. gegenüber der BAFÖG-Beerdigung des Rechts- AStA mit 23 Beteiligten- ein Erfolg. Es sind schon sehr viele, die nicht resignieren, die auf ihre eigene Kraft setzen, und es werden immer mehr.

Der AStA hat versucht, das Klima des Sich-Wehrens zu fördern und Mut zu machen, denn: Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft der hat schon verloren.

So muß es weitergehen.

Doch das ist nicht alles, was das Sozialreferat geleistet hat. Im Folgenden ist die Arbeit stichpunktartig zusammengestellt:

* Wohnen:

Der AStA hat mit zahlreichen praktischen Hilfen versucht, etwas gegen die studentische Wohnungsnot zu unternehmen. Als die Erstsemester im Herbst nach Bonn strömten, haben wir mit einer großangelegten Öffentlichkeitsaktion -durch Plakate und in der Presse- die Bevölkerung aufgefordert, billigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Das Angebot des AStA, mit Oberbürgermeister Daniels einen gemeinsamen Aufruf zu machen, scheiterte an dessen Bedenken. Die Stadt Bonn reißt immer noch lieber Wohnraum ab, um teure Geschäftsräume zu schaffen. Eine Verbesserung der Wohnungssituation werden wir daher nur durch andere kommunalpolitische Mehrheiten erreichen.

Im AStA wurde eine Zimmervermittlung angeboten, mit deren Hilfe über 700 Studenten zu einer Bude kamen. Wir haben dafür gesorgt, daß diskriminierende Angebote nicht angenommen wurden.

Eine wichtige Hilfe für uns bei der Forderung nach billigerem Wohnraum für Studenten waren die Zusammenarbeit mit dem Mieterverein und der oppositionellen Stadtratsfraktion.

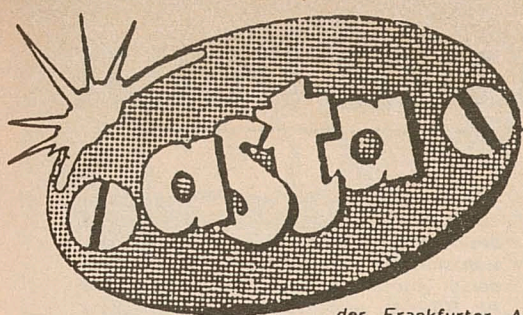
* Darlehen:

Das Sozialreferat vergibt Kurzdarlehen bis zu 400,- DM. Als wir es übernehmen mußten wir zunächst viel liegengeliebene Akten neu wiederaufgreifen. Und wir schafften längst fällige Rückzahlungen in Höhe von 20.000 DM zu erhalten. Bei den Auszahlungen nur dieses Semesters haben wir seit neuestem einen Rekord aufgestellt.

...politik von unten. III



...politik von unten.



asta uni bonn

Kultur(Forts.)

Wir nehmen uns das AStA-Kulturprogramm vor und fangen an.

Zunächst galt es, das Kulturplenum, während der 1 1/2 Jahre rechter Kulturschlamperei systematisch verdrängt, wieder ins Leben zu rufen.

Das Kulturplenum verstehen wir als ein Forum für alle Interessierte, Möglichkeiten und Formen studentischer und kommunaler Kulturarbeit bzw. -politik zu diskutieren und umzusetzen.

Wichtigste Themen und Aufgaben der bis zum Redaktionsschluß dreimal stattgefundenen Plena (13.10., 2.11. u. 8.12.) waren die Verteilung der 15.000 DM (Haushalt der Studentenschaft) an studentische Kulturgruppen u. -initiativen.

Bislang wurde dies von den Rechten nach freiem Gutdünken gehandhabt. 2. die Vorbereitung, Konzeptionierung und Gestaltung des Uni-Winterfestes

3. die Beschaffung von Probemöglichkeiten für Gruppen in der Universität

4. die Diskussion über ein mögliches Zusammenwirken von studentischer Kulturarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Bonn.

Entgegen den Polemiken von rechts und von uninformatierten Frustlern haben wir als Veranstaltungsnicht nur Feste durchgeführt.

Den Auftakt im Oktober bildete das Semesteranfangsfest mit drei Bonner Musikgruppen (In Zusammenarbeit mit dem Verein Bonner Rockmusiker), den krönenden Abschluß im Januar das Uni-Winterfest (veranstaltet von den Gruppen und dem AStA-Kulturreferat in Zusammenarbeit mit Cosa Nostra und VBR).

Im November fand zusammen mit dem Frauenreferat ein Ein-Frau-Kabarett mit Lisbeth Felder im Hörsaal 1 statt. Im Dezember traten

der Frankfurter Alexander Lipping mit seinem Programm "War einmal ein Revoluzzer" über Erich Mühsam auf, sowie der "Vorwärts-Chor" und der Kabarettist Alfred Hellmann mit "Ade du schöne Welt". Alle drei Veranstaltungen fanden im Hörsaal 1 statt, waren jedoch leider trotz großem Werbeaufwand nicht gut besucht. (Der Rektor ließ sämtliche Plakate des AStA aus der Uni entfernen!)

Im Rahmen der Friedenswoche gestalteten wir die kulturellen Programmteile der AStA-Veranstaltungen.

Das partizipatorische Element studentischer Kulturarbeit, in unserem Programm als das wichtigste dargestellt, konnte naturgemäß (keine Einarbeitungszeit, viel Formalkram) nicht den gewünschten Raum unserer Arbeit einnehmen, jedoch unterstützten wir einen Volkstanzworkshop. Vom 23.-25. Januar wird eine Filmschule vom Kulturreferat initiiert, stattfinden, durchgeführt von der Super-8-Filmgruppe "Die Einstellung" und der "Film AG".

Die weitaus meiste Zeit nahm die politische Arbeit im "Stillen" ein. S. verhandelten wir mit dem Kulturamt der Stadt Bonn über einen Zuschuß für das Uni-Winterfest und sprachen über Perspektiven einer Zusammenarbeit zwischen studentischer Kulturarbeit (AStA) und dem Kulturamt.

Ein Projekt steht im Vordergrund, wobei drei Asten verschiedener Unis in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen eine gemeinsame Veranstaltung in Bonn planen, in der sich sowohl studentische wie kommunale Kulturarbeit künstlerisch darstellen soll. Hierfür stehen unter Umständen Geldmittel des Landes Nordrhein Westfalen über das Sekretariat für gemeinsame Kulturprojekte in Wuppertal zur Verfügung.

Als ersten Schritt zudiesem Projekt regten wir über den Bundesverband studentischer Kulturarbeit (BSK) eine bessere Koordination und Zusammenarbeit unter den NRW-Asten an.

Auf einem BSK-Seminar, auf dem Erfahrungen, Informationen der universitären Arbeit ausgetauscht und Perspektiven erarbeitet wurden, nahmen wir ebenfalls Kontakt zu den verschiedenen Münchner Universitäten auf, die im Mai ein experimentelles Musiktheaterfestival veranstalten wollen und über den AStA eine Bonner Gruppe einladen.

Die politische, finanzielle und personelle Unterstützung der Initiative "Rettet das Metropol" war in den Ferien und am Anfang des Semesters eine der vordringlichsten Aufgaben.

Weiter wurden kleine, aber wichtige Hilfen geleistet. So wurde das Mensaessen für den akademischen Chor der Uni Pznan aus Polen bezahlt, der auf Einladung des Collegium Musicum in Bonn weilte, den vorjäh-

rigen Preisträgern des Denkmalschutzwettbewerbs aus Rottweil wurde eine Unterkunft in Bonn beschafft.

Für das Experi/Nixperi-Kurzfilmfestival der Einstellung wurde der musikalische Programmteil finanziert.

Unsere wichtigste Aufgabe war jedoch, der prekären Proberaumsituation der studentischen Kulturgruppen Abhilfe zu verschaffen und Studentenwerk und Universität auf ihre gesetzliche Pflicht zur Unterstützung studentischer Kulturarbeit festzulegen. Das Studentenwerk wird ab dem nächsten Semester das große Musikzimmer der Mensa Nasstr. für Proben studentischer Kulturgruppen zur Verfügung stellen. Verwaltet wird der Raum dann vom Kulturreferat in Absprache mit dem Studentenwerk.

Der Rektor schien das erste Mal von dieser Problematik gehört zu haben, versprach aber, sich für eine Linderung der Raumnot einzusetzen.

Mittlerweile stehen die Aula der Pädagogischen Fakultät am Dienstagabend zur Verfügung und freistehende Hörsäle der PF. Anträge werden vom Kulturreferat entgegengenommen und gesammelt an die Univerwaltung weitergeleitet.

Selbstverständlich kann dies nur provisorisch sein, weil die Gruppen keinerlei Möglichkeit haben, ihre Ausrüstung, Requisiten etc. in den Räumen zu lagern. Wir werden uns bemühen, daß die Kellerräume der Poppensa und andere nicht genutzte Universitätsräume zur Verfügung gestellt werden.

Dreimal ist dieses Semester das Kulturinfo erschienen, in dem wir über unsere Arbeit berichtet haben.

Nach den Schwerpunkten Film in Bonn, Theater in Bonn, ist diesmal das Uni-Winterfest Hauptthema, das von den auftretenden Gruppen und dem Kulturreferat vorbereitet wurde.

Bewußt wurde kein "Zugpferd" von außen verpflichtet, sondern man entschied sich, Künstler aus dem Bonn-Köln-Raum zu verpflichten, um gerade die lokale Kulturszene zu stärken und Auftrittsmöglichkeiten zu schaffen. Diese Art der Kulturpolitik, die Vernetzung und Intensivierung der Zusammenarbeit einzelner Bonner Kulturinitiativen wie Cosa Nostra, VBR, Film AG, A.J.Z.-Initiative ist Ziel unserer Arbeit. Natürlich konnte dies in einem halben Jahr nur ansatzweise verwirklicht werden, es muß jedoch weitergeführt werden.

Hochschule

Als wir das HoPo-Referat im Sommer übernommen hatten, mußten wir erst einmal die von unseren Vorgängern hinterlassene Wüste in ein arbeitsfähiges Referat verwandeln. An brauchbaren Unterlagen war kaum etwas vorhanden, Studienordnungen gab es nur als Einzel Exemplare (wir verteilen inzwischen davon täglich etwa 10 an Studenten/innen die in die Beratung kommen) und nur für Fächer mit den Anfangsbuchstaben A - K. Wer eine Beratung für Mathematik haben wollte, hatte also Pech gehabt. Auf die Frage, warum er nicht bei der Studienberatung und den Fakultäten das fehlende Material abgeholt habe, antwortete der abgewählte RCDS-Referent: "Darauf bin ich noch nicht gekommen."

Inzwischen sind wir fast komplett und können den Studenten/innen, die täglich in die Beratung kommen, auch genug Material mitge-

ben. Außerdem gelang es noch rechtzeitig vor den Einschreibefristen ein Erstsemesterinfo auf die Beine zu stellen und die Erstsemesterberatung zu organisieren. Beschwerdenstelle

Erstmalig haben wir eine Beschwerdenstelle eingerichtet, an die sich alle Studenten/innen wenden können, die Schwierigkeiten haben mit sturen Bürokraten, Anrechnungen von Scheinen und allem anderen, was einem das Leben schwer machen kann. Daß es fast jeden Tag Arbeit gab zeigt uns, das so eine Stelle notwendig ist und daß sie auch oft die Möglichkeit bietet, durch Rat oder Tat zu helfen.

So viel zum Service. Nun zu unserer inhaltlichen Arbeit:

Juristenausbildung/ Mediziner-AO

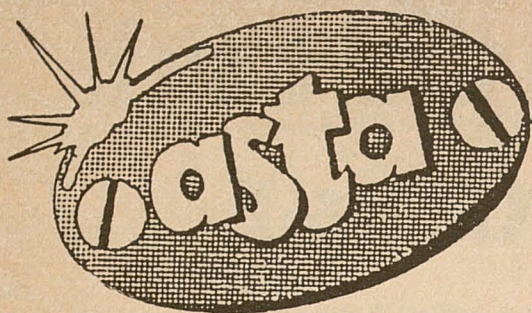
Zur Juristenausbildungsreform stellten wir eine Broschüre zusammen, die über den CDU-Referentenentwurf informiert und alternative Modelle vorstellt. Gemeinsam mit der VDS wurde gegen den Referentenentwurf, der den Jurastudenten/innen eine Zwischenprüfung beschert, Protest eingelegt.

An der Medizin gab es gleich zweimal Ärger: Zum Semesteranfang wurden auf Grund eines Erlasses aus Düsseldorf fast alle Praktika am Krankenbett in Vorlesungen umgewandelt. Dagegen machte der AStA gemeinsam mit der Fachschaft Medizin eine Demo mit über 350 Bonner Teilnehmern in D'dorf.

Außerdem beschloß der Bundesrat Ende Dezember die Einführung von Noten im Medizinstudium. Eine noch in Vorbereitung befindliche Novelle der Ausbildungsordnung soll die Ausbildung um 2 Jahre verlängern und die Prüfungen verschärfen. Gegen beide Novellen wurden Stellungnahmen erarbeitet und an die zuständigen Ministerien verschickt, am 25. Januar wird in Bonn eine bundesweite Demo der Medizinstudenten/innen vor dem Gesundheitsministerium in Bonn stattfinden.

In Zukunft wird ein AStA sich verstärkt der Frage der Lehrerausbildung widmen müssen. Wichtig in diesem Semester war der mit der GEW gemeinsam organisierte Protest gegen den NC für Referendarstellen.

...politik von unten. V



asta uni bonn

Doktoranden

Erstmals kümmerte sich der linke AstA um diese bisher vernachlässigte Gruppe. Bei den Doktoranden liegt einiges im Argen. Zum einen ist die Betreuung an vielen Fakultäten schlecht bis nicht vorhanden, zum anderen besteht die Gefahr, daß ein neues Graduiertenförderungsgesetz zu finanziellen Engpässen führt. Gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wird ein Doktoranden-Arbeitskreis aufgebaut. Am 17.1. gibt's eine Veranstaltung zum Thema Graduiertenförderung.

Hochschulrahmengesetz

Im Bundesbildungsministerium bastelt Frau Wilms daran, die Mitbestimmungsrechte, die uns das HRG gebracht hat, durch eine Novelle wieder abzubauen. Wir haben in einer Flugblattserie darüber informiert. Widerstand gegen soch rückschrittliche Pläne kann der Bonner AstA allein nicht leisten. Um hier etwas ausrichten zu können ist eine sinnvolle Mitarbeit in der Vereinigten deutschen Studentenschaft, dem Dachverband der bundesdeutschen Studenten, nötig.

Hier in Bonn mußten wir vor allem darum kämpfen, daß die Fortschritte des HRG an unserer Uni auch wirklich umgesetzt werden. In einem Flugblatt haben wir darüber informiert, wie das Rektorat die Wahl paritätisch besetzter Gremien verschleppt und wir haben die Landesregierung zum Eingreifen aufgefordert. Ende Dezember ist im Landtag ein Gesetzesentwurf eingebracht worden, der wohl endlich auch eine Demokratisierung der Bonner Uni möglich macht.

Wende an der Hochschule

Ein zentraler Punkt unserer Arbeit war die Auseinandersetzung mit den von Frau Wilms veröffentlichten Thesen für eine Hochschulpolitik der 90er Jahre (Stichworte: Drittmittelforschung, Kurzstudiengänge, Studiengebühren, Hochschulwettbewerb, Trennung von Forschung und Lehre). Wir haben in einem Reader die Thesen und ihre Auswirkung auf die Hochschule dargestellt. Die recht geringe Beteiligung an dem anschließenden Aktionstag zeigt uns, daß wir hier noch viel Informationsarbeit zu leisten haben. Denn die Pläne aus dem Ministerium bedrohen uns zwar nicht direkt, wohl aber

die Errungenschaften eines Hochschuljahrzehnts fortschrittlicher Hochschulpolitik. Wenn wir jetzt nichts unternehmen, so werden unsere Hochschulen in zehn Jahren kaum wiederzuerkennen sein. Wer's nicht glauben will, kann sich bei uns die Thesen abholen. Täglich von 12 bis 14 Uhr.

Wissenschaftsladen

Da wir nicht nur kritisieren, sondern auch Alternativen zum herrschenden Wissenschaftsbetrieb aufzeigen wollen, haben wir uns den Aufbau eines Wissenschaftsladens in Bonn vorgenommen. Zuerst haben wir Informationen gesammelt durch zahllose Briefe und Besuche bei Wissenschaftsläden und Gewerkschaften.

Dann gab es zwei Veranstaltungen, eine über die Gefahren neuer Technologien und eine, in der Leute, die in Wissenschaftsläden arbeiten, über ihre Erfahrungen berichten. Außerdem haben wir einen Reader über Wissenschaftsläden herausgegeben. Nach dieser umfangreichen Informationsarbeit ist dann auch tatsächlich etwas geschehen: Es hat sich eine Arbeitsgruppe von Studenten unterschiedlicher Semester zusammengefunden, die gemeinsam einen Laden aufbauen will. Wenn alles glatt geht, kann er noch in diesem Jahr aufmachen, für eine Uni wie die Bonner ein kleines Wunder.

Frieden

Ein friedenspolitischer Rückblick

Der amtierende linke AstA ist der erste AstA in der Geschichte der Bonner Universität, der ein 'Friedensreferat' eingerichtet hatte. Wir haben versucht mit der Gründung des Referats unseren hochschulspezifischen Beitrag zum Erhalt des bedrohten Friedens zu leisten. Unser AstA-Programm trägt deswegen die Zwischenüberschrift: "Wenn der Frieden bedroht ist darf der AstA nicht schweigen!" Das friedenspolitische Engagement dieses AstA war ein Grund dafür, daß rechte Hochschulgruppen und der Rektor ihn mit Klagen überzogen und versuchten ihn aus dem Amt zu drängen.

Der Kampf für den Erhalt des Friedens hat in der Geschichte der Studentenbewegung eine lange Tradition, von der Ostermarschbewegung über die Ratifizierung der Ostverträge bis hin zu den Aktivitäten gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen.

In unsrem AstA-Programm steht, daß "dem zu unrecht so genannten 'Nachrüstungsbeschluß' der NATO weitere Runden des wahnwitzigen Wettrüstens folgen werden. In unsrem Land wird immer mehr Geld für Rüstung ausgegeben und im Bildungs- und Sozialbereich gespart. Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung werden für militärische Technologie verwendet. Darum -und weil wir Student/inn/en vom Atomtod bedroht sind wie alle anderen- haben wir die verschiedensten friedenspolitischen Aktionsformen durchgeführt, um deutlich zu machen, daß eine solche Politik nicht in unserem Interesse liegt und wir sie ablehnen.

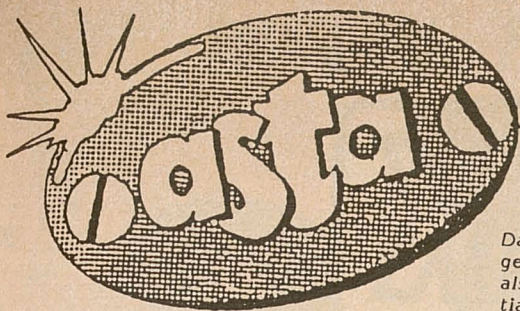
Der AstA hat sich am 1.09.83, dem Antikriegstag der Gewerkschaften, an der öffentlichen Kundgebung auf dem Münsterplatz beteiligt. Der DGB-Vorsitzende begrüßte das gemeinsame Eintreten von Arbeiterschaft und Studentenschaft für den Frieden.

Einer der nächsten Höhepunkte der Auseinandersetzung um den einzig möglichen Weg zum Frieden -das Friedensreferat und der Referent waren inzwischen verboten worden- war der in der 'Aktionswoche' liegende Widerstandstag der Bildungseinrichtungen am 20.10.83. Der AstA hatte an diesem Tag zu einer Uni-Friedensversammlung um 5 vor 12 Aufgerufen. Wieder war es das Rektorat, welches zunächst Raumzusagen vergab, dann aber die Veranstaltung verhindern wollte. Kurzerhand wurde alles wegen des Verbots in den Arkadenhof verlegt. Die 1500 Teilnehmer, unter ihnen Jo Leinen (BBU), Achim Maske (KoFAZ) und Günter Schlatter (SPD-MdB) bekundeten mit ihrer Anwesenheit nicht nur ihr Interesse und Engagement für den Frieden, sondern auch ihre Solidarität mit einem AstA, der sich nicht den Mund verbieten ließ.

Nach diesem ersten Aktionshöhepunkt hat der verbotene AstA-'Friedensreferent' eine weitere starke Behinderung seiner Arbeit erfahren, indem Vertreter rechter Hochschulgruppen ein Gerichtsurteil erwirkten, durch das dem AstA bei Androhung einer Geldstrafe bis zur Höhe von 500.000 DM verboten wurde zum Thema Frieden Stellung zu beziehen.

Die zweite große und eindrucksvolle Friedensaktion an unserer Uni war 'die Urabstimmung gegen die Raketen', als Pilotprojekt für eine selbstorganisierte Volksbefragung von unten. 17 unabhängige Fachbereichsinitiativen, die von einigen AstA-Mitgliedern in ihrer Freizeit unterstützt wurden, führten dieses Projekt zu einem vollen Erfolg für die Friedensbewegung. Über 86% aller Stimmen lehnten die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles eindeutig ab. Die Friedensbewegung hat aufgrund des überwältigenden bundesweiten Ergebnisses dieser Aktion für 1984 die Volksbefragung von unten beschlossen. Es war und ist wichtig und befriedigend für uns und jeden, der unter teilweise widrigen Bedingungen diese Aktion mitgetragen hat, zu wissen einen Teil zu diesem Erfolg beigetragen zu haben, weil wir den Kampf gegen die Stationierung und das Wettrüsten nicht verloren geben.

...politik von unten.



asta uni bonn

Durch seine inhaltliche Arbeit griff das 'Friedensreferat' die hochschulspezifischen Bezüge der Friedensproblematik auf:

In Zusammenarbeit mit der Fachschaft Politik und den Anderen Volkswirten wurde ein Reader mit Dokumenten und Beiträgen zur Friedensdiskussion herausgegeben. Es folgte damit seinem programmatischen Anspruch, den friedenspolitischen Diskurs zu qualifizieren und zur Vertiefung der Meinungsbildung beizutragen.

Das vom 'Friedensreferat' ins Leben gerufene Uni- Friedensplenum fungierte als Gremium, in dem Fachschafter/Initiativler ihre Arbeit an den Fachbereichen vorstellten und aufeinander abstimmten.

Frieden als die zentrale gesellschaftliche Aufgabe konfrontiert mit den vielfältigsten Fragestellungen. Für unser Wissenschaftssystem ergibt sich eine hervorragende Relevanz, weil an unserer Uni für den Krieg geforscht, Rüstungstechnologie entwickelt und ein gesellschaftswissenschaftlicher Rechtfertigungskontext erarbeitet wird. Der vom 'Friedensreferat' eingerichtete Arbeitskreis gegen Kriegsforschung hat sich dieser Problematik gewidmet und arbeitet zur Zeit an einem konkreten Projekt.

Die Einbeziehung, die Gewichtung und die Ausgestaltung von Friedensarbeit bestimmen, ob und wie weit die Interessenvertretung der Studenten ihrer Verantwortung gerecht wird. Trotz (oder wegen) aller Auseinandersetzungen: Mit dem jetzt offiziell genehmigten Referat für Wissenschaft, Friedensforschung und internat. Studentenkontakte in Nachfolge des 'Friedensreferats' ist ein wichtiger Schritt zur Verstärkung der Friedensarbeit an unserer Hochschule vollzogen!

...politik von unten.

Rechenschaftsbericht - Ende

XII

Studentenparlamentswahlen

Wie jedes Jahr, so finden diesen Monat wieder die Wahlen zum Studentenparlament vom 24. - 27. Januar statt. Grund genug für AKUT, die Gruppierungen kurz zu nennen und den Sinn der Wahlen kurz zu beleuchten.

Spannend wird es dieses Jahr auf alle Fälle, da die "rechten" und die "linken Gruppen" fast gleichauf sind. Wahlziel für beide Blöcke wird die absolute Mehrheit der Sitze im Studentenparlament sein, wofür die "Rechten" noch einen und die "Linken" noch zwei Sitze zulegen müssen. Eine Mehrheit hatte im letzten Jahr die Liste Frust verhindert, die durch ihre zwei Sitze das Zünglein an der Waage wurden.

Welche Aufgaben und Rechte hat das Bonner Studentenparlament?

Das Studentenparlament (SP) hat 51 Sitze, die nach dem D'Hondt'schen Auswahlverfahren verteilt werden. Die wichtigsten Befugnisse des SP sind ohne Zweifel die Wahl des AstA und die Verteilung der ca. 1.2 Mill. DM im Jahr, die durch die Zwangsbeiträge der gesamten Studentenschaft (10,50 DM im Semester) zustandekommen. Der AstA - Vorsitzende, der durch die absolute Mehrheit der Stimmen (26) gewählt wird, bestimmt die AstA - Referenten, die durch die Mehrheit der Stimmen im SP bestätigt werden müssen.

Im letzten Jahr ging es oft heiß her im SP, da erstmals in der Geschichte des Bonner SP der letzten Jahre der alte AstA (Mitte-Rechts) durch ein konstruktives Mißtrauensvotum von Mitte-links gestürzt wurde. Die Mehrheiten im SP wechselten häufig, je nach den verschiedenen Sachthemen, die gerade auf der Tagesordnung standen. Ob dies dieses Jahr so bleiben wird, oder nicht, hängt ganz alleine vom Verhalten der Wähler ab. Um das Gewicht der Studenten in der Öffentlichkeit zu erhöhen, ist es sehr wichtig, daß sehr viele Studenten wählen

gehen, da anderenfalls mit uns als unbedeutende Masse von oben herab umgesprungen wird. In der Demokratie ist es nun einmal so, daß nur eine starke Lobby wirksam ihre Interessen nach außen vertreten kann.

Die 12 Listen in der Reihenfolge ihrer Kandidatur:

1. RCDS (Ring christlich-demokratischer Studenten); der CDU nahestehender Verband, der auch von ihr unterstützt wird. Stärkste Gruppe im SP mit 14 Sitzen.
2. Liberale Aktion; Sammelbecken "rechter" Studenten, die CDU, FDP und Parteiose in ihren Reihen haben. Ungeklärt, wo die Gruppe ihren erheblichen Finanzetat herholt. Mit 9 Sitzen zweitstärkste Gruppe im SP.
3. SHB (Sozialistischer Hochschulbund); Marxistisch orientierte Studentengruppe, die im SP mit 6 Sitzen vertreten ist.
4. SLH (sozialliberaler Hochschulverband); kleinste "rechte" Gruppe, die sich aus verschiedenen Parteien zusammensetzt. Intern durch Flügelkämpfe stark zerrissen. (2 Sitze)



Lagebesprechung im Studentenparlament

5. FRUST (keine Abkürzung) seit einem Jahr existierend, mit zwei Sitzen im SP als einzige Gruppe ohne Blockzugehörigkeit (Mitte).

6. Autonome Frauen/ LUST (Liste undogmatischer Studenten); die LUST, eine autonom-grüne Gruppe ist mit 7 Sitzen im SP vertreten. Dieses Jahr erstmals zusammen mit autonomen Frauen.

7. GAG (Grüne alternative Gruppe); seit einiger Zeit an der Uni vertreten, setzt sich die kleinste Gruppe im SP (1 Sitz) besonders mit Fragen der Umwelt auseinander.

8. Jungdemokraten (JhV); seit letztem Jahr nicht mehr im SP vertreten, treten sie dieses Jahr als eigene Liste an. Hochschulgruppe der LD (Liberale Demokraten)

9. Juso HSG (Jungsozialistische Hochschulgruppe) Hochschulorganisation, die sehr eng mit der SPD verbunden ist. Mit 8 Sitzen stärkste linke Gruppe. Stellen derzeit den AstA - Vorsitzenden.

10. Liste Wehrt Euch; MSB Spartakus und unorganisierte. Mit 2 Sitzen bisher im SP vertreten gewesen.

11. Mainzelpeace; zum zweiten Mal dabei, jedoch ohne Sitz im SP. Ziele unter anderem die Rettung und die Verhinderung des Mißbrauchs der Mainzelmännchen.

12. SPART - AKKUS; tritt erstmals an der Uni an. Politische Richtung unbekannt, jedoch ist einer der Kandidaten CDU - Mitglied.

Wer nähere Informationen über die einzelnen Gruppen erhalten möchte, der findet diese in der offiziellen Wahlzeitung, die seit 16. Januar im AstA und anderswo kostenlos verteilt wird.

Bernd Hölzenbein

Cultur

KAOSK

Cultur

Mallretur

DER GESCHMACK VON FÄULNIS UND AUSBEUTUNG

GENERAL VERSCHWEIGER

HABEN DIE
STUDENTEN
GRUND ZUM
FEIERN?

BONNER RUNDSCHLAG

DIE BONNER
STUDENTENSCHAFT
FEIERT SCHON
WIEDER !!

Blöd

DAS GIBT'S
DOCH GARNICHT

STELL DIR VOR ES IST
WINTERFEST UND
NIEMAND IST DA!

Exzess

ALLES
LÜGE!

WINTERFEST VOLL
WIE IMMER!



VORVERKAUF:
ASTA-LADEN BUCHLADEN
46 COSA NOSTRA DE
SCHNÜSS, MALIBU BEA,
PROGRESS -
NUR 7,- DM!!

Fest

- 30 GRUPPEN -

8,-

→ HIER GIBT'S ←

AIGUES VIVES - A. HELLMANN - AG VOLKSTANZ
BALESTUDIO - BARROCK - BLINDFLUG - BONNER
GITARRENDUO - DIE EINSTELLUNG - DAS FIGUREN
THEATER - DIE RABEN - FILM AG - FLÄCHENBRAND
GEISTIGE VERUNREINIGUNG - GUMBÉ - KIRBERG
THEATER - KLING KLONG - LIEBESLEBEN - MENE
TEKEL - MIMOBIL - MORGANA LIGHTARTS - N.
FISCHER - PIESSHOW - SPIEL UND KUNST -
B.+M. NICOLIN - STAATLICHES BREITENGRAD
ENSEMBLE - STUDENTISCHER FILMCLUB - THE
BUCKS - TOC BAND - WINTERWOCHENSYNDI-
KAT - ZETROCK - KINDERMITSPIELAKT
KULTURCAFE...

UNI-WINTERFEST 21.1.84

UNI-HAUPTGEBÄUDE
BEGINN 17.00 UHR